



Berlin-Brandenburgische
Akademie der Wissenschaften

Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe

**Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume
- LandInnovation -**

**Peripherisierung – eine neue Form
sozialer Ungleichheit?**

Eva Barlösius
Claudia Neu
(Hrsg.)

Februar 2008

MATERIALIEN Nr. 21

Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften
Interdisziplinäre Arbeitsgruppe *Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume*
Jägerstr. 22/23
10117 Berlin
Tel. (030) 20370-538
Fax (030) 20370-214
<http://landinnovation.bbaw.de>

Materialien
Nr. 21

Eva Barlösius & Claudia Neu (Hrsg.)
Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?
© 2008 Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in fremde Sprachen, sind vorbehalten.

Lektorat: Tobias Plieninger
Satzvorlage und Umschlaggestaltung: work:at:BOOK / Martin Eberhardt, Berlin
Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5
------------------	---

I Peripherie und territoriale Ungleichheit

Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit	7
--	----------

Stephan Beetz (Institut für Genossenschaftswesen an der HU Berlin)

Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Untergleichheit.....	17
---	-----------

Eva Barlösius (Leibniz-Universität Hannover) und Claudia Neu (Universität Rostock)

Ländliche Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft: mittendrin oder außen vor?	25
--	-----------

Annette Spellerberg (TU Kaiserslautern)

II Bleiben oder gehen?

Strukturelle Mobilitätswänge in peripheren Regionen. Räumliche Mobilität als Notwendigkeit zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg	37
---	-----------

Holger Seibert (IAB Berlin-Brandenburg)

Die Bedeutung lokaler Opportunitäten für den Entschluss zum Wegzug aus einer „Abwanderungsstadt“ im frühen Erwachsenenleben	47
--	-----------

Stefanie Kley (Universität Bremen)

Die Ambivalenz des Bleibens: Erfahrungen von Arbeitslosen mit dem Leben an der Peripherie	57
--	-----------

Ariadne Sondermann (Universität Siegen)

III Bürgerschaftliches Engagement – die letzte Rettung für die Peripherie?

Engagement an der Peripherie - am Beispiel der Gemeinde Galenbeck.....	65
---	-----------

Daniel Holtermann und Sandro Geister (Universität Rostock)

Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen.....	75
--	-----------

Daphne Reim und Jenny Schmithals (Nexus Institut Berlin)

Einleitung

Diesem Heft geht eine Tagung der Sektion „Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse“ der Deutschen Gesellschaft für Soziologie voraus, die am 22. und 23. Juni 2007 an der Universität Rostock stattgefunden hat. Die Tagung widmete sich der Frage: „Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?“ Ziel war es, die unterschiedlichen Auffassungen und Verwendungsweisen des Begriffs „Peripherie“ miteinander zu konfrontieren. Den Organisatorinnen war besonders daran gelegen, das in dem Projekt „LandInnovation“ der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaft¹ entwickelte Konzept der „Peripherisierung ländlicher Räume“ zur Diskussion zu stellen.

Zwar steigt gegenwärtig die Aufmerksamkeit gegenüber der Räumlichkeit sozialer Ungleichheiten, aber noch immer wird diese vorwiegend als Sekundärphänomen sozialstrukturell verursachter Ungleichheiten begriffen. Damit geht einher, dass (sozial)räumliche Ungleichheiten – hier verstanden in der Tradition der Chicagoer Schule – als nachrangig aufgefasst werden. In dieser Lesart bleibt letztlich die Ökonomie (Markt, Produktion, Erwerbsarbeit) Hauptursache für soziale Benachteiligungen. Soziale Zugehörigkeit und Integration erfolgten in der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft dann auch vorrangig über die Teilhabe an Erwerbsarbeit und, davon abgeleitet, über die Teilhabe an den sozialen Sicherungssystemen. Ergänzt wurde dieser Integrationsmodus durch den politischen Anspruch, gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem gesamten Territorium – auf der Mikro- wie der Makroebene – zu garantieren bzw. herzustellen und so dafür zu sorgen, dass die räumlichen Ungleichheiten mehr oder weniger unerheblich wurden. Erreicht wurde dieser räumliche Ausgleich vor allem durch eine flächendeckend bereitgestellte öffentliche Infrastruktur, die den Bewohnern von Stadt und Land, Nord und Süd, Ost und West Teilhabe an den gesellschaftlich als erstrebenswert angesehenen Gütern und Dienstleistungen wie Bildung oder Gesundheit ermöglichte. Diese jahrzehntelange Erfolgsgeschichte der Reduzierung räumlicher Ungleichheit erklärt, weshalb der „Raum“ trotz des reichen soziologischen Erbes an sozialräumlichen Studien als Strukturkategorie von der Ungleichheitssoziologie beinahe vergessen wurde.

Es gibt zahlreiche Hinweise dafür, dass diese Epoche der Reduzierung räumlicher Ungleichheit zu Ende geht. In diesem Band sind viele Aufsätze versammelt, die dies empirisch überzeugend belegen. Die Ausgangsfrage der Tagung, ob „Peripherisierung ... eine neue Form sozialer Ungleichheit“ darstellt, will aber nicht nur dem empirisch beobachtbaren Phänomen nachspüren, dass sich die Struktur- bzw. Lebensbedingungen seit einiger Zeit wieder stärker räumlich auseinanderentwickeln, und zwar nicht entlang der altbekannten Differenzierungslinien wie Stadt-Land. Sie will ebenfalls die damit verbundene theoretische Herausforderung annehmen, dass sich die althergebrachten Konzepte der Räumlichkeit sozialer Strukturen ebenso wie die gebräuchlichen räumlichen Differenzierungen als untauglich erweisen. Wir meinen, dass die Ungleichheitsforschung gut beraten ist, diese Herausforderung anzunehmen – anstatt sie der Regional- und Stadtsoziologie zu überlassen. Es wird Zeit, damit

¹ <http://landinnovation.bbaw.de>

zu beginnen, die Prozesse der Herausbildung einer neuen räumlichen Ordnung der sozialen Welt zu analysieren.

Die Motoren dieser Prozesse standen auch auf der Tagung nicht im Vordergrund, sie bilden nur die Hintergrundgeräusche, weil hier nicht der Ort war, sich mit ihnen zu befassen. Ein gegenwartsdiagnostisches Signum soll genügen, um sie zu identifizieren: Es ist die globalisierte Wissensgesellschaft, die offenbar aus sich heraus neue Peripherien gebiert. Kennzeichen dieser Peripherien sind – wie Stephan Beetz in seinem Beitrag darlegt – zunehmender Funktions- und Machtverlust abgelegener Regionen. Peripherisierung beschreibt demnach den Prozess des Ineinandergreifens von ökonomischer Strukturschwäche und demographischen Veränderungen, die zu Funktionsverlusten und Abkopplung sozialräumlicher Entwicklungen (im Vergleich zu den gesamtgesellschaftlichen (Zentralisierung-)Vorgängen) führen. Für die Bewohner dieser Räume bedeutet Peripherisierung, dass sich ihre Zugangs- und Teilhabechancen dauerhaft vermindern und ihnen weniger Handlungsspielräume zur Gestaltung ihrer Lebensziele zur Verfügung stehen. Eva Barlösius und Claudia Neu entwickeln in ihrem Beitrag den Begriff der territorialen Ungleichheit. Darunter verstehen sie räumliche Ungleichheiten, die sich auf ein abgegrenztes Territorium (Nationalstaat, Region, Stadtteil) beziehen. Wie territoriale Ungleichheit sich konkret äußern kann, belegt Annette Spellerberg in ihrem Beitrag. Unterschiedlich ausfallende Anbindung an schnelle Breitbandverbindungen bedeutet letztlich für die Bewohner der untersuchten ländlichen Gemeinde in Rheinland-Pfalz ungleiche Teilhabechancen an der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft.

Welche Gründe sprechen für ein Bleiben oder Gehen, wenn sich die Situation in peripheren Räumen verschärft? Stefanie Kley untersucht „Migrationsabsichten im Kontext einer ‚Abwanderungsstadt‘“. Sie vergleicht die Bedeutung lokaler Opportunitäten am Übergang zum Erwachsenenleben zwischen den beiden Städten Magdeburg und Freiburg im Breisgau. Dass der Arbeitsmarkt zentraler Motor für Mobilität ist, beschreibt Holger Seibert. Er analysiert räumliche Mobilität als Notwendigkeit zur Sicherung von Arbeitsmarktchancen am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg. Ariadne Sondermann berichtet von der Ambivalenz des Bleibens. Sie schildert die Erfahrungen von Arbeitslosen mit dem Leben an der Peripherie.

Was bleibt, wenn die Jugend geht und die Infrastruktur abgebaut wird? Wird dann bürgerschaftliches Engagement zur letzten Rettung für die Peripherie? Sowohl die Beiträge von Sandro Geister und Daniel Holtermann als auch von Daphne Reim und Jenny Schmitthals verdeutlichen einerseits, welche zentrale Rolle bürgerschaftliches Engagement für entlegene ländliche Räume spielt, warnen aber gleichzeitig vor überzogenen Hoffnungen und Erwartungen, dass die Bürger in Zukunft als „Ausfallbürger“ die entstandenen Lücken im Infrastrukturangebot füllen könnten. Zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements in entlegenen Räumen bedarf es vor allem einer Anerkennungskultur wie einer stärker professionalisierten Unterstützung.

Eva Barlösius und Claudia Neu

Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit

Stephan Beetz

Die Beschreibungen von Peripherien sind eindrücklich, denn sie handeln von Armut, Rückständigkeit, Unordnung und Brachen. Doch eignet sich der Begriff der Peripherie für eine Theorie sozialer Ungleichheit? Durchaus, allerdings gibt es einige Klippen zu umschiffen, um die Anwendung des Peripheriebegriffs für die Theorien sozialer Ungleichheit fruchtbar zu machen. Auf diesem Weg werden im Folgenden drei Ansatzpunkte entwickelt: (1) Peripherien sollten als Ergebnis von gesellschaftlichen Prozessen (Peripherisierung), nicht als Strukturbedingung von Räumen angesehen werden. (2) Kennzeichen von Peripherien ist nicht die gesellschaftliche Abkoppelung, sondern die einseitige politische und ökonomische Abhängigkeit. (3) Die Ordnung von Zentrum und Peripherie ist als ein gesellschaftlicher Diskurs vor dem Hintergrund dynamischer Raumstrukturen anzusehen.

1. Ausgangspunkt: Analyse peripherer Regionen

Die Herausforderung, Peripherie als Dimension sozialer Ungleichheit zu betrachten, entstand während der Untersuchung der ländlichen Region zwischen Berlin und Stettiner Haff, gelegen im Nordosten Deutschlands (Beetz et al. 2005). Diese gilt wegen ihrer dünner Besiedlung und weiten Entfernung von den Agglomerationen Berlin, Rostock und Hamburg gemeinhin als geographische Peripherie. Bei der Erforschung dieses Raums wurden die folgenden wirtschaftlichen, politischen und sozialen Entwicklungen identifiziert:

- Der wirtschaftliche Strukturwandel führt nicht nur zum Rückgang der Beschäftigtenzahlen durch Rationalisierungsprozesse, sondern auch zur Verlagerung der gewerblichen Produktion einerseits in die Zentren und andererseits in globale Peripherien.
- In der Landnutzung zeigt sich eine Agrarisierung, der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft liegt bei zehn Prozent, in einigen Gebieten sogar bei 30 Prozent.
- Die Wertschöpfung in der primärwirtschaftlichen und monostrukturierten Produktion ist gering, die Veredelung schwach entwickelt. Es gibt nur geringe Wachstumsimpulse, wenige Investitionen.
- Öffentliche wie privatwirtschaftliche Infrastrukturen unterliegen seit langem der Zentralisierung. Die Organisation wird in der Fläche zum Problem, selbst Kleinstädte erleben einen gravierenden Funktionsverlust.
- Weil die deutsch-polnische Grenze wenig durchlässig war und Stettin/Szczecin über lange Jahre nicht wahrgenommen wurde, befand sich das Gebiet in einer Randlage.
- Die Bewohner können Teilhabechancen am gesellschaftlichen Leben aufgrund regionaler Rahmenbedingungen nicht mehr wahrnehmen; dies liegt zum einen an der geringeren Qualität der Dienstleistungen, zum anderen an der fehlenden Auswahl.
- Es kommt zur Abwanderung vor allem junger Menschen, die in den Regionen keine Chance zur Realisierung von Lebensentwürfen sehen.

- Nicht nur die finanziellen, sondern auch die humanen Ressourcen und Fähigkeiten schwinden, Innovationen umzusetzen, Veränderungen zu erreichen und bottom-up Prozesse zu verfolgen.
- Der politische Steuerungsanspruch und die Gestaltungsverantwortung werden mit der Begründung der „Entleerung“ stark zurückgenommen. Die Bereitschaft, sich auf lokale Kontexte einzulassen, geht verloren. Gleichzeitig erfolgt ein Rückzug von Wirtschaft und Staat aus dem „unrentablen“ Gebiet.
- Die Menschen erleben den Verlust früherer Funktionen, das Spannungsverhältnis von unterschiedlichen Zugehörigkeiten und die Asymmetrien von Chancen trotz formaler Gleichheit.

Nach der sozioökonomischen Analyse wurde klar, dass in dem Gebiet ein hoher Anteil an Arbeitslosen, Sozialgeldempfängern und Niedrigeinkommensbeziehern lebt, der weit über dem bundesdeutschen Durchschnitt liegt. Jedoch: Die Lebenslage der Menschen ist nicht nur durch ihre soziale Position, sondern auch durch das soziale, politische, ökonomische und kulturelle Umfeld gekennzeichnet, das ihnen immer weniger Möglichkeiten bietet, an dem teilzuhaben, was in der deutschen Gesellschaft als erstrebenswert gilt. Die genannten Entwicklungen erfordern demnach Analysen darüber, wie ganze Regionen in eine Abwärtsspirale geraten, von der nicht nur die unterprivilegierten Schichten betroffen sind, sondern weite Teile der – nicht abgewanderten – Gesellschaft.

2. Merkmale von Peripherien

Der Begriff der Peripherie wird in den Fachdisziplinen unterschiedlich verwendet. Zunächst einmal fällt auf, dass er im Hinblick auf konkrete Raumtypen verwendet wird (Tabelle 1). Die Gemeinsamkeit der Peripheriebegriffe liegt darin, dass Peripherie jeweils in Beziehung zu einem Zentrum gesetzt wird. Erkennbar ist, dass im begrifflichen Gebrauch von Peripherie die ländlichen Räume zwar eine wichtige Schnittmenge bilden, dass Peripherie jedoch keineswegs auf entlegene ländliche Räume zu begrenzen ist. Will man mit dem Begriff der Peripherie theoretisch weiter kommen, sollte darauf verzichtet werden, sie von vornherein mit einem bestimmten Raumtyp zu identifizieren.

Neben dem Bezug zum Zentrum richten sich die meisten Beschreibungen der Peripherie auf die Erreichbarkeit. Zumeist handelt es sich um geographisch entlegene Gebiete, die nur schwer Zugang zu Gütern und Dienstleistungen haben. Komplexere Modelle berücksichtigen sowohl die Aktivitäten oder Möglichkeiten, die erreicht werden sollen, als auch die Anstrengungen, Zeiten und Kosten, um diese zu erreichen (Schürmann/Talaat 2000). Erreichbarkeit bezieht sich nicht nur auf Infrastrukturen, sondern auch auf Märkte (Maier/Tödting 1987). Aus der geographischen Distanz wird ein erschwerter oder veränderter Zugang zu Gütern, Dienstleistungen, Informationen, auch zu Entscheidungs-, Produktions- und Austauschprozessen hergeleitet (Schürmann/Talaat 2000). Distanzen sind jedoch als gesellschaftliche Konstruktionen nur schwer messbar: Geschlossene Grenzen können durchlässig werden, getrennten Räume funktional verbunden sein oder offene Grenzen in der mentalen Landkarte weiter bestehen (Schilling 2000). So können Peripherien in enger Nachbarschaft zu Zentren liegen und einzelne Dörfer an zentrale Räume angeschlossen sein, während periphere Stadtteile in Metropolen auf sich selbst zurückgeworfen sind. Diese Raumstrukturen lassen sich nicht territorial erklären, sondern nur unter Einbezug sozialer, kultureller und ökonomischer Dynamiken, die Peripherien konstituieren. Anders ausgedrückt: In der Analyse sollte die geographische Distanz gegenüber der funktionalen zurücktreten.

Tabelle 1: Beschreibungen der Peripherie

Raumtyp	Beschreibung von Peripherie
Suburbs	Randsiedlungen durch Wohnrepräsentation und Immobilienmärkte
Entwicklungsländer	Bildung von globalen Peripherien durch Kolonisierung
Brachen	durch Nutzungswandel verwilderte oder aufgelassene Siedlungsflächen
Dorf	Verlagerung der Güterkreisläufe und Dienstleistungen in die Städte
Hinterland	Kontrast zu den weltoffenen, handelswirtschaftlich dominierten Küstenregionen
Land	Gegensatz zu industriellen, dicht besiedelten Agglomerationen
Provinz	Betonung der kulturellen Rückständigkeit
Grenzgebiet	Randlagen durch Aus- und Neubildung von Territorialstaaten
Insel oder Gebirge	Gebiete mit geographischer Isolation und teilweise klimatischen Extremlagen

Eine weitere wichtige Beschreibung der Peripherie bezieht sich auf ökonomische Standort- und Faktorkosten: Unternehmen produzieren dort, wo es einen großen Absatzmarkt gibt, und Arbeitnehmer siedeln sich an, wo sie über den günstigsten Zugang zu Gütern verfügen. *Konzentrationen* werden durch hohe Skalenerträge bei der Produktion von Industriegütern, Allokationen an Humanressourcen, niedrige Gütertransportkosten sowie große Nachfrage an Industriegütern an einem Ort begünstigt (Krugman 1991). Das ändert sich auch in der postindustriellen Gesellschaft nicht, wenn die Wissens- und Informationsdichte z.B. in kreativen Milieus gefragt ist. Die gegenwärtige Liberalisierung der Daseinsvorsorge in Europa lässt ganz ähnliche Konzentrationsprozesse erkennen. Diese räumlichen Konstellationen führen zu weiteren Synergieeffekten. Wirtschaftshistorisch gesehen, befinden sich Peripherien oft in einem Zirkel von Entwicklungsdefiziten, der ökonomisch in der Produktion von agrarischen Gütern und arbeitsintensiven Industriegütern mit geringer Wertschöpfung seinen Ausgang nimmt. Die wirtschaftliche Entwicklung unterliegt so genannten *terms of trade*, d.h. den *Wertschöpfungsverlusten* beim Export der in der Peripherie hergestellten Güter und Leistungen. Ein solcher Wertenzug erfolgt durch die Aneignung von Gütern der Primärproduktion, Nutzung der Arbeitskraft durch außerregionales Kapital, Arbeitskräftemobilität, Kapital- und Zinstransfers sowie Verlust von Humanressourcen (Kornblau 2005). Unschwer ist zu erkennen, dass nicht die förderlichen Bedingungen von Masse und Dichte, sondern die funktionsräumliche Differenzierung der nationalen und globalen Ökonomien die Bildung von Peripherien erklärt.

Eine kurze Durchsicht der soziologischen Literatur zeigt, dass Peripherien recht unterschiedlich beschrieben werden, doch stets die *Frage der Macht* verhandelt wird. Max Weber kam anhand der antiken Welt zur Typisierung von Küstenstädten und Hinterland, wobei in letzterem die Macht konzentriert war. Ibn Chaldun (1951) sah in der mittelalterlichen arabischen Welt die Städte als Zentren der Macht, deren administrative Fixierung aber gesellschaftliche Liberalisierung und Innovation

hemmte, während sich diese in den Peripherien entwickelten. Immanuel Wallerstein zeichnete mit der Durchsetzung des globalen Kapitalismus die Entwicklung von Kernregionen mit zentralisierten politischen und merkantilen Systemen und (semi)peripheren Regionen in Europa auf. In den historischen Analysen unterschied Shmuel Eisenstadt zwischen mono-, dual- und polyzentrischen Machtstrukturen in verschiedenen nationalen Gesellschaften. Der Prozess der Ausformung von Peripherien ist in hohem Maße mit der Bildung moderner Staaten und nationaler Ökonomien verbunden gewesen.

Der Begriff der Peripherie fand in der Soziologie der 1960er und 1970er Jahre bei der Analyse der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern Verwendung (Senghaas 1974) und wird gegenwärtig in der Diskussion um räumliche Ungleichheiten in den Industrieländern, vor allem zwischen West- und Osteuropa, wiederbelebt (Komosly 2005). Die neomarxistisch fundierte Dependenztheorie entstand aus der Kritik an den oben erwähnten ungleichen *terms of trade*. Zugespißt formuliert sie, dass durch die so genannte strukturelle Heterogenität der Export die Wirtschaft der Peripherien bestimmt. Der Export orientiert sich also vor allem an den Bedürfnissen der Zentren und in der Peripherie kommen nur geringe Erlöse an. Erstmals hat Senghaas die Peripherie nicht anhand der Strukturmerkmale eines Raumes (Distanz, Konzentration, Wirtschaftssektor), sondern aus externen Rahmenbedingungen definiert. Charakteristisch für Peripherien ist ein Mangel an autonomen Entwicklungschancen (Senghaas 1974). Auch in Veröffentlichungen zur Regionalentwicklung in Europa spielt die geringe institutionelle und kulturelle Fähigkeit zu eigenständiger und wertintensiver Entwicklung eine große Rolle (Hahne 1985). So macht Heintel (2004) auf vorhandene Innovationsdefizite, geringe Selbstorganisation und den schwachen Unternehmergeist in den Peripherien aufmerksam. Damit verbunden ist die Abhängigkeit von gesellschaftlichen Entscheidungs-, Definitions-, Anspruchs- und Bewertungsmaßstäben der Zentren.

Zurück zur untersuchten Region: Die vorgefundenen Dynamiken entstehen nicht nur in dem Gebiet selbst, sondern werden durch überregionale Entwicklungen evoziert. Diese Dynamiken können nicht mehr als Transformationsfolgen angesehen werden. Im Gegenteil, die räumlichen Ungleichheiten nehmen zu, auch innerhalb Ostdeutschlands. Um diese gegenwärtigen Prozesse zu diskutieren, eignet sich der Begriff der Peripherie, wenn er nicht die Eigenschaften von Räumen betont, sondern die ungleiche Verteilung von Zugangswegen, Wertschöpfungen, Abhängigkeiten, Entwicklungschancen und Ressourcennutzungen im Raum thematisiert.

3. Peripherie und soziale Ungleichheit

Als der Peripheriebegriff seit Ende der 1980er Jahre eine stärkere Aufmerksamkeit in der Erforschung sozialer Ungleichheiten erfuhr (Kronauer 1996), wurde ihm der explizit räumliche Bezug genommen. Reinhard Kreckel (1992) hat die Dichotomie zwischen Zentrum und Peripherie zur Grundkategorie sozialer Ungleichheit entwickelt, um die horizontale und vertikale sozialstrukturelle Differenzierung in einem Modell zusammenzubringen. Eine wichtige Bereicherung liegt darin, dass Zentralität als gesellschaftliche Mitte und Machtzentrum verstanden wird. Bestimmte Wertvorstellungen, Lebensstile oder soziale Zugehörigkeiten werden als bedeutsamer eingeschätzt als andere. Wer oder was als zentral gilt, ist Bestandteil gesellschaftlicher Diskurse – nicht zuletzt politischer Aushandlungen und medialer Inszenierungen.

Allerdings vernachlässigt die ungleichheitssoziologische Perspektive auf die Peripherie den räumlichen Bezug. Ob der Raum neben dem sozialen Status bzw. der persönlichen Lebenslage eine eigenständige ungleichheitsrelevante Dimension darstellt, ist eine alte Frage. Dass diese zu bejahen ist, ergibt sich aus der räumlich ungleichen Verteilung kollektiver Güter, die nicht aus individueller Ver-

füßbarkeit erklärt werden können. Dazu zählen Sicherheit, funktionierende Infrastrukturen, Umweltbelastungen, soziale Netzwerke und Arbeitsmärkte. Besonders erfahrbar wird der räumliche Bezug, wenn die Wahlmöglichkeit des Ortes eingeschränkt ist. Nicht zuletzt die Diskussionen um soziales Kapital machten deutlich, dass in Abhängigkeit von lokalen und regionalen Gegebenheiten ungleiche institutionelle Kapazitäten vorhanden sind, *kollektive Interessen* zu formulieren und umzusetzen, d.h. die soziale Lage zu verändern.

Der von Karl-Dieter Keim (2006) in die regionalwissenschaftliche Diskussion eingebrachte Begriff der *Peripherisierung* beschreibt in diesem Sinne nicht nur die sozioökonomischen Entwicklungen in einer Region, sondern auch die Handlungsfähigkeit gesellschaftlicher Akteure und Institutionen. Peripherien verlieren in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen Handlungsspielräume, nämlich die Lebensqualität und -chancen ihrer Bevölkerung ausreichend zu sichern. Peripherisierung beschreibt eine sozialstrukturelle Entwicklung und gleichzeitig deren Wahrnehmung und Etikettierung. Das Problem besteht in der dauerhaften Verfestigung von Strukturdefiziten mit entsprechenden Folgen für die in der Region lebenden Menschen. Es handelt sich also um eine wechselseitige Verstärkung sozialer und räumlicher Ungleichheiten.

Gegenüber anderen Konzepten sozialräumlicher Ungleichheit bietet der Begriff der Peripherisierung einige Besonderheiten. Die in der humanökologischen Tradition stehenden Modelle räumlicher Ungleichheit untersuchen vor allem *Segregationen*, oft nur als Addition individueller sozialer Ungleichheiten in Stadträumen. Sie analysieren die räumliche Verteilung sozialer Ungleichheiten und ethnischer Zugehörigkeiten. Wichtigste Erklärung sind Struktur und Dynamik der Wohnungsmärkte, so dass sich aus Immobilienrenten die Wohnverteilung ergibt. Unter der Bezeichnung Ghetto wurden nicht nur Wohn-, sondern auch Wirtschaftsseggregationen diskutiert. Die neueren Diskussionen um städtische *Polarisierungen* gehen von unterschiedlichen Integrationschancen in einer Stadt aus. Im Unterschied zu stadtsoziologischen Modellen räumlicher Ungleichheit geht das Konzept der Peripherisierung jedoch nicht von Dynamiken innerhalb eines städtischen Bezugsraum aus, sondern umfasst sehr verschiedene räumliche Konfigurationen, die aus politisch-administrativen, ökonomischen oder kulturellen Zusammenhängen entstehen. Es geht zudem nicht nur um die ungleiche Verteilung sozialer Phänomene im Raum, sondern um ungleiche Interaktions- bzw. Tauschverhältnisse, die sich in Fragen der Wertschöpfung, der Entscheidungsmacht und kultureller Leitbilder äußern. Der *cultural turn* in den Raumwissenschaften öffnete das Verständnis für asymmetrische Orte in einem gemeinsamen Raum. So bezeichnet *Marginalität* eine Position als Außenseiter oder auf der Grenze, die von Norbert Elias und John Scotson (2002) in ihrer wegweisenden Gemeindestudie auf Ortsteile einer englischen Industriegemeinde bezogen wurde. Aus der Marginalität entstehen Rollenkonflikte und Statusunsicherheiten, die die Etablierten nicht kennen. Ein weiterer Begriff, der der *Exklusion*, betont den Ausschluss des Individuums aus gesellschaftlichen Beziehungen. Ungleichheit wird demnach über die fehlende oder mangelnde Integration in eine oder mehrere Gesellschaften oder Gruppen definiert. Im Unterschied dazu fokussiert der Begriff der Peripherisierung im hier verstandenen Sinne auf einseitige Abhängigkeit und fehlende Durchsetzungsfähigkeit. Ungleichheit besteht in mangelnder Autonomie und dauerhaftem Wertentzug. In diesem Sinne geht es bei der Peripherisierung nicht nur um die räumliche Addition sozialer Ungleichheiten, sondern um kollektive Folgen wie die Erhaltung kollektiver Güter, Infrastrukturleistungen und die Fähigkeit der Selbstorganisation.

4. Peripherisierung als ungleiche Abhängigkeit

Vielfach wird der Prozess der Peripherisierung mit Abkopplung von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen gleichgesetzt. Die Gebiete seien „überflüssig“ wie die Menschen und ihre

Tätigkeiten. Es bedürfe keiner inneren Kolonien mehr, weil diese Funktion global neu verteilt wurden (Nolte/Bähre 2002). Die empirischen Ergebnisse weisen allerdings in eine etwas andere Richtung. Die nordostdeutschen Gebiete erfahren eben keine solche ökonomische Abkoppelung. Im Gegenteil, sie sind ökonomisch integriert, nicht zuletzt wegen der Nachfrage nach Flächen, natürlichen Ressourcen und Dienstleistungen. Längst ist ersichtlich geworden, dass Bevölkerungsrückgang nicht automatisch zu mehr Naturschutz oder gar unberührter Natur führt (Wolf/Appel-Kummer 2005). Bislang gibt es keine Anzeichen dafür, dass die untersuchten Gebiete keine ökonomische oder ökologische Nutzung mehr erfahren würden. Die vermeintliche Leere ist aktuell von Nutzungskonkurrenzen und -konflikten geprägt, bei denen jedoch die Frage virulent wird, wer zukünftig Nutzen und Gewinn aus der Wertschöpfung erzielt.

Seit langem werden ländliche Räume als Ausgleichsgebiete ausgewiesen, die Militär- und Ver- bzw. Entsorgungs- oder Erholungsfunktionen für die Zentren erfüllen. Hinzu kommt in der aktuellen Diskussion die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Luft, Energie, Wasser und Kulturlandschaft. Der Umwelt- und Naturschutz hat – nicht zuletzt durch internationale Verpflichtungen und Regelwerke – eine neue öffentliche Aufmerksamkeit erfahren. Schließlich erlebten ländliche Räume in den letzten Jahrzehnten eine verstärkte Nachfrage nach Wohnnutzungen, sei es auch nur periodischer, temporärer oder mobiler Art. Doch werden all diese Leistungen kaum als gesellschaftliche Wertschöpfung erfasst, weil sie nur die Funktion als Zulieferer besitzen, von externen Interessen und Verwertungen abhängig sind und nur eine geringe Honorierung bzw. Kommodifizierung erfahren. So kann zwar der Stellenwert der stofflichen und energetischen landwirtschaftlichen Produktion steigen, doch periphere Regionen schlagen daraus nur geringes Kapital, die Renditen werden außerhalb realisiert. Die Landnutzungen, Güter und Dienstleistungen sind den Anforderungen der Zentren untergeordnet. Es herrschen *wenig Autonomie, geringe Marktzugänge, Niedriglohngebiete*. Nur einige Punkte seien in dieser Hinsicht benannt: Die landwirtschaftlichen Produkte werden zumeist als Massengüter verkauft, ohne dass wertschöpfungsintensivere Produkte erzeugt werden. Die Verarbeitung ist bei den anfallenden Transportkosten zu schwach entwickelt. Die größten Beschäftigungszuwächse verzeichnen Niedriglohnsegmente wie Call-Center. Die Beteiligungsfonds für Windkraftanlagen und Biomasseenergieanlagen enthalten wenig regionales Kapital. Große Teile der Daseinsvorsorge (Krankenhäuser, Energie, Einzelhandel) werden von überregionalen Anbietern geleistet. Es besteht eine große Abhängigkeit von Fördermitteln, ohne die weite Teile des öffentlichen Lebens nicht mehr funktionieren würden.

Der Diskurs über die „Leere“ von Räumen führt nicht selten dazu, dass jede Entwicklung gerechtfertigt erscheint, wenn der Raum „neu“ erschlossen wird, sei es durch Investmentfonds für Windräder und Biogasanlagen, Jagd- und Waldbesitzer, gigantische Viehbetriebe, gentechnische Versuchsfelder, Naturschützer oder schlossbesitzende Avantgardisten. Die Peripherie wird als eine Tabula rasa angesehen, auf der jede Initiative möglich und auch willkommen ist. Doch nährt dies auch Skepsis vor Entwicklungsschüben in den Peripherien. Bereits Gunnar Myrdal (1974) konstatierte bei positiven Ausbreitungseffekten von Wachstumszentren auf Peripherien ein Überwiegen negativer Kontereffekte. Gerade die Hoffnung auf eine nachholende Modernisierung stellt nicht selten eine vorübergehende, extern gesteuerte Entwicklung dar, die an der strukturellen Abhängigkeit nichts ändert. Diese kann durch die geringere Diversifikation, den Verlust von regionalen Wertschöpfungsketten, die selektiven Abwanderungen sowie ausbleibende Innovationen sogar zunehmen. Es fehlen gesicherte Erkenntnisse, inwieweit durch die Regionalisierung der Wertschöpfung tatsächlich Veränderungen erzielt werden können. Während einige Regionen Gegenstrategien einzuleiten vermögen, fehlen diese anderweitig, und die Peripherisierung wird erlitten. Die Rhetorik der Entleerung und Funktionslosigkeit senkt die Werte der Peripherie. Die Ansiedlung und Entwicklung entwerteter Tätigkeiten und Leistungen verstärkt die Peripherisierung.

Mit dem Argument der politischen und ökonomischen Abhängigkeit soll nicht negiert werden, dass in den Peripherien auch Abkoppelungen und Exklusionen entstehen. Das trifft auf als „überflüssig“ etikettierte Bevölkerungsgruppen zu, die dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Es betrifft auch sozialstaatliche Integrations- und Infrastrukturleistungen, die deutlich zurückgefahren werden. Dennoch gilt es herauszustellen, dass die notwendigen Integrationsbemühungen langfristig nichts verändern, wenn sich die Wertschöpfungsverluste weiter verfestigen. Es tritt sogar der gegenteilige politische Effekt ein, weil nicht der reziproke Werttausch, sondern der Umfang von Fördermaßnahmen diskutiert wird. Thematisiert wird das gigantische Ausmaß umverteilter staatlicher und europäischer Gelder, nicht aber deren Abfluss durch fehlende regionale Wertschöpfung. Deshalb sollte ungleichheitssoziologisch unter dem Aspekt der Peripherisierung nicht so sehr die Exklusion oder Abkoppelung in den Vordergrund gerückt, sondern stärker dependenztheoretisch argumentiert werden. Hilfreich wäre es, genauer zu untersuchen, inwieweit etwa die Diskrepanz in der Bewertung natürlicher Ressourcenleistungen gegenüber Wissensleistungen, manueller gegenüber geistigen Tätigkeiten die gesellschaftliche Produktion von Peripherien befördert. Auch die Neubewertung lebenswichtiger Ressourcen und deren Nutzungen sollte ein wichtiges Thema sein.

5. Peripherisierung als Herstellen einer räumlichen Ordnung

Die einseitige Abhängigkeit der Peripherie vom Zentrum ist Ausdruck der Vergesellschaftung des Raums, so wie es Henri Lefebvre in „la production de l'espace“ nannte. Die Restrukturierung von Räumen in einer globalisierten Welt wird derzeit durch die Konkurrenz der Metropolen geprägt. Ersichtlicher Weise prägen die Diskurse nicht nur die harten Standortfaktoren, sondern ebenfalls die Images. Die Zuordnung zu Zentrum und Peripherie entscheidet nicht nur über die faktischen Entwicklungen, sondern über die potenziellen Entwicklungschancen. Räumliche Ungleichheit entsteht nicht nur einfach aus wirtschaftlichen und politischen Prozessen, sondern die Differenz von Zentrum und Peripherie entspricht der gesellschaftlichen Konstruktion räumlicher Ordnung. Diese leider etwas inflationär gebrauchte Metapher trifft einen wichtigen Kern der Überlegung: Wie werden Räume ähnlich der untersuchten Gebiete zu Peripherien?

Die analytische Schwierigkeit besteht darin, dass dieser Diskurs nicht expliziert wird. Im Gegenteil, die Unterscheidung von Zentrum und Peripherie scheint auf einer „natürlichen“ Ordnung von Distanzen und Konzentrationen zu beruhen, diese bilden eine „Welt, wie sie ist und bleiben soll“ (Gill 1998). Indem „natürliche“ Analogien gebildet werden, erscheinen Ordnungen als unverrückbare Strukturen. So haften den Beschreibungen von Peripherien oft geophysische Eigenschaften an, obwohl es sich bei ihnen um gesellschaftlich erzeugte Raumsstrukturen handelt. In der englischen Übersetzung von *core* und *peripherality* erhielt sich die ursprüngliche medizinische Begriffsverwendung von zentralem Herz und zellulärem Stoffwechsel oder Gehirn und neuralen lokalen Reaktionen. Die in dieser Analogie verwandten Beschreibungen weisen auch die Richtung der *Perspektive*. Die Peripherie wird definiert durch ihre Position im System der Blutgefäße (Versorgung) oder Nervenbahnen (Befehl), als Hand oder Leber würden die Körperteile dagegen eine eigenständige Definition erfahren. Die zweite Analogie betrifft die zeitliche Ordnung. Befangen in der Vorstellung vom geschichtlichen Fortschritt, gilt die Peripherie als zurückgeblieben, rückständig, der Agrargesellschaft verhaftet etc. Die vermeintliche Gegebenheit dieser Ordnung erschwert es, ihre gesellschaftliche Konstruktion zu erfassen.

Genau genommen findet die gesellschaftliche Konstruktion der Ordnung von Zentrum und Peripherie vor dem Hintergrund gravierender raumstruktureller Veränderungen statt. Einerseits weisen die räumlichen Strukturen der Peripherisierung eine hohe Persistenz und Pfadabhängigkeit auf. Aus dem

ungleichen Zugang zu materiellen und immateriellen Ressourcen ergeben sich wiederum geringere wirtschaftliche und politische Spielräume für autonomes Handeln. Andererseits werden Zentren und Peripherien durch Globalisierung, neue Kommunikationssysteme und Regionalisierung *in stets neuen Konstellationen* erzeugt. Es entstehen komplexe Raumgefüge von Zentrum und Peripherie (z.B. über Migrationen oder überregionale Netzwerke) sowie neue Zugänge und Abhängigkeiten. Wichtiger Bestandteil der Peripherisierung ist das Vermögen der Zentren, sich auch im gesellschaftlichen Diskurs durchsetzen können. Die Durchsetzungsfähigkeit resultiert ganz wesentlich aus der politischen Öffentlichkeit und der Kommunikation kollektiver Akteure. „Das Zentrum bestimmt den Verteilungs- und Legitimierungskampf – also die Produktion und Reproduktion von Ungleichheit. In der Peripherie befinden sich jene, die sozialstrukturell benachteiligt sind und keine Machtkapazitäten besitzen, um ihre Interessen im Verteilungs- und Legitimierungskampf durchzusetzen“ (Barlösius 2004, S. 86). Dies ist umso wirkungsvoller, als das Zentrum nicht hierarchisch, sondern als Mitte der Gesellschaft verstanden wird. Der Metropolitendiskurs ist dafür ein gutes Beispiel. Orten und Regionen kommt bei der Zugehörigkeit und Teilhabe an der gesellschaftlichen Mitte eine hohe Symbolkraft zu. Sie gewinnt umso mehr an Bedeutung, als die Moderne ein Wachstums- und Steigerungsprogramm beinhaltet; „die soziale Differenzierung beinhaltet heute weniger ein Oben und Unten, als ein Mehr und ein Weniger“ (Gross 1994, S. 369). Das Zentrum in seiner Verkörperung der Masse, des Wachstums, der Agglomeration entspricht diesem Denken und kann es als Image im gesellschaftlichen Diskurs durchsetzen. Das Dilemma, dass nicht-reziproke Abhängigkeiten den Postulaten von *Gerechtigkeit und Fairness* widersprechen, wird gelöst, indem die Zentren als Träger der Moderne und des Fortschritts, die Peripherien aber als deren ständige Bedrohung etikettiert werden.

Ein Beispiel für die gesellschaftliche Konstruktion der Ordnung von Zentrum und Peripherie ist deren *Operationalisierung* für politische Programme. Um im Rahmen der Kohäsions- und Agrarpolitik der Europäischen Union regionale Förderschwerpunkte festzulegen, werden vor allem die Indikatoren Besiedlungsdichte, Erreichbarkeit und Bruttowertschöpfung herangezogen. Im Zweiten Kohäsionsbericht der Europäischen Union wird der Begriff der Peripherie definiert als „Gebiete mit schwerwiegenden geografischen oder natürlichen Nachteilen“, die aufgrund dieser Situation zusätzliche Kosten verursachen und große Schwierigkeiten aufweisen, sich in die europäische Wirtschaft zu integrieren. Andere Begriffe wie *remote areas* oder strukturschwache Räume erfassen ähnliche Indikatoren. Es überwiegt ein territoriales Raumverständnis in dem Sinne, dass vor allem die Eigenschaften von Räumen erfasst werden und diese sehr schnell mit „natürlichen“ Kategorien wie ländlich, entlegen oder dünn besiedelt in Zusammenhang gebracht werden. Stattdessen wäre es wichtig, nicht Analogien zu bilden, die verdecken, dass die Lebensbedingungen unter ähnlichen geographischen Bedingungen höchst unterschiedlich sind. Instrukтив wäre es, die politischen, medialen, wissenschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse, Rahmensetzungen und Ordnungsprinzipien zu analysieren, die zur Peripherisierung führen.

Im hier verwandten Sinne geht es also nicht darum, ein bestimmtes Gebiet als Peripherie zu etikettieren. Es handelt sich um eine analytische Unterscheidung von Zentrum und Peripherie, denn empirisch vorfindbare Raumstrukturen sind stets durch Verwerfungen, Kontinuen, Vernetzungen, Subordnungen etc. gekennzeichnet. Auch die Abhängigkeitsbeziehungen können variieren: Peripherien agieren teilautonom oder in direkter Abhängigkeit von den Zentren (Eisenstadt 1968). So genannte duale Strukturen entstehen durch teilweise Integration der Peripherien in die Zentren und so genannte „Brückenköpfe“ der Zentren in den Peripherien (Senghaas 1974). Wie die Ordnung von Zentrum und Peripherie in dynamische Raumstrukturen eingelagert ist, dürfte ein lohnendes Forschungsfeld sein.

Je mehr die so genannte Strukturschwäche als Eigenschaft von Räumen gedacht wird und nicht die Peripherisierung analysiert wird, umso größer ist die Gefahr der Verfestigung und Zirkularität negativer Entwicklungen. Nur im Wissen darum kann der Resignation, Abschirmung und Immunisierung,

den verfehlten Leitbildern, situationsinadäquaten Deutungen und der Unfähigkeit zur Kooperation begegnet werden, mit denen periphere Räume ihre eigene Entwicklungsfähigkeit schwächen (Keim 2003). Darüber hinaus sensibilisiert der Begriff für die Genese räumlicher Ordnungen und die damit verbundene Definitionsmacht. Er verweist darauf, dass Entwicklungsfähigkeit vor Ort nicht allein durch Eigenschaften der Region, sondern durch überregionale gesellschaftliche/soziale Prozesse begründet wird. In Abgrenzung zu modernisierungstheoretischen Auffassungen handelt es sich weder um Rückständigkeit noch um Transformationseffekte, vielmehr um Folgen wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit. Darin eingeschlossen sind duale und ungleichzeitige Entwicklungen, Gewinner- und Verliererkonstellationen in einem sozialen Raum. Mit dem Begriff der Peripherisierung kann eine räumlich orientierte Ungleichheitsforschung eine Analyse komplexer sozialer, kultureller und ökonomischer Entwicklungen in spezifischen Regionen und Orten leisten.

Literatur

- Bango, Jenö (1998): Auf dem Weg zur postglobalen Gesellschaft. Verlorenes Zentrum, abgebaute Peripherie, „erfundene“ Region. Berlin.
- Barlösius, Eva (2004): Die Macht der Repräsentation. Common Sense über soziale Ungleichheiten. Wiesbaden.
- Beetz, Stephan/Neu, Claudia/Plieninger, Tobias (2005): Zwischen Berlin und Stettiner Haff. Eine naturräumliche, politische und sozioökonomische Analyse der Region Barnim/Uckermark/UECKER-RANDOW. Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume“ 3. Berlin.
- Chaldun, Ibn (1951): Ausgewählte Abschnitte aus der Muqaddima (hg. von Annemarie Schimmel). Tübingen.
- Eisenstadt, Shmuel Noah (1968): Prestige, Participation and Strata Formation. In: John Arthur Jackson (Ed.), Social Stratification. Cambridge, S. 62-103.
- Elias, Norbert/Scotson, John L. (2002): Etablierte und Außenseiter. Gesammelte Schriften, Band 4. Frankfurt a.M.
- Gill, Bernhard (1998): Zur Vieldeutigkeit der Unterscheidung von Natur und Gesellschaft. In: Karl-Werner Brand (Hg.), Soziologie und Natur. Theoretische Perspektiven. Opladen.
- Gill, Bernhard (2003): Streitfall Natur. Weltbilder in Technik- und Umweltkonflikten. Opladen.
- Gross, Peter (1994): Himmelwärts. Die Eroberung der Alpen. In: Walter M. Sprondel (Hg.), Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion. Frankfurt a.M., S. 356-378.
- Hahne, Ulf (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. München.
- Heintel, Martin (1998): Einmal Peripherie – immer Peripherie? Szenarien regionaler Entwicklung anhand ausgewählter Fallbeispiele. Abhandlungen zur Geographie und Regionalforschung, Band 5. Wien.
- Heintel, Martin (2004): Periphere Regionen in Finnland und Schweden. In: Geographische Rundschau, Heft 5, S. 24-29.
- Keim, Karl-Dieter (2003): Peripherisierung in Brandenburg – Überzeugungssysteme und Diskurse in der Region. In: IRS aktuell, S. 5-7.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37/2006, S. 3-7.

- Komlosy, Andrea (2005): Innere Peripherien als Ersatz für Kolonien? Zentrenbildung und Peripherisierung in der Habsburgermonarchie. In: Endre Hárs et al. (Hg.): Zentren und Peripherien in der k.u.k. Monarchie. Tübingen/Basel.
- Kreckel, Reinhard (1992): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit. Frankfurt a.M.
- Kronauer, Martin (1996): „Soziale Ausgrenzung“ und „Underclass“: Über neue Formen der gesellschaftlichen Spaltung. In: SOFI-Mitteilungen, Heft 24, S. 53-69.
- Krugmann, Paul (1991): Geography and Trade. Cambridge.
- Maier, Gunter/Franz Tödting (1987): The International Division of Labour and Industrial Change in Austrian Regions. In: Herman Muegge/Walter Stöhr (Hg.): International Economic Restructuring and the Regional Community. Aldershot, S. 218-250.
- Myrdal, Gunnar (1974): Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen. Stuttgart.
- Nolte, Hans-Heinrich/Bähre, Klaas (Hg.) (2002): Innere Peripherien in Ost und West. Stuttgart.
- Schilling, Heinz (Hg.) (2000): Peripherie. Lokale Identitäten und räumliche Orientierungen an der Grenze. Frankfurt a.M.
- Schürmann, Carsten/Ahmed Talaat (2000): Towards an European Peripherality Index: Final Report. Dortmund.
- Senghaas, Dieter (Hg.) (1974): Peripher Kapitalismus. Analysen über Abhängigkeit und Unterentwicklung. Frankfurt a.M.
- Shils, Edward (1975), Center and Periphery: Essays in Macrosociology, Chicago/ London.
- Wallerstein, Immanuel (1986): Das moderne Weltsystem. Die Anfänge kapitalistischer Landwirtschaft und die europäische Weltökonomie im 16. Jahrhundert. Frankfurt a.M.
- Wolf, Angelika/Elisabeth Appel-Kummer (2005): Demografische Entwicklung und Naturschutz. Perspektiven bis 2015. Duisburg.

Territoriale Ungleichheit: Eine spezifische Ausprägung räumlicher Ungleichheit²

Eva Barlösius und Claudia Neu

Die Ungleichheitssoziologie konzentriert sich darauf, die Genese und Tradierung von solchen Formen sozialer Ungleichheit nachzuzeichnen und zu erklären, die aus sozialstrukturell gegliederten Gesellschaften entstehen bzw. sie begründen. Hingegen werden soziale Ungleichheiten, die räumlich verursacht sind oder sich auf eine räumliche Einheit beziehen wie Region, Nationalstaat oder Kontinent, nicht mit derselben Aufmerksamkeit analysiert. Für diese existieren keine eingeführten Konzepte wie für die Sozialstruktur, bei der mehrere Gliederungsweisen wie Stand, Klasse, Schicht oder Milieu miteinander konkurrieren. Welche Dimensionen räumliche Ungleichheiten bedingen, also ungleichheitsrelevant sind, ist ebenso eine weitgehend offene Frage wie die nach angemessenen Indikatoren und Erhebungsinstrumenten. Darin reflektiert sich, was Ulrich Beck als den „methodologischen Nationalismus“ der Soziologie kritisiert: eine Soziologie, die den Nationalstaat als Bezugsrahmen für die von ihr analysierten Prozesse schlicht voraussetzt (vgl. Beck 2006). Für die Ungleichheitssoziologie bedeutet dies, dass sie der Räumlichkeit von Ungleichheitsphänomen nur selten eine eigenständige sozial strukturierende Bedeutung beimisst. Lediglich die Milieu- und Lebensstilanalysen der späten 1980er und 1990er Jahre haben Räumlichkeit als eigenes Strukturierungsprinzip (Bourdieu) betrachtet, allerdings beinahe ausschließlich in der horizontalen Achse – also als Begründung von Vielfalt –, nicht aber in der vertikalen Achse als Ergebnis von sozialen Bevorzugungen und Benachteiligungen.

Ganz anders in den 1950er und 1960er Jahren: In der Kunstfigur der „katholischen Arbeitertochter vom Lande“, das Sinnbild für soziale Benachteiligung, hatte Raum neben Religionszugehörigkeit, beruflicher Position und Geschlecht noch seinen festen Platz im Kanon der Strukturierungsprinzipien. Seither – flankiert von der Bildungsexpansion – wird vor allem den Dimensionen Bildung und Geschlecht erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt. Religion und Raum verschwanden fast stillschweigend aus dem ungleichheitssoziologischen Beobachtungsfokus, sieht man von den Ost-West-Vergleichen nach der Wiedervereinigung und den Vergleichen innerhalb der erweiterten EU ab. Gleichwohl erleben die beiden vernachlässigten Dimensionen Religion und Raum aktuell eine Renaissance. Ob und in welchem Ausmaß Religionszugehörigkeit (wieder) sozial strukturierende Kraft besitzt, sollte angesichts der oftmals hoch emotionalen Reaktion auf islamische Symbole in der Öffentlichkeit von der Ungleichheitssoziologie zumindest diskutiert werden. Dass der Raum – und zwar viel umfassender, als dies die Stadtsoziologie betrachtet – ein eigenständiges Strukturierungsprinzip von Ungleichheit repräsentiert, steht angesichts jener Phänomene, die unter dem Begriff Peripherisierung zusammengefasst werden, außer Frage (vgl. Beetz in diesem Band).

² Dieser Text basiert in weiten Teilen auf Vorarbeiten (vgl. Barlösius 2006, Neu 2006, Barlösius/Neu 2007, Neu et al. 2007). Wir verzichten hier auf weitere Literaturnachweise und verweisen auf die Literaturangaben in den vier Veröffentlichungen.

Die ungleichheitssoziologische Vernachlässigung des Raums – lange allein als Stadt-Land-Differenz gefasst – beruhte im Wesentlichen darauf, dass die Angleichung der Lebensverhältnisse über das gesamte Territorium hinweg nicht nur sozialpolitisch angestrebt, sondern tatsächlich auch weitgehend durchgesetzt wurde. Diese Entwicklung folgte einerseits der Industrialisierung des ländlichen Raums und andererseits der räumlichen Ausbreitung wohlfahrtsstaatlicher Garantien – insbesondere infrastruktureller Einrichtungen – bis in den letzten Winkel des Landes. Auf diese Weise wurden die ländlichen Gebiete – ausgestattet mit dem Versprechen auf Zukunftspotenziale – an die dominanten gesellschaftlichen Entwicklungslinien angekoppelt. Insofern war es berechtigt, dass sich die Ungleichheitssoziologie mit räumlicher Ungleichheit kaum befasste.

Ökonomische und demographische Entwicklungen zwingen den Blick nun aber zurück auf die Raumdimension. Nicht mehr Einheitlichkeit der wirtschaftlichen Entwicklungen und Lebensverhältnisse, sondern zunehmende Differenzierung prägen das Bild räumlicher Entwicklung in Deutschland und Europa. Die Differenzierungslinien laufen jetzt jedoch quer zu den alten Unterscheidungen zwischen Stadt und Land, Ost und West, Nord und Süd. Prosperierende ländliche Räume im Südwesten der Republik, gesegnet mit Arbeitsplätzen und Kindern, kontrastieren mit peripheren ländlichen Räumen, in denen es an Arbeitsplätzen und jungen Menschen fehlt. Auch einzelne Stadtviertel sind längst von ökonomischen Abstiegs spiralen und demographischer Alterung betroffen. Den Prozess des Ineinandergreifens von ökonomischer Strukturschwäche und demographischen Veränderungen, die zur Abkopplung sozialräumlicher Entwicklungen – im Vergleich zu den gesamtgesellschaftlichen (Zentralisierungs-)Vorgängen – führen, bezeichnen wir als Peripherisierung (vgl. Keim 2006). Peripherisierung ist begleitet von einer Verminderung von Zugangs- und Teilhabechancen für die Bewohner dieser Räume, dieser Prozess wird so zu einem Generator und Verstärker von Ungleichheit. Wird es vor Ort immer schwieriger, einen Arbeitsplatz oder einen Arzt zu finden, werden Schulen und Freizeiteinrichtungen ersatzlos gestrichen, verengen sich Handlungsspielräume zur Gestaltung des eigenen Lebens ständig weiter, wodurch neue Benachteiligungen entstehen und vorhandene ausgeweitet werden. Der Peripherisierung haften somit räumliche Eigenarten an, die ungleichheitswirksam sind.

Im Folgenden möchten wir einige ungleichheitssoziologische Grundbegriffe darlegen, mit denen die Folgen der Peripherisierung analysiert werden können. Weiterhin werden wir beleuchten, in welchem Zusammenhang räumliche Gerechtigkeit und räumliche Ungleichheit bislang standen und wie räumliche Ungleichheit angesichts von Peripherisierungsprozessen zukünftig bewertet werden könnte.

1. Peripherisierung – Anwachsen territorialer Unterschiede und Ungleichheiten

Räumliche Ungleichheiten werden zumeist auf ein bestimmtes Territorium bezogen und damit territorialisiert, weshalb wir in diesen Fällen von territorialen Ungleichheiten sprechen (vgl. Heidenreich 2003), auch im Fall der Peripherisierung. Territoriale und räumliche Ungleichheiten stellen wiederum eine Variante sozialer Unterschiede und Ungleichheiten dar.

Territoriale Ungleichheiten sind deutlich von territorialen Unterschieden oder Verschiedenartigkeiten zu trennen. Selbst unter den (idealtypischen) Bedingungen weitgehend gleichförmiger Lebensverhältnisse unterscheiden sich die *Lebensführungsweisen* ländlicher, klein-, mittel- oder großstädtischer Haushalte voneinander. Die Arbeit an Haus und Hof oder die naturnahe Freizeitgestaltung wie Spazieren gehen und Radfahren spielen in ländlichen Räumen eine wesentlich größere Rolle als in städtischen Gebieten. Auch die nach wie vor große Bedeutung von Heimatvereinen oder Freiwilligen Feu-

erwehren in kleinen Ortschaften repräsentieren Unterschiede und verschiedenartige Lebensstile. Große territoriale Unterschiede bestehen ebenfalls bei der Ausstattung mit Arbeitsplätzen, Freizeiteinrichtungen, beim Öffentlichen Personennahverkehr oder bei der Naturnähe. Allerdings werden *Unterschiede* in der naturräumlichen oder infrastrukturellen Ausstattung erst dadurch zu sozialen *Ungleichheiten*, wenn diese sich günstig oder ungünstig auf andere, und zwar auf ungleichheitsgenerierende Lebensbereiche wie Beruf, Bildung und Gesundheit auswirken und so Handlungs- und Gestaltungsräume festlegen.³

Gibt es derartige Folgewirkungen nicht, dann handelt es sich um Unterschiede beispielsweise in den Freizeitaktivitäten vor Ort, aber nicht um Ungleichheiten. Mangelt es aber an sozialen Orten wie Gemeindezentren, Kulturräumen oder Gastwirtschaften und Einkaufsmöglichkeiten, in denen soziale und kulturelle Aktivitäten stattfinden können, dann werden die Teilhabechancen an Kommunikation und sozialen Netzen auf flüchtige Begegnungen im öffentlichen Raum reduziert. Falls jedoch Folgewirkungen existieren, diese aber nicht gesellschaftlich wahrgenommen werden, so sind diese Verschiedenartigkeiten trotzdem als Ungleichheiten wirksam. Sie können als latente Ungleichheiten bezeichnet werden. Dies trifft etwa für die hoch geschlechtsspezifisch segregierte ländliche Freizeit zu, die mit wenigen Gelegenheiten und Gestaltungsmöglichkeiten für Mädchen einhergeht (Freiwillige Feuerwehr, Fußballverein, Tankstellen als Treffpunkt) und oftmals einen enormen Anpassungsdruck mangels jugendkultureller Gelegenheitsstrukturen hervorbringt (Schubarth 2007).

Aber auch die Existenz von Folgewirkungen – also soziale Strukturierung – allein genügt noch nicht. Sie müssen mit Bevorzugungen oder Benachteiligungen verknüpft sein, und dies impliziert eine Bewertung der Folgewirkungen – als sozial gerecht oder sozial ungerecht. Hier zeigt sich die enge Verknüpfung von sozialen Ungleichheiten mit Gerechtigkeitsvorstellungen, sie bilden den Bezugspunkt für Ungleichheiten. Eine strikte Trennung von Gerechtigkeitspostulaten und Ungleichheitsforschung ist deshalb wohl kaum möglich. Die Ungleichheitssoziologie ist stets aufgerufen, zu analysieren, welche Vorstellungen von sozialer Gerechtigkeit in ihre Untersuchungen einfließen und wie sie diese jeweils „operationalisiert“.

2. Gleichverteilung als Gerechtigkeitsmaß für sozialstrukturelle und räumliche Ungleichheit

Für die Mehrzahl der populären Ungleichheitsmodelle (z.B. Klasse, Schicht, Milieu) gilt, dass, um das Ausmaß sozialer Ungleichheit zu bestimmen, die statistisch messbare Gleichverteilung von erstrebenswerten Gütern und Ressourcen als Gerechtigkeitsmaß herangezogen wird. Wenn alle ungleichheitsrelevanten Güter, Ressourcen, Rechte und Anrechte insoweit gleich verteilt sind, dass sich aus den bestehenden Unterschieden keine extreme Bevorzugung bzw. Benachteiligung ergibt, dann wird dies als sozial gerecht eingestuft. Auf ähnliche Weise wird bestimmt, welche Lebensverhältnisse als prinzipiell gleichwertig anzusehen sind. Dabei wird geprüft, ob in allen Teilräumen quantifizierte Sollwerte bei der infrastrukturellen Ausstattung und bei den Lebens- und Arbeitsbedingungen erreicht sind. Auch hier wird somit Gleichverteilung als Gerechtigkeitsmaß verwendet. Räumliche Gerechtigkeit repräsentiert somit eine Variante sozialer Gerechtigkeit. Der Unterschied zwischen beiden For-

³ Territoriale Ungleichheit trifft aber nicht alle in gleichem Maße, denn wer in entlegenen ländlichen Räumen lebt und über Arbeitsplatz, PKW und PC verfügt, kann einen Großteil der Peripherisierungsfolgen (unter den Kosten eines hohen Zeitverbrauchs) abfangen. Dieser Umstand weist darauf hin, dass territoriale Ungleichheit selten allein auftritt, sondern zumeist im Zusammen- oder Gegenspiel mit anderen Ausprägungen von sozialer Ungleichheit.

men besteht darin, dass das eine Mal Gleichverteilung vertikal – sprich entlang der Achse der Sozialstruktur – erfasst wird und das andere Mal horizontal – bezogen auf eine räumliche Einheit – bestimmt wird. Im ersten Fall geht es um einen gerechten Ausgleich innerhalb der Sozialstruktur, im zweiten Fall um einen gerechten Ausgleich zwischen prosperierenden und wenig entwickelten Gebieten.

Es handelt sich somit um zwei Ausprägungen von sozialer Gerechtigkeit: eine sozialstrukturelle und eine räumliche, die sich allerdings auf zwei unterschiedliche Bezugseinheiten berufen. Die Bezugseinheiten bilden jeweils einen „Gerechtigkeitszusammenhang“, insofern jeweils dasselbe Gerechtigkeitsmaß auf alle Mitglieder bzw. Teile des Zusammenhangs angewendet wird und sie sich untereinander zu einem gewissen Ausgleich von Ungleichheiten bereit erklärt bzw. verpflichtet haben. Der „Gerechtigkeitszusammenhang“ kann gemeinschaftlich, gesellschaftlich oder auch staatlich fundiert sein, je nachdem, wie sich die Bezugseinheit begründet. Soziale Ungleichheit bemisst sich an der sozialstrukturell gegliederten Gesellschaft und zwar in allen ihren Abstufungen von arm bis reich, und die räumliche Ungleichheit berücksichtigt all jene Gebiete, die sich als Gerechtigkeitszusammenhang begreifen oder begriffen werden. Sofern diese Gebiete sich an einem Territorium festmachen, sich als flächenmäßige Einheit verstehen, bezeichnen wir dies als *Territorialisierung* räumlicher Gerechtigkeit, Ungleichheiten und Unterschiede – und folglich als territoriale Gerechtigkeit bzw. territoriale Unterschiede und Ungleichheiten. Territorialisierung erscheint uns heutzutage selbstverständlich, aber in der Geschichte gab es stets nichtterritoriale Raumstrukturen, z.B. die Verbände der Zisterzienserklöster, der Hanse, der katholischen Kirche. In vielen Gegenwartsdiagnosen wird Globalisierung als *Entterritorialisierung* – also als Loslösung von einer flächenbezogenen räumlichen Ordnung – beschrieben. An die Stelle einer territorial gebundenen räumlichen Ordnung, so die Voraussage, tritt eine funktional bestimmte räumliche Ordnung, bei der geographisch nebeneinander liegende Flächen oftmals weniger miteinander verflochten sind als weit entfernte Gebiete. Ob und wie die beobachteten Prozesse der Peripherisierung als Folge der Globalisierung zu interpretieren sind, ist eine Frage, die zu beantworten vermutlich verfrüht ist; dass sich darin eine neue räumliche Strukturierung andeutet, steht jedoch außer Frage.

3. „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ – die Territorialisierung räumlicher Ungleichheiten

Territoriale Gerechtigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland durch den Art. 72 Abs. 2 Grundgesetz „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ als politisches Postulat etabliert. Praktisch umgesetzt wurde dies, indem „zurückgebliebene Regionen“ so entwickelt wurden und werden sollten, dass sie zu den „fortgeschrittenen“ aufschließen und an den „Prozess der Modernisierung“ herangeführt werden. „Nachholende Modernisierung“ – konkret die Industrialisierung des Ländlichen – galt seit Beginn der Bundesrepublik Deutschland als das Mittel der Wahl, um in hinterher hinkenden Regionen „gleichwertige Lebensverhältnisse“ herzustellen. „Gleichwertig“ wurde damit als „gleichförmig“ aufgefasst, und entsprechend sollten überall weitgehend „gleiche Lebensbedingungen“ geschaffen werden. Das heißt: Gleichwertigkeit wurde als Gleichförmigkeit verstanden.

Wird eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nur dann als gegeben angesehen, wenn eine weitgehende Homogenität besteht, dann reicht der Ausgleich zwischen den Gebieten sehr weit. Allerdings lassen sie damit auch erhebliche Eingriffe in ihre Eigenarten und Traditionen zu und erkennen einheitliche Kriterien, Maßstäbe und Entwicklungsziele für das gesamte Territorium an – unabhängig davon, ob es sich um das Ruhrgebiet, den Thüringer Wald oder Oberbayern handelt. Es wäre auch vorstellbar, dass räumliche Gerechtigkeit bereits dann als gegeben angesehen wird, wenn nicht mehr

als das Minimum an Ausgleich erreicht ist, auf welches man sich einigen konnte. Ausgleich meint folglich nicht unbedingt Angleichung, entscheidend ist, dass ein territorialer Gerechtigkeitszusammenhang erfahrbar und gesichert wird.

Mit der Bereitschaft, räumliche Ungleichgewichte abzumildern, beweist der räumliche „Gerechtigkeitszusammenhang“ die teilräumliche Zugehörigkeit der Regionen zu einem Staatsgebiet. Auf diese Weise stellt sich eine gegliederte Raumstruktur her, die ein gewisses Maß an Zugangs- und Teilhabechancen garantiert, einerlei wo man lebt. Um diese territoriale Integration herzustellen und zu garantieren, ist es nicht notwendig, die Verschiedenartigkeit der Teilräume in Gleichförmigkeit zu überführen, wohl aber, extreme Unterschiede in den Lebensverhältnissen abzubauen und Mindestbedingungen zur Teilhabe zu gewährleisten. Ansonsten ist jenes Maß an institutionalisierter Gleichheit nicht gegeben, das notwendig ist, eine territoriale Einheit zu begründen.

4. Nicht gleich, aber gleichwertig und zukunfts offen

Das Postulat der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse unterliegt gegenwärtig einem grundlegenden Wandel, und damit hat sich ein Teil des bundesrepublikanischen Grundverständnisses von territorialer Zugehörigkeit verschoben. Finanzielle Unterstützungen für entlegene und strukturschwache Regionen werden immer rechtfertigungsbedürftiger. Dieser Prozess hat ein Anwachsen territorialer Ungleichheiten zur Folge, der mit einem ökonomischen und politischen Machtverlust peripherer Räume einhergeht. Für die verbliebene Bevölkerung vermindern sich Teilhabechancen an den entscheidenden ungleichheitsgenerierenden und -verstärkenden Ressourcen wie Arbeitsplatz, Bildung und Gesundheit. Diese Ungleichheiten können durch Naturnähe oder als positiv erlebte öffentliche Sicherheit nur partiell kompensiert werden.

Dass der für die deutsche Gesellschaft so fundamentale Grundkonsens der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse brüchig geworden ist, hat vor allem drei Ursachen: Erstens greift angesichts des Umbaus von der Industriegesellschaft zur globalisierten Wissensgesellschaft das Konzept der „nachholenden Modernisierung“ nicht mehr. Zweitens sind (vor allem die ostdeutschen) Agglomerationsräume selbst von einem unbewältigten Strukturwandel betroffen, der es nicht erlaubt, als „Kraftspender“ oder Motor für die umliegenden Regionen aufzutreten. Drittens materialisierte sich das Postulat der gleichwertigen Lebensverhältnisse in der Wirtschaft, dem Recht und den institutionellen Bedingungen als Quelle für eine institutionalisierte Gleichheit. Entsprechend wurde die ländliche Kultur in Ost- und Westdeutschland zumeist als rückständig gewertet, die es zu „modernisieren“ und an die städtischen Zentren anzupassen gelte. Durch wirtschaftliche, rechtliche und institutionelle Angleichung – so die Erwartung – würde diese Rückständigkeit beseitigt und an ihre Stelle die moderne, die städtische Kultur treten. Die räumlich-kulturellen Unterschiede wurden damit als eine „Ordnung des Hintereinander“ und nicht als eine „Ordnung des Nebeneinander“ (Simmel) beschrieben, womit einherging, diese nicht als gleichgestellte und gleichberechtigte Verschiedenartigkeiten anzuerkennen. Gelingt es, Differenz als gleichberechtigt anzuerkennen, dann kann daraus möglicherweise abgeleitet werden, was Gleichwertigkeit jenseits von Gleichheit meint.

Welche Diskussionsmöglichkeiten bieten sich demnach an für eine Gleichwertigkeit jenseits homogener Lebensverhältnisse auf dem Territorium? Wie erläutert, dringt das Postulat „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ darauf, die Ungleichheiten zwischen den Regionen in engen Grenzen zu halten. Das zu tolerierende Ausmaß an Ungleichheit wird jeweils gesellschaftlich und politisch ausgehandelt. Grundlage für diese Aushandlungsprozesse ist die Einigung auf eine Vorstellung von räumlicher Gerechtigkeit und praktisch zu erreichenden Gerechtigkeitsmaßen.

Bisher war die einheitliche Ausstattung mit Infrastruktur in allen Regionen ein erklärtes Ziel. Nunmehr gilt es, die Infrastruktur nicht weiter als Komplettpaket zu sehen, sondern nach technischen, sozialen und kulturellen Angeboten zu untergliedern. Im Einzelfall ist zu fragen, welches Infrastrukturangebot bzw. welche Ausstattung verhandelbar ist. Ist die Wasserqualität verhandelbar? Nein? Dann aber die Anschlussquoten an das öffentliche Wassernetz? Kann die Straßenreinigung in spärlich bewohnten Gebieten wieder an die Bürger zurückgegeben werden? Kann der öffentliche Personennahverkehr bei einer Unterschreitung einer Mindestbevölkerungsdichte „entstaatlicht“ werden? Können Mindestschülerzahlen je nach Landstrich variieren? Brauchen wir nicht mehr – anstatt weniger – soziale und kulturelle Infrastruktur, um Menschen in entlegenen Räumen zu halten?

Ziel dieser neuen Aushandlungsprozesse muss es aber sein, Gestaltungschancen für die noch unbekanntere Zukunft dieser Gebiete offen zu halten sowie Handlungs- und Gestaltungsspielräume für die heutigen und zukünftigen Generationen zu ermöglichen. Dies gelingt nur, wenn die gegenwärtigen Handlungsalternativen daraufhin geprüft werden, dass diese sich nicht negativ auf „den (künftigen) Nutzen der anstehenden Entscheidungen“ auswirken (Luhmann). Bei dieser Aushandlung müsste es darum gehen, eine Vorstellung von räumlicher Gerechtigkeit zu entwickeln, die Gleichwertigkeit von Lebensverhältnissen jenseits von Gleichheit und Angleichung denkt. Gleichheit und Angleichung waren typisch für die Vorstellung von territorialer Gerechtigkeit, welche Zukunft als Modernisierungsprojekt – für entlegene ländliche Räume als nachholende Modernisierung – verstand. Zukünftig scheint diese Vorstellung für eine „globalisierte Wissensgesellschaft“ wenig „passend“. Wird Zukunft weiterhin als handlungsoffen verstanden, so ist eine Vorstellung von territorialer Gerechtigkeit hilfreich, die Differenz als gleichberechtigt anerkennt und Verschiedenartiges zulässt, ohne die Teilhabechancen und Handlungsspielräume der Bewohner entlegener Regionen zu verschließen.

5. Generelle Aspekte

Für die Analyse räumlicher Ungleichheiten bildete bislang ein territorial festgelegtes Areal die Bezugseinheit. Insofern ist Becks Kritik am „methodologischen Nationalismus“ vollkommen berechtigt – wie bereits erwähnt. Allerdings kam es, so lange das Postulat „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ die Vorstellung von räumlicher Gerechtigkeit prägte, zu keinen Unstimmigkeiten zwischen der Art der ungleichheitssoziologischen Analyse räumlicher Ungleichheiten und der politischen und gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bewertung von regionalen Differenzen. Wenn jedoch von diesem Postulat politisch immer weiter abgerückt wird und in der Praxis divergente räumliche Entwicklungen stattfinden, wie die Peripherisierungsthese betont, dann ist zu fragen, wie sich die Ungleichheitssoziologie darauf einrichten kann. So beobachten wir beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern, dass es Dörfer gibt, die in überregionale oder globale Austauschprozesse integriert sind, aber wenig mit den Nachbardörfern und -städten gemein haben. Hier gehen Territorialisierung und Entterritorialisierung räumlicher Ungleichheiten bereits Hand in Hand.

Daraus ergibt sich, dass wir an denselben Orten neben Menschen, die in globalen Vernetzungen scheinbar losgelöst von jeglichen räumlichen Bindungen vergesellschaftet sind, Menschen finden, die just auf die vor Ort vorhandenen Gegebenheiten „zurückgeworfen“ sind. Für ihre soziale und ökonomische Lage ist der Ort strukturbildend, ihre soziale Lage ist damit vorwiegend räumlich bestimmt. Somit findet ein geradezu entgegengesetzter Prozess statt, der zwar nicht mehr territorial bestimmt werden kann, der aber räumliche Qualität besitzt. Das heißt: Räumliche Ungleichheiten erhalten eine andere Ausprägung. Vielleicht kann man dies als Lokalisierung bezeichnen.

Diese Wandlungsprozesse spiegeln sich auf der politischen Ebene wider. Zunehmend werden Gebiete als selbstverantwortliche Einheiten begriffen. Diese sind nicht nur auf ihre lokalen Bedingungen verwiesen, sondern erfahren eine räumlich begründete Etikettierung. Not leidende Areale (hohe Arbeitslosigkeit, geringe Wirtschaftskraft, beschleunigte Alterung) werden verstärkt für den Zusammenbruch ihrer sozialen Strukturen verantwortlich gemacht bzw. dieses wird damit begründet, dass sich dort eine staatliche Unterstützung nicht mehr lohne. Auf diese Weise werden soziale Probleme lokalisiert, einem Raum zugewiesen, ohne dass die verursachenden ökonomischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge wie Globalisierung und Peripherisierung betrachtet werden. Damit findet auf der einen Seite eine Lokalisierung des Ökonomischen und Gesellschaftlichen statt, während auf der anderen Seite Ökonomie und Gesellschaft als durch Globalisierung vereinnahmt dargestellt werden.

Auf den Punkt gebracht und pointiert zugespitzt: Bislang erfassen und beschreiben wir räumliche Ungleichheiten zumeist als territoriale Ungleichheiten. Gegenwärtig beobachten wir Prozesse der Entterritorialisierung; diese haben aber keine Enträumlichung zur Folge, wie in mancher These zur Globalisierung behauptet wird. Vielmehr scheint eine neue Ausprägung räumlicher Ungleichheiten zu entstehen, die quer zu alten sozialstrukturellen Differenzierungslinien liegt. Peripherisierung – so unserer Vorschlag – könnte eine geeignete Perspektive sein, um die Eigenart der neuen Verräumlichungsprozesse zu fassen: dynamisch, losgelöst von einem festgelegten Territorium, nationalen und anderen politisch bestimmten Grenzen, relational durch Zentralisierungs- und Machtprozesse bestimmt und mit einem expliziten Bezug zu räumlichen Qualitäten.

Literatur

- Barlösius, Eva (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 37/2006, 11. September 2006, S. 16-22.
- Barlösius, Eva/Neu, Claudia (2007) „Gleichwertigkeit – Ade?“ Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. In: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, Heft 37, S. 77-92.
- Beck, Ulrich (2006): Kosmopolitierung ohne Kosmopolitik: Zehn Thesen zum Unterschied zwischen Kosmopolitismus und in Philosophie und Sozialwissenschaft. In: Helmuth Berking (Hg.): *Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 252-270.
- Heidenreich, Martin (2003): Territoriale Ungleichheiten in der erweiterten EU. In: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 55, Heft 1, 2003, S. 31-58.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 37/2006, 11. September 2006, S. 3-7.
- Neu, Claudia et al. (2007): *Daseinsvorsorge in peripheren ländlichen Räumen – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck* (hg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern). Schwerin.
- Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 37/2006, 11. September 2006, S. 8–15.
- Schubarth, Wilfried (2007): *Bildung im ländlichen Raum: Probleme und Perspektiven des demographischen Wandels*. In: Stephan Beetz (Hg.): *Die Zukunft der Infrastrukturen im ländlichen Raum*. Materialien der IAG LandInnovation an der BBWA, Nr. 14. Berlin: BBAW, S. 61-67.

Ländliche Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft: mittendrin oder außen vor?

Annette Spellerberg

Ländliche Räume stehen gegenwärtig nicht im Mittelpunkt der Untersuchungen zum sozio-ökonomischen Strukturwandel – von der Industriegesellschaft hin zu einer hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft, weiterführend auch als Wissensgesellschaft bezeichnet (Matthiesen 2005). Insbesondere in größeren Agglomerationen und Metropolregionen treten die Umbrüche deutlich in Erscheinung; sie dominieren – wie zu Beginn der Industrialisierung – die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen. Dagegen treten periphere ländliche Räume, bedingt durch den beschleunigten sozialen Wandel und die Auseinanderentwicklung der Regionen, nur noch als negative Bestimmungsgrößen sozialer Ungleichheitslagen in Erscheinung, z.B. bei fehlenden Bildungs- und Erwerbschancen.

Dennoch ist es notwendig, sich mit ländlichen Räumen im Kontext der Diskussion um die Wissensgesellschaft auseinanderzusetzen. Einerseits spitzen sich gerade in peripheren, dünn besiedelten Räumen mit Abwanderungen, Geschäftsaufgaben, Monokulturen bis hin zu Bracheentwicklungen, Ausdünnung der öffentlichen Infrastruktur und schwindender demokratischer Repräsentanz die Auswirkungen des Strukturwandels zu. Andererseits haben sich vor allem ballungsraumnahe ländliche Räume in ökonomischer und demographischer Hinsicht positiv entwickelt. Die Definition und Abgrenzung des ländlichen Raums verliert daher zunehmend an Eindeutigkeit (BBR 2005).

Beide Typen ländlicher Räume, periphere und prosperierende, benötigen für die Teilhabe an der Informationsgesellschaft zukunftsorientierte Technik – trotz geringer Bevölkerungsdichte und privatwirtschaftlicher Anbieterstrukturen –, wollen sie nicht von der allgemeinen Entwicklung abgekoppelt werden (schnelle Breitbandverbindung, WIMAX). Ein wesentlicher Einflussfaktor für die ökonomische und soziale Randlage ländlicher Räume liegt damit nicht nur in der Distanz zu Oberzentren, sondern auch in der Ausstattung mit technischer Infrastruktur (Rifkin 2000).

In diesem Beitrag werden auf empirischer Basis die Situation und Positionierungen ländlicher Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft diskutiert. Hierzu werden im zweiten Teil Daten des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (INKAR 2006) ausgewertet. Zunächst werden die Raumordnungsregionen der Bundesrepublik anhand eines Index zur räumlichen Zentrennähe typisiert. In einem zweiten Schritt folgt eine Klassifizierung der Raumordnungsregionen anhand ihrer Nähe zur Wissensgesellschaft. Hier wird auch die technische Infrastruktur mit in die Betrachtung einbezogen. In einem dritten Schritt werden beide Typisierungen zueinander ins Verhältnis gesetzt und im Hinblick auf ihre Wirtschaftsstärke untersucht. Im dritten Teil werden anhand eines konkreten Fallbeispiels aus der ländlichen peripheren Eifel Chancen und Hemmnisse des infrastrukturellen Zugangs und der sozialen Situation dargestellt. Im Ergebnis zeigt sich, dass Problembewusstsein und Handlungsbereitschaft die technische Entwicklung und ökonomischen Erfolg maßgeblich mitbestimmen – wobei selbstverständlich die grundsätzlichen Vor- und Nachteile einer peripheren

Lage nicht zu ändern sind. Ziel des Beitrags ist es, zu vermitteln, dass die siedlungsstrukturelle Kategorie „ländlicher Raum“ nicht nur differenziert zu beschreiben und zu analysieren ist, sondern darüber hinaus die technische Infrastruktur für die Klassifikation „periphere Lage“ genauso wichtig ist wie das Kriterium der räumlichen Distanz.

1. Wissensgesellschaft und ländlicher Raum – ein Grundwiderspruch?

Eine Wissensgesellschaft zeichnet sich dadurch aus, dass Wissen zum zentralen Produktionsfaktor aufsteigt, dass es ein wirtschaftlich handelbares Gut wird und als wichtige Komponente auch materieller Güter anerkannt wird (Kujath/Schmidt 2007). Eine wesentliche Dimension der Wissensgesellschaft besteht darin, dass erst die kognitive und emotionale Verarbeitung von Informationen dazu führt, dass Wissen entsteht, das entsprechend als personengebunden, implizites oder *tacit knowledge* bezeichnet wird.

Im sozialen Austausch werden Informationen mit Bedeutungen belegt, so dass neben analytischer Kompetenz auch *soft skills* wie Kommunikationsfähigkeit zur Produktivkraft werden (Malecki 2000). Die Vernetzung von Wissensträgern gewinnt an Bedeutung, um neues Wissen zu generieren, Wissen zu transferieren und anzuwenden. Hierzu werden persönliche Face-to-face-Kontakte für den Austausch, die Ausbildung von sozialer Nähe, Vertrauen und die Bewertung von Situationen benötigt. Diese als „sticky knowledge places“ (ebd.) bezeichneten Orte, an denen die Wissensgesellschaft „klebt“ (Florida 2004; Landry 2000; Musterd 2002), werden für Unternehmen zunehmend wichtiger, um sich an Interaktion und den relevanten Netzwerken beteiligen zu können.

Die Analyse der Produktivkraft Wissen bereitet aufgrund der Personengebundenheit, der Fluidität und der jeweils spezifischen Vernetzung Schwierigkeiten. Matthiesen und sein Team haben acht Wissenstypen identifiziert, um nach expliziten und impliziten, alltäglichen und reflexiven, ortsgebundenen und überörtlichen Wissensinhalten zu differenzieren und Wissensmilieus besser analysieren zu können: Alltags-, Reflexions-, Milieu-, institutionelles, Produkt-, Experten-, Führungs- und lokales Wissen (Matthiesen 2006, S. 279). Das örtliche und milieuspezifische Wissen als Kategorien wurden eingeführt, weil auch die Wissensgesellschaft an konkrete Orte gebunden ist, jeweils spezifische Pfade der sozioökonomischen Entwicklung sinnvoll sind und Kompetenzen der Akteure in unterschiedlichem Maße vorhanden und regional spezifisch geformt sind.

Die zunehmende Bedeutung der hoch technisierten Dienstleistungsökonomie wird deutlich, wenn die Entstehung neuer Arbeitsplätze betrachtet wird. Das Wachstum an Arbeitsplätzen im Dienstleistungsbereich ist maßgeblich an die wissensintensiven Dienste gekoppelt. Von 1997 bis 2004 sind in den 41 europäischen Agglomerationen (EU 15) knapp 800.000 Arbeitsplätze entstanden, von denen zwei Drittel als wissensintensive industrielle Aktivitäten bezeichnet werden können, d.h. forschungsintensive Produktion plus technologiebezogene Unternehmensdienstleistungen. Während die Unternehmensdienstleistungen (Unternehmensberatung, Organisationsmanagement) und die marktorientierten Dienstleistungen (Finanzdienstleistungen, EDV-Services) um 30 bzw. 37 Prozent anstiegen, sind einfache Tätigkeiten zurückgegangen (Krätke 2007, S. 4).

Da die Erzeugung, Anwendung und Vermittlung von Wissen quer zur klassischen Branchenstruktur liegt, bereitet es Schwierigkeiten, den Anteil an Wissensarbeitern einzuschätzen und sie räumlich zu verorten. Frisch und Stützer (2007) haben in Anlehnung an Florida (2004) die kreative Klasse definiert bzw. modifiziert, Berufe wie Naturwissenschaftler, Ingenieure, Informatiker, Sozialwissenschaftler und Professoren zur Gruppe der „Hoch kreativen“ zusammengefasst und einen Index gebil-

det, der ihren Anteil an den jeweiligen Beschäftigten in einer Region misst. Es ergibt sich für Kernstädte in Agglomerationsräumen und in verstädterten Räumen ein Wert von 1,6 bzw. 1,7, während ländliche Räume auf einen Wert von 0,7 gelangen. Auch ländliche Kreise in verstädterten und Agglomerationsräumen weisen keine höheren Werte auf. Trotz des mehr als doppelt so hohen Anteils Hochkreativer in den Kernstädten kann nicht von einer Wüste im Hinblick auf hochkreative Berufe in ländlichen Räumen gesprochen werden.

Schädlich und Stangl (1995, S. 1290) fassen die Merkmale der Wissensgesellschaft im Handwörterbuch der Raumordnung wie folgt zusammen: (a) Prägung von Wirtschaft und Gesellschaft durch die Nutzung von vernetzten digitalen Technologien, (b) zentrale Bedeutung von Innovationsprozessen und deren Verknüpfung in neuen Formen der Wissensproduktion, (c) steigende qualitative Anforderungen an Aus- und Weiterbildung sowie lebenslanges Lernen und (d) zunehmende Bedeutung wissens- und kommunikationsintensiver Dienstleistungen und deren organisatorischer Grundlagen (Wissensmanagement). Entsprechend formulieren die EU und OECD als Ziele, neue IuK-Technologien zu etablieren, das Bildungssystem anzupassen und wissensbasierte Unternehmen und Branchen zu fördern. Hiermit meinen sie Hightech-Industrien mit einem hohen Anteil hoch qualifizierter Arbeitskräfte: Medizintechnik, Computer- und Kommunikationstechnik, aber auch Auto- oder Chemieindustrie sowie Marketingspezialisten. In der Lissabon-Strategie, die die Stärkung der Wissensgesellschaft zum Ziel erklärt hat, ist formuliert, dass Stadtregionen und insbesondere Metropolregionen zu stärken sind, weil sie in immer stärkerem Maße die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen dominieren.

Mehr als 40 Jahre nach Veröffentlichung der These vom „globalen Dorf“ (McLuhan 1964, zit. nach Matthiesen 2006) und mehr als zehn Jahre nach dem Erscheinen der „Netzwerkgesellschaft“ (Castells 1996), welche geprägt ist durch Medientechnik, Warenaustausch und Vernetzung, zeigt sich, dass die „Zutaten“ der Wissensgesellschaft sehr ungleich verteilt sind: Innovative Unternehmen, kreative und qualifizierte Arbeitskräfte, eine leistungsfähige Infrastruktur, Kreation neuer Institutionen, räumliche Attraktivität und eine kompetente Elite sind eher in städtischen als in ländlichen Räumen zu finden. Städte und Regionen befinden sich – vornehmlich im Hightech-, Wissenschafts- und Medienbereich – in verschärfter Konkurrenz um innovative Unternehmen und Milieus (Ahrens 2001; Krätke 2007; Läßle 2005; Matthiesen 2006).

Um anpassungsfähig zu bleiben und aus den gebotenen Informationsmengen sinnvolle Botschaften herauszulesen und diese interpretieren zu können, müssen die Individuen gut gebildet sein. Ausbildung und selbst organisierte lebenslange Weiterbildung spielen eine zunehmend wichtigere Rolle, so dass der Zugang zu Bildungsinhalten entsprechend ubiquitär gewährleistet sein muss. Dabei ist die technische Seite der Informationsbeschaffung und -verarbeitung nicht außer Acht zu lassen. IuK-Techniken, die Digitalisierung von Informationen und vor allem schnelle Internetverbindungen sind wesentlicher Bestandteil der Wissensgesellschaft. Es besteht für Räume ohne schnelle Internetverbindung die Gefahr verstärkter Abwanderungen sowohl von Unternehmen wie auch jüngerer Bevölkerungsgruppen, die nicht abgekoppelt werden möchten.

Unabhängig davon, um welche Teilgebiete der Wissensökonomie es geht – Wissenserzeugung, die Anwendung neuen Wissens oder Transaktionen –, der ländliche Raum bietet offensichtlich keine Standortvorteile. Ländliche Räume sollen in Form von Verantwortungsgemeinschaften mitgezogen und mitversorgt werden. Es stellt sich jedoch die Frage nach Akteuren, Maßnahmen oder Sanktionen für diese Verantwortungsgemeinschaften, so dass deren Zustandekommen ziemlich unrealistisch erscheint. Auch ein schneller Internetzugang ist nicht überall auf dem Land eine Selbstverständlichkeit. Eine geringe Bevölkerungsdichte und privatwirtschaftliche Anbieterstrukturen stehen einer flächendeckenden Versorgung ländlicher Regionen mit schnellen Internetverbindungen entgegen. Es

droht die Gefahr, dass ländliche Räume von der allgemeinen Entwicklung durch mangelnde Infrastruktur abgekoppelt werden. Durch den Wegzug besser Gebildeter, vor allem von Frauen, ist der *brain drain* ein zentrales Thema, nicht nur aufgrund mangelnden formalen Humankapitals, sondern auch wegen der Ausbildung wenig innovativer Werthaltungen (Matthiesen 2006).

Beinhalten die Begriffe ländliche Räume und Wissensgesellschaft also einen Grundwiderspruch? Führt eine Zentralisierung ökonomischer Tätigkeiten zur Peripherisierung und Abkoppelung der Bewohner und Bewohnerinnen ländlicher Räume von der gesellschaftlichen Entwicklung, wie Karl-Dieter Keim (2006) es diskutiert hat?

2. Technische und räumliche Peripherie

Im folgenden empirischen Teil des Beitrags geht es darum, die Position ländlicher Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft näher zu bestimmen. Die 97 Raumordnungsregionen (ROR) der Bundesrepublik wurden in zwei Richtungen klassifiziert (Programm INKAR 2006), erstens nach ihrer zentralen bzw. peripheren räumlichen Lage und zweitens nach ihrer Nähe zur Wissensgesellschaft.⁴ Zur Messung der räumlichen Zentralität wurde ein additiver Index aus Bevölkerungsdichte und Erreichbarkeit zum Oberzentrum gebildet. Als peripher und sehr peripher gelten Regionen, in denen die Bevölkerungsdichte weniger als 150 Einwohner pro km² beträgt und deren Bewohner ein Oberzentrum in 30 Minuten nicht erreichen können. Als sehr peripher wurden acht RORs eingestuft, die durchschnittlich 58 Minuten Fahrzeit mit dem PKW zum nächsten Oberzentrum benötigen (Emsland, Prignitz-Oberhavel, Oberland, SH-Südwest, Südheide, Altmark, Nordthüringen und Uckermark-Barnim). Peripher wurden neun RORs bezeichnet, deren Bewohner im Mittel 42 Minuten zum Oberzentrum brauchen (z.B. Ostwürttemberg, Südthüringen und Vorpommern). Während in den Zentren der Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter (mit Fachabitur) zehn Prozent beträgt, sind es in den peripheren Regionen sieben Prozent, vergleichbar sind die Anteile der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, die neun Prozent im Unterschied zu fünf Prozent betragen, und der Anteil an Schulabgängern mit Hochschulreife nimmt von 27 auf 16 Prozent ab. Aus diesen Werten lässt sich die These ableiten, dass periphere Regionen von der Wissensgesellschaft vergleichsweise weit entfernt sind.

In einem zweiten Schritt wurden die RORs nach Kriterien der Wissensgesellschaft klassifiziert (Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter; unternehmensbezogene Dienstleistungen, Anteil jüngerer Beschäftigter, Beschäftigte im primären Sektor, Dienstleistungsquote, Schulabgänger mit Hochschulreife, Studierende, VHS-Kurse) (s. Tabelle 2).⁵

Die 19 im Hinblick auf die Wissensgesellschaft fortgeschrittenen Regionen liegen im Westen Deutschlands, mit Ausnahme der drei Regionen Erfurt-Weimar, Leipzig und Dresden. Die 34 als „distanziert“ bezeichneten Regionen befinden sich alle im Westen, sie weisen den größten Abstand zur hoch technisierten Dienstleistungsökonomie auf, lediglich bei den VHS-Kursen fallen sie positiv auf. Die größte Gruppe der als durchschnittlich bezeichneten Regionen (18 in den neuen, 26 in den alten Ländern) weist bei den Indikatoren einen größeren Abstand zu den Fortgeschrittenen als zu den Distanzierten auf. Die fortgeschrittenen ragen somit klarer heraus als die zurückliegenden Regionen.

⁴ Mein Dank gilt Jens Kandt, der mich sehr bei den statistischen Auswertungen und den Recherchen zu den regionalen Versorgungsgraden beim Breitbandzugang unterstützt hat.

⁵ Two-step-Clusteranalyse; Euklidische Distanz als Maß; Schwarzes Bayes-Kriterium.

Aus der Tabelle 3 lässt sich ablesen, dass alle im Hinblick auf die Wissensgesellschaft fortgeschrittenen Regionen in der Nähe eines Oberzentrums liegen bzw. selbst Oberzentrum sind. Wissensschwächere Regionen sind sehr disparat verteilt. So lassen sich die der Wissensökonomie fern stehenden Regionen – die Distanzierten – nicht eindeutig in das Schema Zentrum-Peripherie einordnen. Es lässt sich ein schwaches „Zentrum“ feststellen (ROR Bayrischer Untermain, das Aschaffenburg umfasst und zwischen Frankfurt, Darmstadt und Würzburg mit guter Autobahnanbindung liegt), aber keine Überrepräsentanz der Wissensferne in peripheren Regionen. Die mittlere Kategorie ist hingegen häufiger in peripheren Regionen anzutreffen, wobei die sehr peripheren Regionen dieses Typs alle in Ostdeutschland liegen.

Da die „durchschnittlichen“ Regionen sich im Vergleich zu den „distanzierten“ Regionen vor allem durch einen höheren Anteil an Schulabgängern mit Abitur, mehr Studierende und einen höheren Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter auszeichnen, können diese Regionen besonders vom *brain drain* betroffen sein. Matthiesen nennt dieses Phänomen Bildungsparadox: Hohe Bildung ist in peripheren Regionen notwendig, wodurch die Gefahr steigt, einen größeren Anteil jüngerer Menschen zu verlieren.

Tabelle 2: Zur Wissensökonomie fortgeschrittener, distanzierter und durchschnittlicher Regionen (Angaben in Prozent)

	Fortgeschrittene Regionen n=19	Distanzierte Regionen n=34	Misch- Regionen n=44
	in Prozent		
Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter	12,0	5,5	8,0
Anteil unternehmensbezogene Dienstleistungen	10,1	4,7	5,6
Dienstleistungsquote	36,9	26,1	28,5
Beschäftigte im primären Sektor	0,8	1,3	2,1
Schulabgänger mit Hoch- schulreife	27,0	16,4	23,5
Anteil jüngerer Beschäftigter	21,6	24,2	21,6
Studierende	34,3	10,7	22,1
VHS-Kurse (je 10.000 Ein- wohner)	67,8	88,6	51,7

Quelle: Raumordnungsregionen und Indikatoren auf Basis von INKAR 2006 (BBR).

Tabelle 3: Nähe zur Wissensgesellschaft und räumliche Lage

Nähe zur Wissens- gesellschaft	Peripherie - Zentrum					Total
	sehr peri- pher	peripher	mittel	zentren- nah	zentral	
Distanziert	4	3	14	12	1	34
Durchschnittlich	4	6	10	15	9	44
Fortgeschritten	0	0	0	5	14	19
Total	8	9	24	32	24	97

Die Einteilung nach der Nähe zur Wissensgesellschaft gibt darüber hinaus kaum Hinweise auf die wirtschaftliche Stärke der Regionen. Die Arbeitslosenquote beträgt in quartär fortgeschrittenen Regionen 13 Prozent, in mittleren 16 Prozent und in wissensfernen „lediglich“ zehn Prozent – so dass kein Hinweis auf einen arbeitsmarktbezogenen Vorsprung der fortgeschrittenen Regionen gegeben werden kann. Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung betrug bei allen drei Typen zwischen 12 und 13 Prozent (1999-2004), die Unterschiede sind demnach nicht signifikant. Bemerkenswert ist allerdings, dass beim Cluster „Fortgeschrittene“ sowohl die Entwicklung als auch die Höhe der Bruttowertschöpfung im sekundären Sektor am höchsten ist, was auf die enge Koppelung von Wissensökonomie und starker produktiver Industrie verweist (acht zu zwei Prozent und 61.000 € zu 54.000 € vgl. auch Krätke 2007).

Den Analysen entsprechend wäre es auf jeden Fall zu kurz gegriffen, Distanz zur Wissensökonomie mit räumlicher Peripherie einerseits und wirtschaftlicher Schwäche andererseits gleichzusetzen. Nähe zur Wissensgesellschaft bedeutet umgekehrt jedoch Zentrennähe, die mit besserer Vernetzung, Interaktionen und kultureller Heterogenität einhergeht. Aber auch hier gilt der Umkehrschluss nicht, dass ein Oberzentrum automatisch Nähe zur Wissensgesellschaft garantiert. Neun von 24 Zentren werden dem Mischcluster zugeordnet, das deutlich hinter den fortgeschrittenen Regionen rangiert (hierzu zählen z.B. Kiel, Braunschweig, Duisburg/Essen, Bochum/Hagen und Ludwigshafen).

2.1 Internetzugang nach Regionstypen

Wie oben ausgeführt, ist neben der ökonomischen, sozialen und kulturellen Seite der Wissensgesellschaft auch die Infrastruktur von entscheidender Bedeutung für die Teilhabe an der hochtechnisierten Dienstleistungsgesellschaft. Neben dem Breitbandkabel und DSL zählen dazu UMTS (Universal Mobile Telecommunication System), WIMAX (Worldwide Interoperability for Microwave Access) und Powerline Communication (kaum genutzte Datenübertragung über das Stromnetz plus Funk; geringe Internetqualität bei störenden Frequenzen). Die Versorgung der Haushalte und Unternehmen mit Breitbanddiensten über Festnetz, Kabel oder terrestrische Funktechnologien ist derzeit nicht Bestandteil des nach Art. 87f. Grundgesetz garantierten flächendeckenden Universaldienstes im Bereich der Telekommunikation. Es zeigt sich, dass bei den zur Wissensgesellschaft distanzierenden Regionen eine eher schlechte Ausstattung mit schnellen Internetverbindungen besteht. Gerade in kleineren Siedlungen existieren Versorgungslücken.⁶

Während die Zentren in der Regel gut versorgt sind, bleiben viele Regionen, vor allem in Ostdeutschland, sehr schlecht mit schnellen Internetverbindungen ausgestattet. Ohne einen solchen Zugang für Up- und Downloads sind Betriebe, Bildung und Weiterbildung und ganz allgemein Teilhabechancen der Bewohner/innen nicht angeschlossener (bislang verkabelter) Orte und Regionen heute nicht mehr in ausreichendem Maße gegeben.

⁶ Im Internet kann die Breitbandausstattung für einzelne Regionen abgerufen werden (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, BMWi: <http://www.zukunft-breitband.de>).

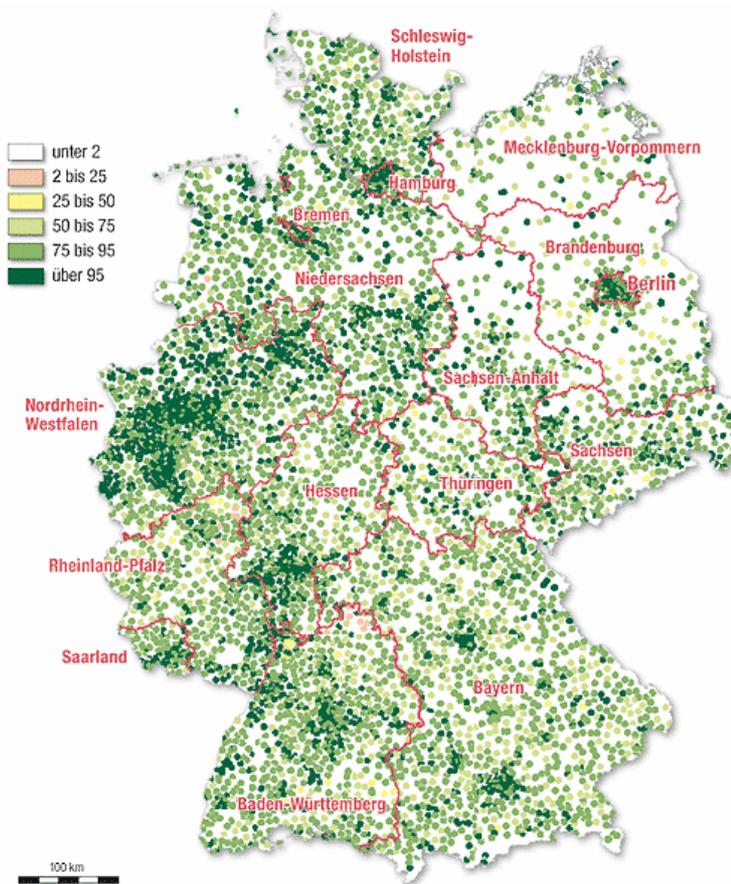


Abbildung 1: Breitbandanschlüsse in Deutschland

Quelle: Büllingen/Stamm (2006, S. 13)

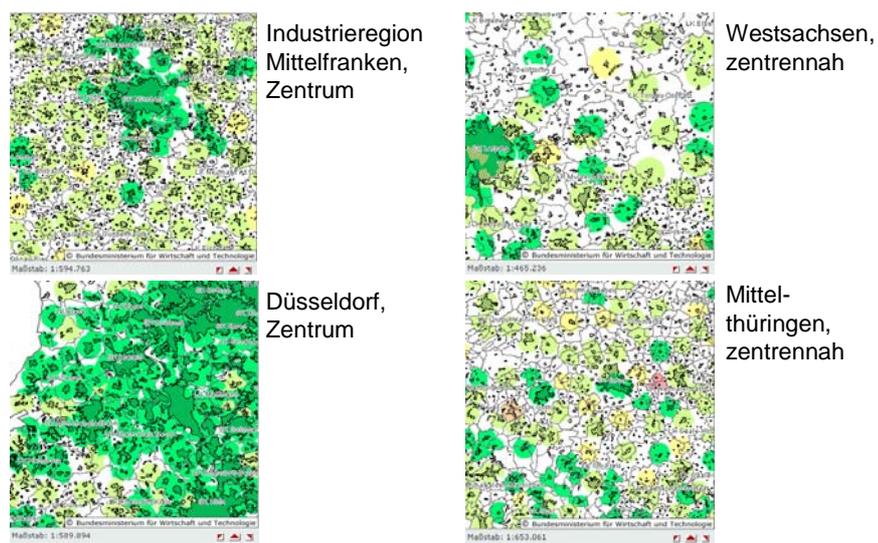


Abbildung 2: Breitbandanschlüsse in Regionen der im Hinblick auf die Wissensgesellschaft „fortgeschrittenen“ Regionen (Anteile angeschlossener Haushalte)

Insgesamt zeigen sich drastische West-Ost-Unterschiede, die sich noch einmal verstärken, wenn nach peripheren und zentralen Regionen differenziert wird: Die peripheren Ostregionen sind deutlich schlechter als die im Westen ausgestattet. Auch in größeren Orten fehlt häufiger der schnelle Internetzugang. Bemerkenswert ist, dass dort, wo ostdeutsche Zentren versorgt sind, sich kaum Ausstrahlungseffekte in das Umland zeigen (vgl. Abbildung 2). Da im privatwirtschaftlichen Vorgehen die Anschlüsse vor allem von der Siedlungsgröße und -dichte sowie der Nutzungsbereitschaft bzw. Zahlungsfähigkeit abhängen, sind Großstädte und Westregionen besser versorgt. Die wissensfernen Regionen (die sich alle in Westdeutschland befinden) sind ökonomisch und infrastrukturell besser positioniert als die „durchschnittlichen“ Ostregionen, zeigen jedoch ein geringeres Ausmaß an wissensbasierten Tätigkeiten. Die bisherigen Ergebnisse weisen auf eine regionale Funktionsteilung zwischen fortgeschrittenen und den übrigen Regionen im Hinblick auf die Wissensgesellschaft hin.

Da die Infrastruktur für das Internet als Element der Daseinsvorsorge in den Blickpunkt rückt, Wissenstätigkeiten quer zu den Produktionszweigen liegen, kaum ein Betrieb ohne Internetzugang überleben kann und auch für Bildungs- und Informationszwecke Computer und Internet zur Standardausstattung gehören, hilft die Weiterführung des Gedankens allerdings nicht, sich auf andere Bereiche als Wissenstätigkeiten zu spezialisieren. Internetzugang ist in abgelegeneren Regionen vor allem deshalb von besonderer Bedeutung, weil es Dezentralisierung und Flexibilisierung von Tätigkeiten und Dienstleistungsangeboten erlaubt und damit möglicherweise die Versorgung in anderen Bereichen (e-commerce, e-governance, ÖPNV etc.) sicherstellen und eine Revitalisierung abgelegener Orte ermöglichen kann. Der technische Wandel erfordert also ein neues flächendeckendes Angebot in für die privaten Anbieter bislang unrentablen Regionen. Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis 2010 allen Haushalten den Zugang zu Breitbandanschlüssen zu ermöglichen, insbesondere durch Regionalförderung soll dieses Ziel erreicht werden (Kocks 2007, S. 29). Auf diese Weise würden die Marktprinzipien durch öffentliche Förderungen durchbrochen. Wichtig ist dabei, dass die Akteure vor Ort die Gelegenheit ergreifen und entsprechende Anträge stellen.

3. Das Beispiel einer peripheren Region: Arzfeld⁷

In diesem Abschnitt wird ein Einzelbeispiel einer ländlichen Region im Grenzgebiet zu Luxemburg vorgestellt – das keine Modellregion oder *best practice* darstellt –, um Chancen und Hemmnisse des infrastrukturellen Zugangs und der Nutzung von Kommunikationstechniken aufzuzeigen. Die Gemeinde Arzfeld in der Eifel hat eine Siedlungsdichte von 37 Einwohnern pro km², besteht aus insgesamt 43 Ortsgemeinden und 9.900 Einwohnern, wobei auf den Hauptort 1.300 Einwohner entfallen. In der Raumordnungsregion Trier, in der Arzfeld liegt, werden im Durchschnitt 39 Minuten Fahrzeit mit dem PKW bis zum nächsten Oberzentrum benötigt, es handelt sich daher um eine mittlere Lage auf dem oben vorgestellten Peripherieindex. Es ist bisher keine Überalterung feststellbar, aber es wird mit einem Bevölkerungsverlust von zehn Prozent schon bis 2015 gerechnet. 19 Prozent der Erwerbstätigen sind noch im primären Sektor beschäftigt, im sekundären Sektor sind es 43 Prozent und im tertiären lediglich 38 Prozent (Gemeindeangaben).

⁷ Die Region Arzfeld wurde im Rahmen eines zweisemestrigen Projekts „Der ländliche Raum in der Wissensgesellschaft“ im Studiengang Raum- und Umweltplanung der TU Kaiserslautern untersucht, das die Verfasserin zusammen mit Prof. Dr. Bernd Streich geleitet hat und an dem zwölf Studierende teilgenommen haben.

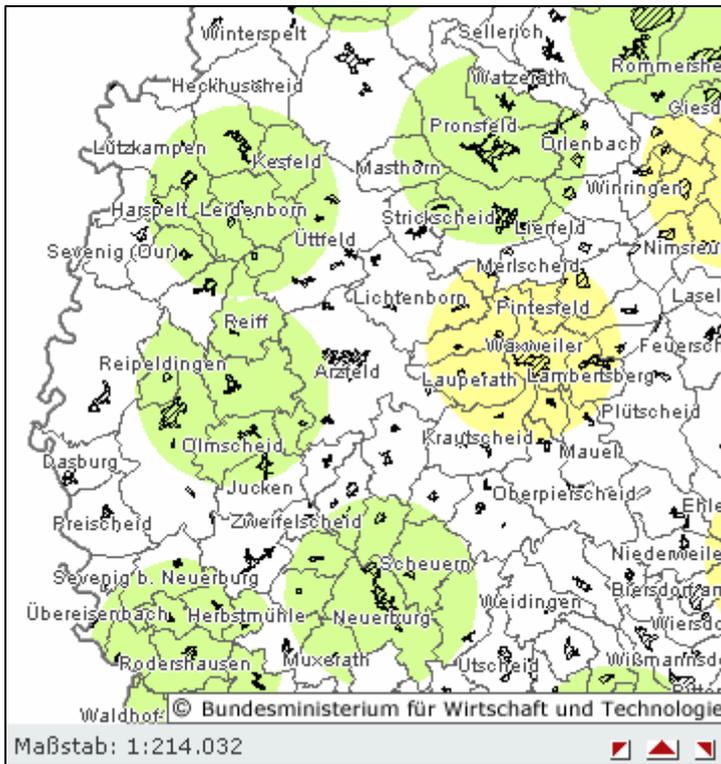


Abbildung 3: Breitbandanschlüsse im Bereich der Gemeinde Arzfeld (RLP)

Wie an der Abbildung 3 ablesbar ist, ist ein Teil der Ortsgemeinden im Westen vergleichsweise häufig an das Breitbandkabel angeschlossen (75-95 Prozent der Haushalte), während die östlichen Ortsteile eher vernachlässigt erscheinen (50-75 Prozent Anschlussdichte). Einige Orte, auch größere, stellen „weiße Flecken“ dar und verfügen nicht über einen Anschluss an das Netz. In Expertengesprächen wurde deutlich, dass sich einzelne Gemeinden zusammenschließen und an Anbieter herantreten müssten, wozu jedoch das Engagement fehlt. Zugleich gibt es einige Initiativen, Anschluss an die moderne Gesellschaft zu halten, und auch der Bürgermeister engagiert sich in dieser Richtung. Das EuroBBB Europäisches Berufsbildungswerk Bitburg bietet E-Learning für Aus- und Weiterbildung an (@setera), die Volkshochschule offeriert EDV-Kurse für Senioren, die Industrie- und Handelskammer hat eine Online-Akademie gegründet, das Deutsche Rote Kreuz hat ein Internet-Café für Senioren/innen „Silver Surfer“ eröffnet, und in einem INTERREG-Programm wird ein länderübergreifender Internetauftritt vor allem zum Kulturprogramm zusammengestellt.

Trotz dieser Aktivitäten, mit denen unter den Rahmenbedingungen in der Peripherie nicht zu rechnen war, wurde bemängelt, dass die Aktivitäten zumeist kurzfristiger Natur sind und bei der Bevölkerung sowie bei Ortsvorstehern das Problembewusstsein für die technische Infrastruktur fehlt. So werden Chancen für eine bessere Versorgung nicht wahrgenommen, auch viele Ortsvorsteher sehen keinen Problemdruck.

Die Menschen selbst betonen demgegenüber ganz andere Potenziale ihrer Gemeinden. Die Schönheit der Natur, die guten und günstigen Wohnverhältnisse und vor allem die soziale Gemeinschaft tragen zu hoher Zufriedenheit der Einwohner bei. Im kleinen Arzfeld existieren 172 Vereine unterschiedlichster Art. Die Möglichkeiten, in Luxemburg und außerhalb der Gemeinde erwerbstätig zu sein, entschädigt für ein begrenztes Arbeitsplatzangebot vor Ort. Der Tourismus könnte – auch durch

IuK-Technik – ausgebaut werden, aber hier sind bereits Grenzen der Innovationsbereitschaft zu erkennen.

Ein kreatives Milieu im Hinblick auf die Wissensgesellschaft scheint weit entfernt. Bei aller Zufriedenheit mit der günstigen Lage, den vielfältigen sozialen Aktivitäten und den punktuellen Initiativen, Computer und Internet für sich zu nutzen, besteht die Gefahr einer Homogenisierung von Werten und Einstellungen, die Innovationen entgegenstehen kann und vor allem für die Chancen der jüngeren Generation ein Gefahrenpotenzial bildet.

4. Zusammenfassung

In diesem Beitrag wurden die räumlichen Wirkungen und Gestaltungsmöglichkeiten der Wissensgesellschaft diskutiert. Auf Basis der BBR-Daten zu den 97 Raumordnungsregionen in Deutschland (INKAR 2006) wurden die Regionen nach räumlicher Zentralität und wissensökonomischen Indikatoren klassifiziert. Es hat sich herausgestellt, dass die Wissensökonomie an zentrale Lagen gebunden ist, zugleich aber nicht alle Zentren wissensstark sind. Wissensschwächere Regionen streuen sehr stark und sind nicht allein in der Peripherie beheimatet. Ökonomische Prosperität und hohe Werte im Hinblick auf die Wissensgesellschaft sind bislang weitgehend unabhängig voneinander. Die technische Seite der Wissensökonomie, der schnelle Internetzugang, hängt von der Zentralität, den Akteuren vor Ort und auch der Wirtschaftskraft und Zahlungsfähigkeit in einer Region ab. Diese Faktoren erklären auch die großen Ost-West-Unterschiede beim Breitbandzugang und regionale Differenzierungen.

Das untersuchte Fallbeispiel, die Gemeinde Arzfeld in der Westeifel, zeigt kein Problembewusstsein für den Prozess der Peripherisierung. Zum einen existieren nennenswerte Aktivitäten im Bereich der Virtualisierung, zum anderen verfügen sie über erreichbare Arbeitsplätze außerhalb der Region. Die Menschen sind großteils sozial integriert, können ihre Wertvorstellungen und Lebensziele umsetzen und zeigen sich sehr heimatverbunden. Abwanderungsoptionen bestehen vor allem für die jüngeren, mobilen Bevölkerungsgruppen.

In technischer Hinsicht könnte die beschriebene Region besser versorgt sein, auch mit Hilfe regionaler Fördermittel könnten Aufholprozesse in Gang gesetzt werden. Es besteht aber durchaus die Gefahr, dass aufgrund mangelnder Innovationsbereitschaft oder Einsicht wenig in die Infrastruktur investiert wird. Dies wird sich keine Region auf Dauer leisten können, will sie nicht massiv von Landflucht und brain drain betroffen sein. Im Westen Deutschlands ist die Gefahr der Abkoppelung auch wegen der besseren technischen Infrastrukturausstattung indes insgesamt geringer als in Ostdeutschland.

Literatur

- Ahrens, Daniela (2001): Grenzen der Enträumlichung. Weltstädte, Cyberspace und transnationale Räume in der globalisierten Moderne. Opladen.
- Büllingen, Franz/Stamm, Peter (2006): Potenziale alternativer Techniken zur bedarfsgerechten Versorgung mit Breitbandzugängen. Bad Honnef: Wik-Consult (Wissenschaftliches Institut für Infrastruktur und Kommunikationsdienste), Projekt 22/05.
- BBR (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Bonn.

- Castells, Manuel (1996): *The Information Age. Economy, Society and Culture*. Bd. 1. Oxford: Blackwell (dt.: *Das Informationszeitalter*, Bd. 1: *Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft*. Opladen).
- Florida, Richard L. (2004): *The Rise of the Creative Class* (Paperback). New York.
- Fritsch, Michael/Stützer, Michael (2007): Die Geographie der Kreativen Klasse in Deutschland. In: *Raumforschung und Raumordnung*, Heft 1/2007, S. 15-28.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 37/2006, S. 3-7.
- Kujath, Hans-Joachim/Schmidt, Suntje (2007): *Wissensökonomie und die Entwicklung von Städte-systemen*. Working Paper. Erkner.
- Krätke, Stefan (2007): Metropolisation of the European Economic Territory as a Consequence of Increasing Specialisation of Urban Agglomerations in the Knowledge Economy. In: *European Planning Studies*, Vol. 15, No. 1, S. 1-27.
- Landry, Charles (2000): *The Creative City. A Toolkit for Urban Innovators*. London.
- Läpple, Dieter (2005): Phönix aus der Asche: Die Neuerfindung der Stadt. In: Helmuth Berking/Martina Löw (Hg.): *Die Wirklichkeit der Städte*. Sonderband 16 der Sozialen Welt. Baden-Baden, S. 397-413.
- Malecki, Edward J. (2000): Creating and Sustaining Competitiveness: Local Knowledge and Economic Geography. In: John R. Bryson et al. (Eds.): *Knowledge, Space, Economy*. London/New York, S. 103-119.
- Matthiesen, Ulf (2005): *KnowledgeScapes – Pleading for a Knowledge Turn in Socio-spatial Research*. Working Paper. Erkner.
- Matthiesen, Ulf (2006): Wissensmilieus – zwischen space, place und Medien. In: Manfred Faßler/Claudius Terkowsky (Hg.): *Urban Fictions – Die Zukünfte des Städtischen*. Medien, Leben, Wohnen, Wissen, Arbeiten, Spielen am Beginn des 21. Jahrhunderts. München, S. 265-289.
- Matthiesen, Ulf (2007): Wissensmilieus in heterogenen stadtreionalen Räumen Ostdeutschlands – zwischen Innovationsressourcen und kulturellen Abschottungen. In: Gertraud Koch/Bernd-Jürgen Warneken (Hg.): *Region – Kultur – Innovation. Wege in die Wissensgesellschaft*. Wiesbaden, S. 83-122.
- Musterd, Sako (2002): *The Creative Cultural Knowledge City – Some Conditions*. Paper presented at the University of Kaiserslautern, 28.12.2002.
- Rifkin, Jeremy (2000): *Access. Das Verschwinden des Eigentums*. Frankfurt a.M.
- Schädlich, Michael/Stangl, Jörg (1995): Wissensgesellschaft. In: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (ARL) (Hg.): *Handwörterbuch der Raumordnung*. Hannover.

Strukturelle Mobilitätswänge in peripheren Regionen. Räumliche Mobilität als Notwendigkeit zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg

Holger Seibert

1. Regionale Disparitäten und strukturelle Mobilitätswänge

Der deutsche Arbeitsmarkt ist durch enorme regionale Disparitäten gekennzeichnet. So genannte Standortmerkmale haben einen entscheidenden Einfluss auf die Beschäftigungsentwicklung vor Ort (Fahrhauer/Granato 2006; Bogai/Amend 2006) bzw. die jeweilige Höhe der Arbeitslosigkeit. Gerade bei der Arbeitslosigkeit existiert ein deutliches Ost-West-Gefälle. Dabei war die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland in den vergangenen zehn Jahren stets doppelt so hoch wie die in Westdeutschland. So lag diese Quote im Juni 2007 laut Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) in den alten Ländern bei durchschnittlich 7,3 Prozent, in den neuen Ländern und Berlin bei 14,7 Prozent. Im Jahr 1999 betragen die entsprechenden Werte 8,2 Prozent im Westen und 16,5 Prozent im Osten, im Jahr 2003 8,1 bzw. 18,3 Prozent.

Neben den großräumigen Disparitäten zwischen Ost und West existieren aber auch auf kleinräumiger Ebene erkennbare Unterschiede. So variiert innerhalb der in diesem Beitrag analysierten Arbeitsmarktregion Berlin-Brandenburg die Arbeitslosigkeit ebenfalls beträchtlich. Die Arbeitslosenquoten in den an Berlin angrenzenden Landkreisen betragen allesamt unter 15 Prozent. Die Kreise im Südwesten von Berlin liegen dabei mit Werten zwischen 9,4 und 12,9 Prozent sogar deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt. Die kreisfreien Städte Frankfurt/Oder, Brandenburg/Havel und Cottbus weisen ebenso wie die weit vom Arbeitsmarktzentrum Berlin entfernt liegenden Landkreise im Norden (Prignitz, Ostprignitz-Ruppin und Uckermark) sowie im Süden (Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße) deutlich überdurchschnittliche Werte bei der Arbeitslosigkeit auf. Diese Landkreise sollen im Folgenden als „peripheres Brandenburg“⁸ bezeichnet werden, die an Berlin angrenzenden Kreise sowie die kreisfreien Städte als „übriges Brandenburg“⁹ (vgl. Abbildung 4).

⁸ Peripherie bezieht sich hierbei in erster Linie auf die Entfernung zum Arbeitsmarktzentrum Berlin. Die peripheren Kreise sind aber nicht nur von Berlin weit entfernt, sondern auch von anderen Arbeitsmarktzentren wie Dresden, Chemnitz oder Leipzig im Süden, Neubrandenburg oder Rostock im Norden bzw. Hamburg, Wolfsburg oder Hannover im Westen. Daneben erfüllen diese Landkreise auch eine Reihe anderer Kriterien peripherer Räume, z.B. geringe Bevölkerungsdichte, ländliche Prägung, dünne Infrastruktur.

⁹ Das hier definierte „übrige Brandenburg“ ist nicht mit dem engeren Verflechtungsraum um Berlin gleichzusetzen. Zwar hat jeder Landkreis des „übrigen Brandenburgs“ einige Gemeinden im engeren Verflechtungsraum, dennoch liegt die Mehrzahl der jeweiligen Gemeinden außerhalb. Jeder dieser Kreise profitiert aber insgesamt von der Verflechtung einzelner Gemeinden mit Berlin. Da auch das weitere Umland um den engeren Verflechtungsraum noch von diesem profitiert, grenzen sich diese Kreise um Berlin hinsichtlich der Arbeitsmarktbedingungen deutlich von den zuvor definierten „peripheren Kreisen“ Brandenburgs ab (vgl. Abbildung 4).



Abbildung 4: Arbeitslosenquoten in Berlin und Brandenburg am 30.06.2007 nach Kreisen*

* Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte inkl. Auszubildende, geringfügig Beschäftigte, Beamte – ohne Soldaten, gemeldete Arbeitslose, Selbstständige, mithelfende Familienangehörige)

Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit

Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit zeigt sich ein entsprechendes Bild auch bei der Beschäftigungsentwicklung. Wie die Statistik der BA ausweist, ist die Beschäftigung zwischen 1998 und 2006 in Ostdeutschland um durchschnittlich zwei Prozent pro Jahr zurückgegangen, während die Anzahl der Beschäftigten in Westdeutschland 1998 und 2006 fast identisch ist. Berlin hat im gleichen Zeitraum einen jährlichen Beschäftigungsrückgang von 1,2 Prozent zu verzeichnen, die angrenzenden Brandenburger Landkreise sowie die kreisfreien Städte Brandenburgs einen durchschnittlichen Rückgang um 1,9 Prozent. In den peripheren Landkreisen Brandenburgs fällt der Beschäftigungsrückgang mit jährlich 3,2 Prozent jedoch deutlich drastischer aus (vgl. ferner Bogai/Wiethölter 2005). Diese peripheren Regionen können also am wenigsten von der für die Region relativ hohen Wirtschaftskraft

Berlins und seines engeren Verflechtungsraums mit Brandenburg¹⁰ profitieren. Die wirtschaftlichen Beziehungen reichen vom Zentrum aus nicht weit genug in die Peripherie hinein, um dort beschäftigungswirksam zu sein. Um ins Arbeitsmarktzentrum zu pendeln, sind diese Regionen wiederum zu weit entfernt, so dass der dortige Arbeitsmarkt auch dadurch nicht entlastet werden kann.

Folglich müssen die Menschen in diesen peripheren Regionen mobiler sein als anderswo, wollen sie am Arbeitsmarkt erfolgreich sein. Da die Ursachen für die hohe Arbeitslosigkeit und die negative Beschäftigungsentwicklung in diesen Regionen struktureller Natur sind, kann hier zumindest theoretisch von strukturellen Mobilitätswängen gesprochen werden, denen die Menschen ausgesetzt sind. So erweisen sich gerade die peripheren Regionen (und dies nicht nur in Brandenburg) als solche mit hoher Abwanderung. Zumeist sind es die gut Gebildeten, die der Region den Rücken kehren, aber gerade sie würden gebraucht, wollte man diese Region für Investoren attraktiver machen (Kröhnert/Klingholz 2007).

In diesem Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwieweit sich die skizzierten Mobilitätswänge empirisch nachzeichnen lassen. Dabei geht es konkret um die Frage, ob regionale Mobilität aus der peripheren Region heraus – sei es durch Pendeln oder Fortzüge – mit einer Verbesserung der Arbeitsmarktchancen hinsichtlich des Erwerbsstatus (beschäftigt vs. arbeitslos) einhergeht. Ein Vergleich der Arbeitsmarktchancen von Mobilien und Immobilien soll dabei aufzeigen, ob und inwieweit dies gelingt und ob die entsprechenden Mobilitätsrenditen in peripheren Regionen höher ausfallen als anderswo.

2. Daten und Methode

Als Datengrundlage für die vorliegende Untersuchung dient die so genannte Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), in der sich verschiedene Prozessdaten der BA in aufbereiteter Form wiederfinden. Dies sind einerseits die Meldungen der Arbeitgeber über ihre sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (darunter Auszubildende) sowie über geringfügig Beschäftigte (keine Beamten und Selbstständige). Andererseits liegen die Meldungen der BA über die Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Arbeitslosenhilfe vor (kein ALG II). Mit der Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik ist eine tagesgenaue individuelle Rekonstruktion von Erwerbsverläufen möglich, soweit es sich dabei um sozialversicherungspflichtig bzw. geringfügig Beschäftigte oder um Arbeitslose mit Leistungsbezug durch die BA handelt.¹¹ Dabei kann der komplette Datenbestand ausgewertet werden und nicht nur eine Stichprobe.

Die hier durchgeführten Analysen konzentrieren sich auf den Erwerbsstatus von Personen, die im Beobachtungszeitraum in der Region Berlin-Brandenburg beschäftigt oder arbeitslos waren. Dabei werden nur Personen der Geburtsjahrgänge 1949 bis 1974 betrachtet. Diese waren im Untersuchungszeitraum zwischen 25 und 55 Jahre alt. Insgesamt liegen Informationen über 1.128.810 Männer (ca. 4,8 Mio. Episoden) und 1.036.821 Frauen (ca. 3,8 Mio. Episoden) vor. Um der Frage nachzugehen,

¹⁰ Beim engeren Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg handelt es sich um einen Gürtel von Gemeinden rings um Berlin. Zwischen Berlin und diesen Umlandgemeinden bestehen besonders intensive Wirtschafts- und Pendlerverflechtungen (vgl. Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Potsdam/Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin 1998).

¹¹ Die Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik ist vom Datenaufbau her mit der IAB-Beschäftigtenstichprobe zu vergleichen, die auch externen Wissenschaftlern über das Forschungsdatenzentrum des IAB zugänglich ist (vgl. Hamann et al. 2004).

ob ein Verlassen der Region mit verbesserten Arbeitsmarktchancen im Vergleich zu den Bleibern einhergeht, werden aufeinander folgende Episoden in den Erwerbsverläufen der Individuen analysiert. Episoden sind dabei durch Berufswechsel, Betriebswechsel, Wechsel der beruflichen Stellung, Beginn/Beendigung von Arbeitslosigkeit und/oder zeitliche Unterbrechungen voneinander abgegrenzt.

Bei den Ortsangaben wird im Falle von Beschäftigungen der Arbeitsort betrachtet, für Phasen der Arbeitslosigkeit wird der Wohnort herangezogen.¹² Als Ortswechsel werden demnach im Erwerbsverlauf entweder Arbeitsortwechsel bei Beschäftigten oder Wohnortwechsel bei Arbeitslosen betrachtet. Folgt auf eine Arbeitslosenmeldung eine Beschäftigtenmeldung und unterscheidet sich der Wohnort bei Arbeitslosigkeit vom Arbeitsort der anschließenden Beschäftigung, wird dies ebenfalls als Ortswechsel definiert. Gleiches gilt im umgekehrten Fall, wenn einer Beschäftigung am Arbeitsort x eine Arbeitslosigkeit am Wohnort y folgt.

3. Ausmaß und Struktur der regionalen Mobilität in Berlin-Brandenburg

Bei den untersuchten Personen können im Analysezeitraum von 1999 bis 2004 gut fünf Millionen Episodenübergänge identifiziert werden, deren regionaler Ausgangspunkt in Berlin-Brandenburg liegt. Bei etwa 80 Prozent dieser Episoden findet auch die Folgeepisode in der gleichen Region (Berlin, peripheres oder übriges Brandenburg) statt, bei 20 Prozent der Folgeepisoden ist hingegen ein Ortswechsel auszumachen. Dabei liegt die Wechselhäufigkeit in Berlin mit 17,8 Prozent niedriger als in Brandenburg mit 22,8 Prozent. Im peripheren Brandenburg treten Ortswechsel mit 20,9 Prozent wiederum seltener auf als im übrigen Brandenburg mit 23,8 Prozent (vgl. Tabelle 4). Hier spiegelt sich möglicherweise die größere Entfernung zum Arbeitsmarktzentrum Berlin wider, die ein Pendeln dorthin aus den peripheren Regionen erschwert. Einen weiteren Erklärungsansatz bietet Windzio (2004), der hohe regionale Arbeitslosenquoten als Mobilitätsbremsen für die Arbeitslosen in solchen Regionen beschreibt. Unter ungünstigen Bedingungen würden Arbeitslose zur Immobilität tendieren, womit deren Humankapital zunehmend verfällt. Allerdings wurde in dieser Studie nur Westdeutschland untersucht. Ob dieser Befund auch für Ostdeutschland gilt, ist fraglich. Für die Arbeitsmarktre-gion Berlin-Brandenburg trifft dieser Befund zumindest nicht zu, da die Arbeitslosen im peripheren Brandenburg mit seiner deutlich höheren Arbeitslosigkeit nicht weniger mobil sind als die Arbeitslosen im übrigen Brandenburg und Berlin.

Betrachtet man die Mobilitätsströme nach Herkunfts- und Zielort, so bestätigt sich, dass das Arbeitsmarktzentrum Berlin für die peripheren Regionen Brandenburgs nur bedingt als Zielort in Frage kommt. Lediglich 7,7 Prozent der Mobilen aus diesen Regionen wechseln nach Berlin. Die meisten Ortswechsel finden aus den peripheren Regionen in das übrige Brandenburg statt (40,6 Prozent), gefolgt von den übrigen ostdeutschen Bundesländern (32,1 Prozent) und Westdeutschland (19,6 Prozent). Unter den mobilen Personen aus dem übrigen Brandenburg zieht es fast die Hälfte nach Berlin (49,5 Prozent), ansonsten zu etwa gleich großen Anteilen ins periphere Brandenburg, ins übrige Ostdeutschland und nach Westdeutschland. Unter den Mobilen, die Berlin verlassen, finden 43,0 Prozent der Ortswechsel nach Westdeutschland statt und 41,7 Prozent ins übrige Brandenburg (darunter der

¹² Für Beschäftigtenmeldungen liegen in den Daten Angaben zum Arbeitsort (Ort der Betriebsstätte) und zum Wohnort (in der Regel die Meldeadresse des Arbeitnehmers) vor. Bei Arbeitslosigkeitsmeldungen existiert ausschließlich die Wohnortangabe (Meldeadresse des Arbeitslosen).

Großteil nach Potsdam). In die Peripherie Brandenburgs zieht es aus Berlin nur 2,6 Prozent, während es in die übrigen ostdeutschen Bundesländer 12,7 Prozent sind (vgl. Tabelle 5).

Es lässt sich für die Region Berlin-Brandenburg also eine gestaffelte Mobilität feststellen: von der Peripherie in die Berliner Umlandkreise und von dort in die Metropole Berlin. Die kreisfreien Städte fungieren dabei trotz ihrer hohen Arbeitslosigkeit als kleine regionale Arbeitsmarktzentren und ziehen Mobilitätsströme aus der näheren Umgebung auf sich (vgl. Bogai et al. 2006).

Tabelle 4: Regionale Mobilität in Berlin-Brandenburg (1999-2004, Beschäftigte und Arbeitslose)

Region	Episodenübergänge	Ortswechsel	Verbleib in der Region	Anteil Ortswechsel/ Episodenübergänge
Peripheres Brandenburg	738.411	154.227	584.184	20,9 %
Übriges Brandenburg	1.591.395	378.106	1.213.289	23,8 %
Berlin	2.722.161	484.849	2.237.312	17,8 %
Summe/ Durchschnitt	5.051.967	1.017.182	4.034.785	20,1 %

Quelle: Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik 1999-2004

Tabelle 5: Herkunfts- und Zielorte von mobilen Brandenburgern und Berlinern (1999-2004)

Zielort	Herkunftsort		
	Peripheres Brandenburg	Übriges Brandenburg	Berlin
Peripheres Brandenburg	—	16,8 %	2,6 %
Übriges Brandenburg	40,6 %	—	41,7 %
Berlin	7,7 %	49,5 %	—
Übriges Ostdeutschland	32,1 %	15,7 %	12,7 %
Westdeutschland	19,6 %	18,0 %	43,0 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %
N	154.227	378.106	484.849

Quelle: Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik 1999-2004

4. Arbeitsmarktplatzierung in Abhängigkeit von regionaler Mobilität

Betrachtet man zunächst den Erwerbsstatus der Untersuchungspopulation nach der jeweiligen Region, in der die Personen beschäftigt oder arbeitslos gemeldet sind, so stellt man fest, dass die Arbeitslosigkeit im Vergleich zur Beschäftigung (sozialversicherungspflichtig und geringfügig) im peripheren Brandenburg mit 29,3 Prozent am höchsten ausfällt.¹³ Im übrigen Brandenburg und in Berlin fallen diese Anteile mit 23,9 bzw. 20,1 Prozent bereits deutlich niedriger aus, in Westdeutschland mit 11,7 Prozent um ein vielfaches niedriger (Tabelle 6). Dies belegt einmal mehr die Wirtschaftsschwäche des peripheren Brandenburger im Vergleich zu anderen Regionen Deutschlands und die damit verbundenen individuellen Probleme im Falle von Arbeitslosigkeit.

Im folgenden Schritt werden nun Arbeitslose dahingehend analysiert, inwieweit sie ihre Arbeitslosigkeit durch regionale Mobilität beenden können. Dazu werden Personen, die zunächst zum Stichtag 30. Juni arbeitslos gemeldet waren, jeweils ein Jahr später hinsichtlich ihres dann erreichten Erwerbsstatus analysiert. Wie Tabelle 7 zeigt, trägt regionale Mobilität maßgeblich dazu bei, Arbeitslosigkeit zu beenden – oder anders gesagt, diejenigen, die Arbeit finden (sei es sozialversicherungspflichtige oder geringfügige Beschäftigung), finden sie nur selten dort, wo sie zuvor arbeitslos gemeldet waren. Dies gilt zumindest für die Region Berlin-Brandenburg. So sind lediglich 7,3 Prozent der Untersuchten, die zunächst im peripheren Brandenburg arbeitslos gemeldet waren und diese Region verlassen haben, ein Jahr später arbeitslos. Diejenigen, die die Region nicht verlassen haben, befinden sich hingegen zu 76,9 Prozent in Arbeitslosigkeit. Die entsprechenden Werte für das übrige Brandenburg (8,2 Prozent zu 73,0 Prozent) und Berlin (12,8 Prozent zu 73,2 Prozent) fallen von der Tendenz her ähnlich aus, jedoch sind die Differenzen geringer. Das heißt, Personen aus dem peripheren Brandenburg profitieren hinsichtlich der Austrittswahrscheinlichkeit aus Arbeitslosigkeit am stärksten von regionaler Mobilität.

Tabelle 6: Erwerbsstatus nach Regionen (1999-2004, Stichtag jeweils 30.06.)

	Peripheres Brandenburg	Übriges Brandenburg	Berlin	Übriges Ost- deutschland	West- deutschland
Arbeitslos	29,3 %	23,9 %	20,1 %	25,5 %	11,7 %
Sozialversiche- rungspflichtig beschäftigt	63,1 %	69,3 %	73,6 %	65,8 %	81,9 %
Geringfügig beschäftigt	7,6 %	6,8 %	6,4 %	8,7 %	6,4 %
Summe	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %	100,0 %
N	581.630	1.302.108	2.308.160	324.863	530.431

Quelle: Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik 1999-2004

¹³ Die hier berichteten Arbeitslosenanteile beziehen sich nur auf die in der Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik gemeldeten Personen und fallen damit höher aus als die in Abschnitt 1 präsentierten offiziellen Arbeitslosenquoten. Diese berechnen sich aus dem Anteil der Arbeitslosen bezogen auf die abhängig beschäftigten zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte einschließlich Auszubildende, geringfügig Beschäftigte und Beamte – ohne Soldaten – sowie alle gemeldeten Arbeitslosen am Wohnort).

Tabelle 7: Erwerbsstatus im Folgejahr nach Arbeitslosigkeit (2000-2004, Stichtag jeweils 30.06.; Angaben in Prozent)

	Peripheres Brandenburg		Übriges Brandenburg		Berlin	
	Verbleib	Verlassen	Verbleib	Verlassen	Verbleib	Verlassen
Arbeitslos	76,9	7,3	73,0	8,2	73,2	12,8
Sozialversicherungspflichtig beschäftigt	17,4	75,4	21,3	77,2	22,3	74,9
Geringfügig beschäftigt	5,7	17,3	5,8	14,6	4,5	12,3
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
N	211.407	20.915	351.874	33.076	524.135	29.272

Quelle: Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik 1999-2004

Dieser deskriptive Befund soll abschließend mit Hilfe einer multivariaten Analyse dahingehend überprüft werden, ob er auch bei Berücksichtigung verschiedener individueller und struktureller Merkmale Bestand hat. Dazu wird in einer binären logistischen Regressionsanalyse der Einfluss der regionalen Mobilität (Verlassen der jeweiligen Region) auf die Wahrscheinlichkeit, im Folgejahr nach Arbeitslosigkeit eine Beschäftigung aufgenommen zu haben, geschätzt. Die abhängige Variable (Beschäftigung) ist dabei als Dummy codiert. Sie nimmt den Wert 1 an, wenn eine Person sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt ist, und den Wert 0, wenn eine Arbeitslosenmeldung mit Leistungsbezug vorliegt. Personen, die gleichzeitig arbeitslos und geringfügig beschäftigt gemeldet sind, werden hier als Beschäftigte betrachtet. Als Stichtagsdatum wird jeweils der 30. Juni herangezogen. Die zentrale unabhängige Variable ist die regionale Mobilität – also das Verlassen des Ortes, an dem eine Person ein Jahr zuvor arbeitslos gemeldet war. Die Regressionsanalyse wird in zwei Schritten durchgeführt und für die drei Teilregionen Berlin-Brandenburgs getrennt berechnet (Tabelle 8).

Im Modell 1 wird zunächst nur der Einfluss der Mobilität auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit geschätzt – ohne Berücksichtigung von Kontrollvariablen. Dabei bestätigt sich der deskriptive Befund aus Tabelle 7, wonach sich ein Verlassen der Region mit verbesserten Beschäftigungschancen einhergeht. Für alle drei Teilregionen zeigen sich positive Regressionskoeffizienten. Dabei fällt der Mobilitätseffekt im peripheren Brandenburg mit einem Koeffizienten von $b=3,736$ verglichen zum übrigen Brandenburg ($b=3,407$) und Berlin ($b=2,919$) am stärksten aus. Daneben ist auch der Pseudo- R^2 -Wert – ein Indikator für die erklärte Varianz – im Modell für das periphere Brandenburg gegenüber den anderen Teilregionen erkennbar höher, was die größere Bedeutung von regionaler Mobilität für die Beschäftigungschancen von Arbeitslosen aus dieser Region zusätzlich unterstreicht.

Im Modell 2 werden dann verschiedene individuelle und strukturelle Kontrollvariablen bei der Schätzung berücksichtigt. Es handelt sich dabei um die Variablen Geschlecht, Alter, berufliche Bildung (ohne Ausbildungsabschluss; mit Berufsausbildung; mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss), Ort der Meldung im Folgejahr (peripheres Brandenburg; übriges Brandenburg; Berlin; übriges Ostdeutschland; Westdeutschland) sowie Stichtag (jeweils 30. Juni 2000-2004). Der Übersichtlichkeit halber werden die Effekte der Kontrollvariablen in Tabelle 8 aber nicht präsentiert, da es hier lediglich um den Einfluss der regionalen Mobilität, weniger um den Einfluss der Kontrollvariablen geht. Wie sich zeigt, bleiben die Mobilitätseffekte in Modell 2 bestehen, auch wenn sich die Effekt-

stärke etwas verringert. Auch das Verhältnis der Effektgrößen im Vergleich der drei Teilregionen bleibt bestehen, sodass auch bei Kontrolle von zusätzlichen individuellen und strukturellen Merkmalen der Mobilitätseffekt erhalten bleibt und sich gerade für das periphere Brandenburg im Vergleich zu den beiden anderen Regionen als besonders wirksam erweist.

Regionale Mobilität kann daher als Möglichkeit betrachtet werden, die individuellen Arbeitsmarktchancen zu verbessern. In den peripheren Regionen Brandenburgs muss regionale Mobilität aber aufgrund der angespannten Wirtschaftssituation eher als Notwendigkeit denn als Möglichkeit zur Chancenverbesserung angesehen werden. Da die Mobilitätseffekte im übrigen Brandenburg zwar niedriger als im peripheren, aber dennoch vergleichsweise hoch ausfallen, scheinen auch hier Mobilitätswänge zu existieren, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in der Peripherie. Dieser Befund wird natürlich zu einem großen Teil durch die schlechte wirtschaftliche Situation in Brandenburg insgesamt und die vergleichsweise bessere Situation in Berlin, Sachsen und Thüringen, aber insbesondere in West- und Süddeutschland generiert.

Tabelle 8: Wahrscheinlichkeit, im Folgejahr nach Arbeitslosigkeit sozialversicherungspflichtig oder geringfügig beschäftigt zu sein (logistische Regression, 2000-2004, Stichtag jeweils 30.06., robuste Standardfehler, geclustert nach Personenkennziffer)

	Modell 1			Modell 2		
	Peripheres Brandenburg	Übriges Brandenburg	Berlin	Peripheres Brandenburg	Übriges Brandenburg	Berlin
Verlassen	3,736***	3,407***	2,919***	3,401***	3,248***	2,347***
Chi²	18.955,6	27.665,6	26.851,2	19.775,0	30.116,8	37.008,9
Pseudo-R²	0,148	0,116	0,065	0,158	0,127	0,089
Freiheitsgrade	1	1	1	40	40	40
N	232.322	384.950	553.407	232.322	384.950	553.407

Modell 1: Regressionskoeffizient b, ohne Kontrollvariablen

Modell 2: Regressionskoeffizient b, mit Kontrollvariablen (Geschlecht, Alter, Bildung, Ort der Meldung, Stichtag)

Signifikanzniveau: *** p<=0,001

Quelle: Beschäftigten- und Leistungsempfängerhistorik 1977-2004

5. Fazit

Der Arbeitsmarkt in der Region Berlin-Brandenburg ist durch ein ausgeprägtes wirtschaftliches Gefälle zwischen dem Zentrum Berlin, den Umlandkreisen um die Hauptstadt und den peripheren Kreisen gekennzeichnet. In diesem Beitrag wurde der Frage nachgegangen, ob sich insbesondere für die peripheren Regionen Brandenburgs strukturelle Mobilitätswänge aufzeigen lassen, ob sich also indi-

viduelle Arbeitsmarktchancen nur oder besonders durch das Verlassen dieser Regionen realisieren lassen. Als Indikator für die Arbeitsmarktchancen wurde der Erwerbsstatus von Personen herangezogen, die zwischen 1999 und 2004 beschäftigt oder arbeitslos gemeldet waren.

Die vorgestellten Analysen zeigen die regionalen Disparitäten zwischen Zentrum und Peripherie deutlich auf: Je größer die Entfernung zum Arbeitsmarktzentrum Berlin, desto geringer fallen die durchschnittlichen Beschäftigungschancen aus und desto höher sind die Arbeitslosigkeitsrisiken. Der Beitrag verdeutlicht darüber hinaus, dass ein Teil der Individuen darauf mit regionaler Mobilität reagiert. Dabei gibt es in der Region gewissermaßen eine gestaffelte Mobilität: Diese findet vorrangig von der Peripherie in die Umlandkreise um Berlin statt und von dort aus in die Metropole. Direkte Mobilität von der Peripherie ins Zentrum spielt nur eine untergeordnete Rolle. Die kreisfreien Städte, die mit Ausnahme von Potsdam relativ weit von Berlin entfernt liegen, bilden dabei eigene kleine Arbeitsmarktzentren mit entsprechend kleinräumigeren Mobilitätsströmen.

In dieser Untersuchung wurden alsdann Personen aus den drei Teilregionen Berlin-Brandenburgs, die zu einem bestimmten Zeitpunkt arbeitslos gemeldet waren, dahingehend untersucht, ob sie ein Jahr später eine Beschäftigung aufgenommen haben. Dabei zeigte sich, dass regionale Mobilität die Beschäftigungschancen drastisch erhöht. Diese positiven Mobilitätseffekte fielen dabei in den peripheren Regionen Brandenburgs erkennbar höher aus als im übrigen Brandenburg und in Berlin. In der Peripherie ist also Mobilität für die (Wieder)Beschäftigungschancen von Arbeitslosigkeit wichtiger als anderswo. Der Umstand, dass unter den immobilen Arbeitslosen ein Jahr später weiterhin drei Viertel der Untersuchten ohne Beschäftigung sind, verdeutlicht, dass es sich in der Region um Mobilitätswänge handelt, die in hohem Maße der schlechten wirtschaftlichen Lage vor Ort und den entsprechend besseren Aussichten andernorts geschuldet sind. Da die Mobilitätseffekte in den Berliner Umlandkreisen zwar geringer als in der Peripherie ausfallen, die Effekte aber dennoch vergleichsweise hoch sind, kann man wohl für ganz Brandenburg von strukturellen Mobilitätswängen sprechen, die nur regional unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Nun mag regionale Mobilität – sei sie freiwillig oder aus der Not heraus – individuelle Probleme lösen oder zumindest Chancen verbessern, für die Region als ganze ist dieser Effekt aber fragwürdig. Zwar trägt die den Arbeitsmarkt entlastende Wirkung des vermehrten Fortzugs zu einer ansehnlicheren Arbeitslosenstatistik bei, auf Dauer drohen solche Regionen aber zu entleerten und verödeten Räumen zu werden (vgl. Beetz 2006; Keim 2006; Neu 2006), da mit den Menschen auch deren Humankapital abwandert und die Region immer weniger attraktiv für Investitionen wird.

Hier ist daher eine Wirtschaftspolitik gefragt, die die endogenen Potenziale der Regionen erkennt und mit gezielten Unternehmensansiedlungen dazu beiträgt, den Menschen neue Perspektiven vor Ort zu bieten und so die beschriebenen Mobilitätswänge abzuschwächen, um diese Regionen wieder zu stabilisieren. Alles andere hieße, periphere Räume, die sich in wirtschaftlicher Notlage befinden, über kurz oder lang aufzugeben.

Literatur

- Barlösius, Eva (2006): Gleichwertig ist nicht gleich. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 37/2006, S. 16-23.
- Beetz, Stephan (Hg.) (2007): *Die Zukunft der Infrastrukturen in ländlichen Räumen. Materialien der Interdisziplinären Arbeitsgruppe „Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume (LandInnovativon)“* der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, Nr. 14. Berlin.

- Bogai, Dieter/Amend, Elke (2005): Regionale Arbeitsmärkte in Ostdeutschland: Was hat das eine, was das andere Land nicht hat? IAB-Kurzbericht 25/2005. Nürnberg.
- Bogai, Dieter/Seibert, Holger/Wiethölter, Doris (2006): Weiter zunehmende Mobilität als Strategie gegen Erwerbslosigkeit. Pendlerbericht Berlin-Brandenburg 2005, IAB regional. IAB Berlin-Brandenburg, 01/2006.
- Bogai, Dieter/Wiethölter, Doris (2005): Vergleichende Analyse von Länderarbeitsmärkten. Länderstudie Brandenburg, IAB regional. IAB Berlin-Brandenburg, 01/2005.
- Fahrhauer, Oliver/Granato, Nadia (2006): Regionale Arbeitsmärkte in Westdeutschland: Standortfaktoren und Branchenmix entscheidend für Beschäftigung. Eine vergleichende Länderstudie zeigt Vor- und Nachteile von Regionen und liefert erste Hinweise auf Handlungspotenziale, IAB Kurzbericht 04/2006. Nürnberg.
- Hamann, Silke/Krug, Gerhard/Köhler, Markus/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Hacket, Anne (2004): Die IAB-Regionalstichprobe 1975-2001. IABS-R01, ZA-Informationen, Nr. 55, S. 34-59.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37/2006, S. 3-7.
- Kröhnert, Steffen/Klingholz, Reiner (2007): Not am Mann. Vom Helden der Arbeit zur neuen Unterschicht? Lebenslagen junger Erwachsener in wirtschaftlichen Abstiegsregionen der neuen Bundesländer. Berlin: Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung.
- Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung Potsdam/Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Berlin (1998): Gemeinsamer Landesentwicklungsplan für den engeren Verflechtungsraum Brandenburg-Berlin (LEP eV). Potsdam.
- Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – Eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37/2006, S. 8-15.
- Windzio, Michael (2004): Kann der regionale Kontext zur „Arbeitslosenfalle“ werden? Der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Mobilität zwischen regionalen Arbeitsmärkten in Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Heft 56, S. 257-278.

Die Bedeutung lokaler Opportunitäten für den Entschluss zum Wegzug aus einer „Abwanderungsstadt“ im frühen Erwachsenenleben

Stefanie Kley

1. Einleitung

Die anhaltende Ost-West-Migration in Deutschland wird in erster Linie im Hinblick auf die Entleerung ländlicher Gebiete als problematisch angesehen. Aber auch so manche ostdeutsche Großstadt war und ist mit einem anhaltend negativen Wanderungssaldo konfrontiert, der nicht nur auf Suburbanisierung, sondern auch auf Westwanderung zurückzuführen ist. Die drohende ‚Peripherisierung‘ großer Gebiete im Osten Deutschlands hängt auch mit der Haltekraft der dortigen Städte zusammen. Städte waren und sind die Anziehungspunkte für junge Leute mit hohen Aspirationen in Bildung und Beruf. Die Frage, ob es Städten in eher peripheren Gebieten schlechter gelingt, junge Menschen anzuziehen und zu halten als Städten in prosperierenden Gebieten, ist deshalb eine wichtige Frage. Dieser Beitrag widmet sich den Haltefaktoren für junge Erwachsene in der Stadt und geht der Frage nach, welche Bedeutung die lokalen Lebensbedingungen bzw. Opportunitäten für den Entschluss zum Wegzug haben.

Ausgehend von einer handlungstheoretischen Perspektive steht die Relevanz wahrgenommener Kontextbedingungen für die individuelle Entscheidung zum Wegzug im Mittelpunkt. Diese Relevanz wird zum einen relativ zu anderen Bedingungen untersucht, welche nach dem Stand der Forschung wichtig für Wanderungen sind; dies sind insbesondere soziale Beziehungen und biographische Ereignisse. Zum anderen wird anhand des Vergleichs zweier Städte untersucht, ob die Relevanz von Kontextbedingungen stabil ist.

Die Daten stammen aus einer Erhebung mit zwei Wellen in Magdeburg und Freiburg, in der insgesamt 2.900 Personen befragt wurden. Da die Anforderungen an den Wohnort systematisch mit der Lebensphase variieren, konzentriert sich die Analyse auf Befragte im frühen Erwachsenenalter (18 bis 29 Jahre, ohne Kinder).

2. Stand der Forschung und Hypothesen

Schon Ravenstein (1885, 1889), der vielen als Begründer der Migrationsforschung gilt, hat verschiedene ‚Gesetzmäßigkeiten‘ von Wanderungen festgestellt, die sich bis heute beobachten lassen. Dazu gehört zum Beispiel die Feststellung, dass Wanderungsströme in der Regel auf die großen Industrie- und Handelszentren gerichtet sind, dass es umgekehrt zum ‚Absorptionsprozess‘ der Zentren einen ‚Dispersionsprozess‘ gibt – man könnte diesen auch Suburbanisierungsprozess nennen, dass Frauen mobiler sind als Männer, oder dass die meisten Migranten nur kurze Entfernungen zurücklegen. Die Haupttriebfeder für Wanderungen, so Ravenstein, sei ein den meisten Menschen eigenes Verlangen, sich in materieller Hinsicht zu verbessern. Auf Basis der neoklassischen Wirtschaftstheorie ließen

sich die meisten dieser Phänomene erstmals innerhalb eines universalen Theoriegebäudes menschlichen Verhaltens ursächlich erklären. Demnach sind ökonomische Faktoren wie die lokale Arbeitslosenquote oder das herrschende Lohnniveau wichtige Push- bzw. Pull-Faktoren für Wanderungen. Indes: Diese ‚Gesetzmäßigkeiten‘ lassen sich nur ‚aus der Vogelperspektive‘ nachweisen, wenn große Gebiete betrachtet werden, wie zum Beispiel bei der Migration von Ost- nach Westdeutschland; sobald jedoch kleinere Analyse-Einheiten gewählt werden, zum Beispiel Bundesländer oder Kommunen, lösen sich diese Zusammenhänge auf (vgl. Schlömer und Bucher 2001).

Die Soziologie geht seit langem davon aus, dass nicht die äußeren Faktoren an sich ausschlaggebend für das Verhalten von Personen sind, sondern die Interpretation dieser Faktoren (Simon 1956). Im Rahmen ihrer subjektiven Interpretation der Situation und der Einschätzung ihrer Möglichkeiten handeln Menschen bedingt rational (Esser 1996). Auch die Abwanderung von Personen lässt sich als bedingt rationale Entscheidung in diesem Sinne verstehen. Einem handlungstheoretischen Ansatz folgend kann man annehmen, dass jede Person bestrebt ist, durch ihre Handlungen ein möglichst hohes Maß an Lebensqualität zu realisieren, indem wohlfahrts-generierende Ziele verfolgt werden, die je nach Gesellschaftszugehörigkeit, Gruppenzugehörigkeit und sogar individuellen Merkmalen (Ressourcen, Vorlieben) variieren können (Lindenberg 1996). Viele übergeordnete Lebensziele sind typisch für bestimmte Phasen im Lebenslauf, wie zum Beispiel der Eintritt in den Arbeitsmarkt oder die Geburt eines Kindes (Huinink 2005).

Der Wegzug aus dem Wohnort wird demzufolge dann in Betracht gezogen, wenn die Bedingungen am Wohnort als weniger nützlich für die Verfolgung wichtiger Lebensziele angesehen werden als die Bedingungen an einem anderen Ort (Wolpert 1965). Dabei zeigen unsere Analysen, dass zwar die Relevanz der Bedingungen in verschiedenen Lebensbereichen mit der Lebensphase variiert, die relevanten Lebensbedingungen sich jedoch nicht auf den beruflichen Bereich reduzieren lassen (Huinink und Kley, in Begutachtung). In dieses Konzept fügt sich das handlungstheoretische Stufenmodell der Migration gut ein, wonach der Migrationsprozess mit der Intention zum Wegzug beginnt (De Jong und Fawcett 1981). Es hat sich allerdings gezeigt, dass der Wunsch oder die Intention zum Wegzug kein guter Prädiktor für das tatsächliche Migrationsverhalten ist (vgl. z.B. Duncan & Newman 1976; Fang 2006). Dem Vorschlag Kalter (1997) folgend und Ergebnisse aus der Entscheidungsforschung einbeziehend (Ajzen 1985) wird der Migrationsprozess deshalb für die folgenden Analysen in die Phasen Wegzugsgedanken, Wegzugspläne und Realisierung des Wegzuges unterteilt. Die Differenzierung von Gedanken und Plänen ist hilfreich, da die psychologische Forschung gezeigt hat, dass sich in Entscheidungsprozessen mindestens zwei Phasen unterscheiden lassen. In der ersten Phase, der sogenannten prä-dezisionalen Phase, werden viele Aspekte bedacht und Gedanken auch schnell wieder fallen gelassen (Heckhausen 1989). Wenn jedoch die Entscheidung gefallen ist, so wird auf die Umsetzung des entsprechenden Ziels hingearbeitet. Für die Verfolgung eines wichtigen Lebensziels ist bildlich vom „Überqueren des Rubikon“ die Rede um zu verdeutlichen, dass ein „Umkehren“ kostenintensiv ist und zum Beispiel zum Verlust von investierter Zeit und Geld führt, und zu psychologischen Verlusten, zum Beispiel in Form von Selbstrespekt (Gollwitzer 1996). Personen, die an einen Wegzug denken, sind demnach in der prä-dezisionalen Phase, während Personen, die einen Wegzug planen, die Entscheidung bereits gefällt haben. Pläne für einen Wegzug haben sich denn auch als ein starker Prädiktor für die Realisierung des Wegzuges aus dem Wohnort erwiesen (Kley und Mulder, Manuskript).

Diesem Modell folgend kann man annehmen, dass die Wahrnehmung besserer Entwicklungsmöglichkeiten andernorts Gedanken an einen Wegzug auslösen kann (Kalter 1997). Diese Einschätzung wird möglicherweise verstärkt oder bleibt zumindest erhalten, wenn der Entscheidungsprozess fortschreitet und die Betroffenen zu konkreten Plänen für den Wechsel des Wohnortes übergehen. Aufgrund der Unterschiede in der wirtschaftlichen Situation der untersuchten Städte ist davon auszuge-

hen, dass die Wahrnehmung, die eigenen Entwicklungsmöglichkeiten seien andernorts besser, in Magdeburg häufiger auftritt als in Freiburg.

Aus vorangegangener Forschung ist des Weiteren bekannt, dass typische Lebensereignisse, wie zum Beispiel der Beginn einer Ausbildung oder der Auszug aus dem Elternhaus, häufig mit Migration einhergehen (Wagner 1989; Mulder 1993). Vor dem Hintergrund der theoretischen Ausführungen ist zu erwarten, dass biographische Ereignisse für die Entscheidung zum Wegzug eine Rolle spielen, weil sie mehr oder weniger eng mit lokalen Opportunitäten verkoppelt sind. Die Antizipation biographischer Ereignisse ist vermutlich insbesondere ein Auslöser für die Entscheidung zum Wegzug, wirkt also auf Wegzugspläne. Denn biographische Ereignisse, die lokal und zeitlich gebunden sind, setzen Menschen in Zugzwang, eine Entscheidung zu treffen; dies ist zum Beispiel bei Stellenangeboten, Ausbildungsplätzen oder Studienplätzen der Fall.

3. Daten, Variablen und Methode

Mit Magdeburg und Freiburg wurden bewusst zwei Regionen für die Erhebung ausgewählt, die strukturell gut vergleichbar sind, was bei einer ländlichen Region und einer Großstadt nicht der Fall gewesen wäre. Magdeburg und Freiburg sind vergleichbar groß, beide sind Universitätsstädte und beide liegen nicht im unmittelbaren Einzugsgebiet einer Metropole oder innerhalb einer Agglomeration. Aufgrund ihrer Lage im Osten bzw. Südwesten Deutschlands sehen sich die beiden Städte jedoch unterschiedlichen wirtschaftlichen Konditionen gegenüber. Dies schlug sich für Magdeburg in den 1990er Jahren bis mindestens zu Beginn dieser Dekade in einem anhaltend negativen, für Freiburg in einem positiven Wanderungssaldo nieder.

Es wurden rund 2.900 Personen im Alter von 18 bis 50 Jahren befragt. Die Feldzeit der Haupterhebung, die den folgenden Analysen zugrunde liegt, war von April bis Juni 2006. Innerhalb der Zielpersonen, die seit mindestens zwölf Monaten in der Stadt lebten, wurden zwei verschiedene Schichten erhoben: Personen, die kürzlich über einen Wegzug nachgedacht hatten und Personen, die dies nicht hatten. Dabei wurden erstere oversampelt. Diese Zielpersonen wurden außerdem gefragt, ob sie Pläne für einen Wegzug aus der Stadt haben.

Für die folgenden Analysen wurden Personen im Alter von 18 bis unter 30 Jahren ausgewählt, die keine Kinder haben, um die Phase des frühen Erwachsenenlebens zu repräsentieren; dies sind 967 Befragte. Von diesen hat gut die Hälfte (51,6 Prozent) zum Zeitpunkt der Haupterhebung nicht an einen Wegzug aus dem Wohnort gedacht. 30,5 Prozent (n=388) haben darüber nachgedacht aber planen dies nicht, und 17,9 Prozent (n=228) planen den Wegzug. Junge Magdeburger denken etwas häufiger über einen Wegzug nach als junge Freiburger (32,7 zu 28,6 Prozent), bezüglich der Wegzugspläne gibt es kaum Unterschiede. Ob die jungen Erwachsenen Wegzugsgedanken oder -pläne haben, wurde durch die folgenden Fragen erhoben: „Haben Sie in letzter Zeit einmal darüber nachgedacht, aus Magdeburg/Freiburg wegzuziehen, um irgendwo anders zu leben?“, und: „Planen Sie, innerhalb der kommenden zwölf Monate aus Magdeburg/Freiburg wegzuziehen?“ Als Prädiktoren werden vier Kategorien von Variablen benutzt:

1. Soziodemographische und Haushaltsmerkmale, welche das Migrationsverhalten im frühen Erwachsenenalter beeinflussen können: Geschlecht, Alter, Grad der Schulbildung, Zusammenleben mit einem Partner bzw. einer Partnerin, Vollzeit-Beschäftigung und Wohnort.
2. Merkmale, welche Beziehungen der Zielpersonen zu anderen Personen oder ihrem Wohnort messen: die Verbundenheit mit der Stadt, jemals an einem anderen Ort gelebt zu haben, der Wunsch

oder die Notwendigkeit des Partners zum Wegzug, der kürzlich erfolgte oder erwartete Wegzug von Freunden, alle oder die meisten Freunde in der Stadt zu haben, alle oder die meisten Verwandten in der Stadt zu haben.

3. Wahrgenommene Opportunitäten am Wohnort im Vergleich zu anderen Orten im Hinblick auf die berufliche Situation, das Finden eines Partners, das Familienleben und die Verfolgung eigener Interessen oder Hobbies.
4. Biographische Ereignisse, deren Eintreten in den kommenden sechs Monaten antizipiert wird: Der Auszug aus dem Elternhaus, der Beginn einer beruflichen Ausbildung oder eines Studiums, der Abschluss derselben, der Antritt einer (neuen) Arbeitsstelle und das Zusammenziehen mit dem Partner bzw. der Partnerin. Aufgrund des relativ starken Zusammenhangs zwischen dem Auszug aus dem Elternhaus und dem Beginn von Ausbildung bzw. Studium einerseits, und dem Abschluss von Ausbildung bzw. Studium und dem Antritt einer Arbeitsstelle andererseits, wurden diskrete Variablen gebildet, die die Antizipation beider Ereignisse oder jeweils eines Ereignisses angeben.

Es wurden zwei binomiale logistische Regressionen gerechnet. Zielpersonen sind jeweils junge Erwachsene in beiden Städten, wobei signifikante Unterschiede in den Parametern zwischen den beiden Städten durch Interaktionsterme abgebildet werden. Modell 1 schätzt die Wahrscheinlichkeit, Gedanken oder Pläne für einen Wegzug aus der Stadt zu entwickeln gegenüber der Wahrscheinlichkeit, keine dementsprechenden Gedanken oder Pläne zu haben. Dieses Modell wurde entsprechend der Auswahlwahrscheinlichkeit der Schichten gewichtet. Modell 2 schätzt die Wahrscheinlichkeit, Pläne für den Wegzug aus der Stadt zu entwickeln gegenüber der Wahrscheinlichkeit, lediglich mit Gedanken an einen Wegzug zu spielen. Dargestellt sind die Odds Ratios der Parameter, die hier im Vordergrund stehen: die Einschätzung der Opportunitäten am Wohnort im Vergleich zu anderen Orten sowie die oben angeführten biographischen Ereignisse.

4. Ergebnisse: Die Entscheidung zum Wegzug im frühen Erwachsenenleben

Tabelle 9 zeigt die Anteile junger Erwachsener mit Wegzugsgedanken oder -plänen sowie derjenigen, die nicht an einen Wegzug denken, in Abhängigkeit ihrer Einschätzung der eigenen Opportunitäten am Wohnort. Die Anteile junger Magdeburger, welche die eigenen Möglichkeiten andernorts als besser einschätzen als am Wohnort, sind für alle Lebensbereiche höher als die entsprechenden Anteile der jungen Freiburger. Zum Beispiel sind in Magdeburg 60,1 Prozent der jungen Leute der Ansicht, ihre beruflichen Möglichkeiten seien andernorts eher besser, während in Freiburg 43,3 Prozent dieser Ansicht sind. Die Verteilung der Personen mit Wegzugsgedanken und -plänen in Abhängigkeit dieser Einschätzung ist in beiden Städten jedoch sehr ähnlich. Den einzig nennenswerten Unterschied gibt es bei der Beurteilung der Möglichkeiten, die eigenen Interessen und Hobbys zu verwirklichen. Die Einschätzung, dass dies andernorts eher besser möglich ist als am eigenen Wohnort, hängt in Magdeburg stärker mit Wegzugsgedanken und Wegzugsplänen zusammen als in Freiburg.

Tabelle 10 zeigt die Ergebnisse der beiden Modellschätzungen, (1) mindestens an einen Wegzug zu denken versus nicht daran zu denken und (2) den Wegzug zu planen versus lediglich mit dem Gedanken zu spielen. Die oben genannten soziodemographischen Merkmale und sozialen Beziehungen wurden in den Schätzungen berücksichtigt, die Parameter sind jedoch nicht dargestellt. Für junge Erwachsene in Freiburg wird gegenüber jenen in Magdeburg eine um den Faktor 0,4 geringere Chance geschätzt, Gedanken an einen Wegzug zu entwickeln. Sind die Gedanken an einen Wegzug allerdings erstmal vorhanden, haben die jungen Erwachsenen in beiden Städten eine etwa gleich hohe Chance, Pläne für einen Wegzug zu entwickeln.

Tabelle 9: Einschätzung, dass persönliche Opportunitäten anderswo besser sind als am Wohnort bei jungen Erwachsenen ohne Wegzugsgedanken, mit Wegzugsgedanken und mit Wegzugsplänen, nach Lebensbereichen und Wohnort

Einschätzung Opportunitäten anderswo besser	Total	Weder Weg- zugsgedanken noch -pläne	Wegzugsgedanken aber keine -pläne	Wegzugspläne
Lebensbereiche und Wohnort	Prozent in Stichprobe	Zeilenprozent	Zeilenprozent	Zeilenprozent
<i>Magdeburg, N (Prozent)</i>	447 (100)	155 (49,2)	188 (32,7)	104 (18,1)
Berufliche Möglichkeiten	60,1	39,2	35,7	25,1
Finden eines Partners	10,2	28,6	41,8	29,6
Familienleben	13,3	26,8	43,9	29,3
Eigene Inter- essen	19,9	26,0	40,1	33,9
<i>Freiburg, N (Prozent)</i>	520 (100)	196 (53,7)	200 (28,6)	124 (17,7)
Berufliche Möglichkeiten	43,3	40,2	32,5	27,3
Finden eines Partners	6,1	31,7	40,1	28,3
Familienleben	8,9	31,9	36,5	31,6
Eigene Inter- essen	12,7	37,7	34,6	27,7
<i>Total, N (Prozent)</i>	967 (100)	351 (51,7)	388 (30,5)	228 (17,9)

(Alter 18-29, keine Kinder; Anteile gewichtet)

Die Wahrnehmung, dass die Möglichkeiten anderswo in verschiedenen Lebensbereichen besser sind, hat einen starken Einfluss auf Wegzugsgedanken. Die Chance, an einen Wegzug zu denken versus nicht daran zu denken ist jeweils etwa doppelt so hoch, wenn junge Menschen der Meinung sind, ihre beruflichen Aussichten seien anderswo besser, sie hätten bessere Möglichkeiten, einen Partner bzw. eine Partnerin zu finden, die Möglichkeiten für das Familienleben seien besser, oder die Bedingungen, den eigenen Interessen nachzugehen seien bessere. Die Aussicht auf bessere Möglichkeiten für die berufliche Karriere, für das Familienleben und für die Verfolgung eigener Interessen hängt in Magdeburg stärker mit Wegzugsgedanken zusammen als in Freiburg, die Unterschiede zwischen den Städten sind statistisch jedoch nicht signifikant. Junge Menschen, die ihre beruflichen Möglichkeiten andernorts als besser einschätzen, haben außerdem eine 1,5-fache Chance, den Schritt von Gedanken zur Entscheidung für den Wegzug zu vollziehen und damit zur Planung des Wegzugs überzugehen.

Tabelle 10: Wegzugsgedanken und -pläne in Abhängigkeit wahrgenommener Opportunitäten und antizipierter biographischer Ereignisse bei jungen Erwachsenen in Magdeburg und Freiburg (Alter 18-29, keine Kinder)

	Modell 1	Modell 2
	Wegzugsgedanken oder -pläne versus keine Wegzugsgedanken oder -pläne	Wegzugspläne versus Wegzugsgedanken
	Odds Ratios	Odds Ratios
Wohnort Freiburg (Referenz Magdeburg)	0.406***	0.910
<i>Wahrnehmung, Opportunitäten seien andernorts besser</i>		
Berufliche Möglichkeiten	2.057***	1.549*
Möglichkeiten einen Partner/ eine Partnerin zu finden	2.321**	1.043
Bedingungen für Familienleben	2.260***	1.473
Möglichkeiten eigenen Interessen nachzugehen	2.421***	1.293
<i>Biographische Ereignisse</i>		
Auszug aus dem Elternhaus zwecks Ausbildungs-/Studienbeginn	4.809**	12.484***
Nur Beginn von Ausbildung/Studium	0.887	4.898***
Auszug aus dem Elternhaus aus anderen Gründen	1.586	1.726
Eintritt ins Berufsleben nach Beendigung von Ausbildung/Studium (M)	1.854	4.960***
Eintritt ins Berufsleben nach Beendigung von Ausbildung/Studium (F)	9.173***	2.936**
Nur Abschluss von Ausbildung/Studium (M)	0.724	2.346
Nur Abschluss von Ausbildung/Studium (F)	2.095	6.712***
Beginn einer Arbeitsstelle aus anderen Gründen	1.866**	3.913***
Zusammenziehen mit dem Partner/ der Partnerin	0.547*	2.430**
Konstante	3.74e+05**	0.000*
Zahl der Fälle	851	538
Freiheitsgrade	27	27
Wald Chi²	152.17	184.64
Modell-Signifikanz	0.000	0.000
Pseudo R²	0.196	0.259

(Nested Binomial Logistic Regressions; Modell 1 gewichtet)

* p<0.10, ** p<0.05, *** p<0.01

Interaktionseffekte berechnet für Magdeburg (M) und Freiburg (F)

Unter Berücksichtigung der o.g. sozio-demographischen Merkmale und sozialen Beziehungen

Die „Wirkung“ der Wahrnehmung, die eigenen Möglichkeiten seien andernorts besser wird additiv verstärkt durch bestimmte biographische Ereignisse. Steht der Auszug aus dem Elternhaus zum Zweck des Beginns einer Ausbildung oder eines Studiums bevor, so ist die Chance, dass Gedanken oder Pläne für einen Wegzug entwickelt werden gegenüber der Chance, dass nicht an einen Wegzug gedacht wird fünfmal so hoch. Dies gilt für junge Menschen in beiden Städten. Wie Modell 2 zeigt, wirkt dieser Übergang vom Elternhaus in Ausbildung oder Studium vor allem auf die Chance, den Entschluss zum Wegzug zu fassen. Steht nur der Beginn von Ausbildung oder Studium bevor, so zeigt sich ausschließlich ein signifikanter Effekt auf den Entschluss zum Wegzug, nicht jedoch auf Gedanken zum Wegzug. Der Auszug aus dem Elternhaus aus anderen Gründen zeigt keinen signifikanten Zusammenhang mit Gedanken oder Plänen für einen Wegzug aus dem Wohnort.

Wird der Abschluss der Ausbildung oder des Studiums und der Eintritt ins Berufsleben antizipiert, so hat dies in Magdeburg keinen signifikanten Effekt auf Gedanken oder Pläne für einen Wegzug, aber einen sehr starken Effekt in Freiburg. Die relative Chance, dass junge Freiburger am Übergang ins Berufsleben an einen Wegzug denken oder diesen planen ist gegenüber der Chance, dass sie nicht daran denken, neunmal so hoch. Die Chance, dass sie am Übergang ins Berufsleben den Entschluss zum Wegzug fällen wenn sie mit dem Gedanken gespielt haben, ist dreimal so hoch wie die Chance, dass sie diesen Entschluss nicht fällen. Junge Magdeburger haben am Übergang von Ausbildung bzw. Studium in den Beruf zwar eine fünfmal so hohe Chance, den Entschluss zum Wegzug zu fassen, wenn sie mit dem Gedanken schon einmal gespielt haben. Aber die Chance, einen Wegzug überhaupt in Betracht zu ziehen, ist bei jungen Magdeburgern am Übergang ins Berufsleben nicht signifikant erhöht. Während in Magdeburg allein die Antizipation der Beendigung von Ausbildung oder Studium weder signifikante Effekte auf Gedanken noch auf Pläne für einen Wegzug hat, haben junge Freiburger dadurch eine etwa siebenfach höhere Chance, den Entschluss zum Wegzug zu fassen, wenn sie bereits mit dem Gedanken gespielt haben.

Die Antizipation eines beruflichen Wechsels hängt in beiden Städten signifikant mit dem Aufkommen von Gedanken und Plänen für einen Wegzug aus der Stadt zusammen. Die Effekte sind in Magdeburg jeweils stärker als in Freiburg, der Unterschied zwischen den Städten ist statistisch jedoch nicht signifikant.

Die Antizipation des Zusammenziehens mit dem Partner bzw. der Partnerin verringert die Chance, Gedanken oder Pläne für einen Wegzug aus dem Wohnort zu entwickeln, um etwa die Hälfte. Dies lässt darauf schließen, dass die meisten jungen Leute mit ihrem Partner am Wohnort zusammenziehen möchten. Interessanterweise hat jedoch bei denjenigen, die bereits mit Gedanken an einen Wegzug aus der Stadt spielen, die Aussicht auf das Zusammenziehen eine Verdopplung der Chance zur Folge, den Entschluss zum Wegzug zu fassen. Hier bietet der Partner, der an einem anderen Ort wohnt, die Gelegenheit zum Wegzug aus dem Wohnort. Dies ist bei den jungen Magdeburgern häufiger der Fall als bei den jungen Freiburgern, die Unterschiede zwischen den Städten sind statistisch jedoch nicht signifikant.

5. Fazit

Die Vermutung, dass strukturelle Faktoren einen systematischen Einfluss auf die individuelle Entscheidung zum Wegzug aus dem Wohnort haben, wurde bestätigt. Die Wahrnehmung, dass die eigenen Möglichkeiten in verschiedenen Lebensbereichen andernorts besser sind, lässt insbesondere die Chancen, Gedanken an einen Wegzug zu entwickeln, signifikant steigen. Dieser Zusammenhang gilt für beide untersuchten Städte gleichermaßen. Dass jedoch in Magdeburg mehr junge Menschen der

Ansicht sind, ihre Möglichkeiten seien andernorts eher besser, ist ein Grund dafür, dass für junge Magdeburger insgesamt eine doppelt so hohe Chance geschätzt wird, Gedanken oder Pläne für einen Wegzug zu entwickeln wie für junge Freiburger.

Biographische Ereignisse können die Entscheidung, aus dem Wohnort wegzuziehen, forcieren. Insbesondere die Antizipation wichtiger Übergänge, erstens der Auszug aus dem Elternhaus zum Zweck des Beginns einer Ausbildung bzw. Studiums, zweitens der Eintritt in den Arbeitsmarkt sind wichtige Auslöser für den Entschluss zum Wegzug. Sie wirken mithin vor allem auf Wegzugspläne, wenn bereits Gedanken an einen Wegzug vorhanden sind. Biographische Ereignisse wirken in Freiburg stärker auf Wegzugsgedanken und -pläne als in Magdeburg, dies gilt insbesondere für den Abschluss der beruflichen Ausbildung bzw. des Studiums. Junge Erwachsene, die in Freiburg wohnen, entwickeln somit häufiger erst dann Wegzugsgedanken und -pläne, wenn eine Veränderung im Lebenslauf einen konkreten Anlass bietet, während für junge Magdeburger ein solcher Anlass nicht gegeben sein muss.

Literatur

- Ajzen, Icek (1985): From intentions to actions: A theory of planned behavior, in: Kuhi, J. and J. Beckmann: Action-control: From cognition to behavior, Heidelberg: Springer, 11-39
- De Jong, Gordon und James Fawcett (1981): Motivations for Migration: An Assessment and a Value-Expectancy Research Model, in: Gordon De Jong, J. F.: Migration Decision Making. Multidisciplinary Approaches to Microlevel Studies in Developed and Developing Countries, New York u.a.: Pergamon Press, 13-58
- Duncan, G.J. und S.J. Newman (1976): Expected and Actual Residential Mobility, in: Journal of the American Institute of Planners, Vol. 42: 174-186
- Esser, Hartmut (1996): Die Definition der Situation, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 48, Heft 1: 1-34
- Gollwitzer, Peter M. (1996): Das Rubikonmodell der Handlungsphasen, in: Birbaumer, N.; D. Frey, J. Kuhl, W. Prinz und F. E. Weinert: Enzyklopädie der Psychologie. Motivation, Volition und Handlung, Göttingen, Bern, Toronto, Seattle: Hogrefe, 533-541
- Heckhausen, Heinz (1989): Motivation und Handeln, Bd. 2, Berlin u.a.: Springer Verlag
- Huinink, Johannes (2005): Räumliche Mobilität und Familienentwicklung. Ein lebenslauftheoretischer Systematisierungsversuch, in: Steinbach, A.: Generatives Verhalten und Generationenbeziehungen, Wiesbaden: VS, 61-81
- Huinink, Johannes und Stefanie Kley (in Begutachtung): Regionale Kontexte und Migrationsentscheidungen im Lebensverlauf
- Kalter, Frank (1997): Wohnortwechsel in Deutschland. Ein Beitrag zur Migrationstheorie und zur empirischen Anwendung von Rational-Choice-Modellen, Opladen: Leske + Budrich
- Kley, Stefanie A. and Clara H. Mulder (Manuskript): Considering, planning and realizing migration: The influence of biographical events and perceived opportunities on leaving the city in early adulthood
- Lindenberg, Siegwart (1996): Continuities in the theory of social production functions, in: Ganzeboom, H. und S. Lindenberg: Verklarende Sociologie. Opstellen voor Reinhard Wippler, Amsterdam: Thesis Publishers, 167-184
- Mulder, Clara H. (1993): Migration Dynamics: A Life Course Approach, Amsterdam: Thesis Publishers

- Ravenstein, Ernest G. (1972 [1885, 1889]): Die Gesetze der Wanderung I und II, in: Széll, G.: Regionale Mobilität: Nymphenburger Verlagsgesellschaft, 41-64, 65-94
- Schlömer, Claus und Hansjörg Bucher (2001): Arbeitslosigkeit und Binnenwanderungen. Auf der Suche nach einem theoriegestützten Zusammenhang, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 1: 33-47
- Simon, Herbert A. (1956): Rational Choice and the Structure of the Environment, in: Psychological Review, Vol. 63: 129-138
- Wagner, Michael (1989): Räumliche Mobilität im Lebensverlauf. Eine empirische Untersuchung sozialer Bedingungen der Migration, Stuttgart: Enke
- Wolpert, Julian (1965): Behavioral Aspects of the Decision to Migrate, in: Papers of the Regional Science Association, Vol. 15: 159-169

Die Ambivalenz des Bleibens: Erfahrungen von Arbeitslosen mit dem Leben an der Peripherie

Ariadne Sondermann

In der aktuellen soziologischen Diskussion über das Verhältnis von Zentrum und Peripherie dominieren die negativen Folgen für Orte oder Regionen, die von Peripherisierungsprozessen betroffen sind: Der Rückgang an wirtschaftlichen Investitionen und Beschäftigung, die Entdifferenzierung von kulturellen Angeboten und die Reduzierung der infrastrukturellen Versorgung werden als wesentliche Beispiele für die wachsende Bedeutung territorialer Ungleichheit genannt (vgl. u.a. Keim 2006; Glock 2002).

Mit Blick auf die konkreten Folgen für die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort wird jedoch auch auf die Notwendigkeit einer differenzierten Betrachtung hingewiesen, da die Auswirkungen territorialer Ungleichheit auf die Teilhabechancen und Handlungsspielräume wesentlich vom jeweils verfügbaren ökonomischen, sozialen und kulturellen Kapital abhängig seien (vgl. Neu 2006).

Trotz oder gerade wegen dieser Form der Differenzierung wird die Situation von Arbeitslosen an der Peripherie in erster Linie mit einer Kumulation ungünstiger Lebensbedingungen verbunden: Ihre zumeist geringere Ausstattung mit den genannten Kapitalformen trifft, so wird argumentiert, auf die erhöhte Notwendigkeit, mobil zu sein, um die negativen Folgen der Peripherisierungsprozesse kompensieren zu können – eine Notwendigkeit, die Arbeitslose oftmals finanziell überfordert, von den schlechten Arbeitsmarktchancen, die eine Verbesserung der Situation vor Ort unwahrscheinlich machen, einmal abgesehen (vgl. Hauss et al. 2006).

Die Beziehung zwischen der ohnehin krisenhaften Arbeitslosigkeit und einem Leben an der Peripherie scheint vor diesem Hintergrund recht eindeutig: Strukturschwache Regionen werden zu einer Art „Arbeitslosenfalle“ (Windzio 2004), aus der ein Entkommen gleichermaßen notwendig wie schwierig ist.

Über den Umgang Arbeitsloser mit dieser Situation, über ihre Deutungsmuster und ihre Handlungsstrategien ist aber vergleichsweise wenig bekannt. Im Folgenden möchte ich zeigen, dass die subjektiven Deutungen, die Arbeitslose mit ihrer Situation an der Peripherie¹⁴ verbinden, sich nicht zu der These einer eindeutigen Kumulation ungünstiger Lebensbedingungen verdichten lassen, sondern

¹⁴ Auch wenn hier von peripheren Regionen die Rede ist, so ist damit primär nicht deren räumliche Entfernung von Zentren gemeint (auch wenn diese eine Rolle spielen kann). Vielmehr geht es in erster Linie um den Aspekt der sozialstrukturellen Benachteiligung, so dass an das skizzierte Verständnis von Peripherie und Zentrum als Pole einer Dimension sozialer Ungleichheit angeknüpft wird, die in Verbindung mit der Verfügbarkeit über andere Kapitalformen die individuellen Teilhabechancen strukturiert. Gerade auch mit Blick auf die darüber hinaus bestehende Asymmetrie hinsichtlich der Durchsetzbarkeit von Deutungen der Lebensbedingungen an der Peripherie, die zumeist vom Blick des Zentrums bestimmt werden, wird die Einbeziehung der Sichtweisen der Akteure als wichtig erachtet.

zumeist ambivalent sind. Ich knüpfe dabei an den Aspekt der verfügbaren Kapitalformen an. Deutlich werden soll vor allem, dass die Möglichkeit, überhaupt über bestimmte Kapitalformen zu verfügen oder bereits vorhandene Ressourcen ausbauen zu können, auch als spezifischer Vorteil des Lebens an der Peripherie interpretiert werden kann, so dass sich Exklusionsprozesse¹⁵ nicht zwangsläufig verstärken müssen. Die Hierarchie zwischen Zentrum und Peripherie wird so mit Blick auf die eigene Biographie und aktuelle Lebenssituation relativiert. Dass es sich dabei gleichwohl nicht selten um prekäre und problematische Arrangements handelt, muss freilich immer mitbedacht werden.

Ich greife auf leitfadengestützte Interviews mit Arbeitslosen aus einem laufenden Forschungsprojekt zurück.¹⁶ Aus der ersten Befragungswelle im Sommer 2005 liegen 58 Interviews vor, im Sommer 2006 wurden 27 der Befragten nochmals interviewt. Zentrale Themen der Interviews sind die aktuelle Arbeitslosigkeit und die daraus resultierende Krise. Dass die Befragten im Alter von 30 bis 40 Jahren sind, also beispielsweise noch nicht an eine Frühverrentung denken können, zwingt sie zu besonders intensiven Auseinandersetzungen mit ihrer Situation. In den Interviews aus Regionen, die von Peripherisierungsprozessen betroffen sind und auf die ich mich im Folgenden beschränke, werden diese Themen jedoch auf je unterschiedliche Weise in Beziehung zu der Situation und den Lebensbedingungen vor Ort gesetzt.

Die qualitative Natur der Daten ermöglicht eine Entfaltung von kurzen Fallvignetten. Diese sollen jedoch nicht nur für den jeweiligen Einzelfall sprechen, sondern unterschiedliche und prägnante Konstellationen von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital repräsentieren.

1. Die Peripherie als Ort mit beruflichen Perspektiven

Ich möchte den Fall eines Arbeitslosen aus Mecklenburg-Vorpommern an den Anfang stellen, der aufgrund seines kulturellen und ökonomischen Kapitals in der Lage dazu ist, seinen Standort an der Peripherie in produktiver Weise für seinen beruflichen Werdegang zu nutzen:

„[...]meine Position ist gut, ich sitze zwischen Berlin und Hamburg, das sind die größten Arbeitgeber in Deutschland, was, wo soll ich denn hinziehen?“ (11_AL-SGBIII_11, Z. 293-295)

Das Zitat stammt von Herrn Schulz, einem Umweltwissenschaftler aus den alten Bundesländern. Nach seinem Studium ging er nach Hamburg, arbeitete dort einige Jahre für einen größeren Konzern und war teils auf selbstständiger, teils auf befristeter Basis im Personalbereich beschäftigt. Sein Wegzug aus dem Zentrum hatte private Gründe: Herr Schulz lernte während seiner Tätigkeit in Hamburg seine Frau kennen und zog zu ihr nach Mecklenburg-Vorpommern, da sie durch ihren Arbeitsplatz stärker räumlich gebunden war als er. Ende 2004 wurde er arbeitslos, da sein Vertrag nicht wieder verlängert wurde. Dass er die Tatsache nicht als Nachteil interpretiert, nun als Arbeitsloser in einer

¹⁵ Der Begriff der Exklusion wird hier nicht allein mit Blick auf den Arbeitsmarkt verwendet, sondern gerade auch hinsichtlich der Teilhabemöglichkeiten außerhalb des Erwerbslebens, die für Arbeitslose aufgrund der zentralen Bedeutung von Erwerbsarbeit für eine vollwertige gesellschaftliche Teilhabe eingeschränkt sind (vgl. Kronauer 2002) und hier in Abhängigkeit von Lebensbedingungen an der Peripherie betrachtet werden.

¹⁶ Das Projekt „Organisationsreform der Arbeitsverwaltung und neue Maßnahmen für Arbeitssuchende: Soziale Ungleichheit und Partizipationschancen Betroffener“ wird an der Universität Siegen durchgeführt und vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit gefördert. Mitglieder des Forscherteams sind neben der Autorin Wolfgang Ludwig-Mayerhofer (Projektleitung) und Olaf Behrend, denen ich konstruktive Hinweise für diesen Beitrag verdanke. Unser gemeinsamer Dank gilt den Projektmitarbeitern des IAB für die Interviewdurchführung und allen Interviewpartnern dafür, dass sie sich die Zeit für die Befragung nahmen.

Region zu leben, die nur wenig berufliche Perspektiven bietet, hat verschiedene Gründe. Zum einen verbindet Herr Schulz keineswegs nur Positives mit seiner beruflichen Phase in Hamburg: Die fehlende Sicherheit einer langfristigen Perspektive und der Druck, sich ständig um die richtigen Kontakte kümmern zu müssen, waren für ihn mit einer großen Anspannung verbunden, weshalb er aktuell vor allem nach einer dauerhafteren beruflichen Lösung sucht. Das sichere Einkommen seiner Frau nimmt ihm den Druck, sofort wieder eine Stelle finden zu müssen, so dass seine Arbeitslosigkeit an der Peripherie ihm die gewünschte Möglichkeit gibt, sich in Ruhe orientieren zu können. Diese Möglichkeit wäre in einem Zentrum wie Hamburg angesichts höherer Mieten und Lebenshaltungskosten kaum in diesem Maße gegeben.

Wesentlich dafür, sich mit seiner Position an der Peripherie nicht von beruflichen Chancen abgeschnitten zu fühlen, ist die von Herrn Schulz favorisierte Arbeitsweise: Er erwägt, sich im Bereich der Personalentwicklung selbstständig zu machen, von zu Hause aus für verschiedene Unternehmen zu arbeiten und sich nur zeitweise als Coach in Zentren wie Hamburg und Berlin zu begeben. Diese Planung lässt seinen Standort – wie im Zitat ja auch deutlich wird – aus seiner Sicht eher zu einem Vorteil werden. Da er sich den Schritt in eine erfolgreiche Selbstständigkeit aufgrund seines kulturellen Kapitals prinzipiell zutraut, ist sein Wohnsitz für ihn weniger mit einem Stillstand als der Option einer beruflichen Weiterentwicklung verbunden. Hinzu kommt die Tatsache, dass das Einkommen seiner Frau dafür ausreicht, im Alltag mobil sein zu können, wodurch das Gefühl einer Entkopplung von alternativen – oder besser: erweiterten – Angeboten der Freizeitgestaltung für die Familie vergleichsweise gering ausgeprägt ist.

Ambivalenz war für Herrn Schulz vor allem mit seinem Leben im Zentrum verbunden: Er fand in Hamburg nach seinem Studium zwar eine Stelle, die ihm relativ viele Freiheiten bei seiner Arbeitsorganisation ließ, es fehlte ihm jedoch die Möglichkeit, einschätzen zu können, inwieweit sich sein Engagement letztlich auszahlen würde. Mit Blick auf seine Arbeitslosigkeit an der Peripherie ist die Ambivalenz schwächer ausgeprägt: Sie bezieht sich weniger auf die Rahmenbedingungen der Peripherie selbst als auf seine Entscheidung, seiner Sesshaftigkeit im Zweifelsfall eine höhere Priorität einzuräumen als der Möglichkeit, wieder dauerhaft in einem Zentrum zu arbeiten. Er kann diese Entscheidung mit guten Argumenten wie der notwendigen Zeit für seine Zukunftsplanung und seine Familie begründen, widersetzt sich mit ihr aber gleichzeitig der Erwartungshaltung an Arbeitslose, möglichst schnell wieder eine Erwerbsarbeit aufzunehmen, die er insbesondere in Gesprächen mit seiner Arbeitsvermittlerin antizipiert. Letztlich handelt es sich jedoch hinsichtlich seiner beruflichen Zukunft um eine produktive Ambivalenz, da sie die Fokussierung auf seine Planung der Selbstständigkeit verstärkt.

2. Die Peripherie als Ort der Vergemeinschaftung

Häufiger als die eben geschilderte Form, sich die Peripherie im Sinne einer beruflichen Perspektive anzueignen, findet sich der Aspekt der sozialen Einbettung als zentrales Moment der Deutung der eigenen Situation:

„Da bin ich mal gefahren nach McDonalds hin, haben wa mal 'n bisschen Schwätzchen gemacht. War ganz schön.“ (9_AL-SGBIII_13, Z. 833-834)

Frau Sauerbach, Anfang 40, die seit ihrer Geburt in einer Kleinstadt in Sachsen-Anhalt lebt, bezieht sich mit dieser Äußerung auf die nur seltenen Treffen mit einer ehemaligen Arbeitskollegin, die im Gegensatz zu ihr noch erwerbstätig ist. Sie selbst ist gelernte Klavierbauerin und ergriff diesen

Beruf zu DDR-Zeiten, weil ihr Vater bereits als Meister in ihrem Ausbildungsbetrieb tätig war. Ihren Ehemann lernte Frau Sauerbach ebenfalls im Betrieb kennen, sie bekamen Mitte der 1980er Jahre eine Tochter, und die Lebensplanung ist an dieser Form der gemeinsamen Integration in ein vertrautes Arbeitsumfeld ausgerichtet.

Nach der Wende fand Frau Sauerbach zunächst eine Beschäftigung in einem Klaviergeschäft eines ehemaligen Kollegen. Als sie 2002 aufgrund der schlechten Auftragslage entlassen wurde, endete für sie jedoch ein Lebensabschnitt, in dem ihre beruflichen Chancen eng mit dem sozialen Kapital einer Einheimischen verbunden waren. Ein Jahr lang suchte sie in ihrem Heimatort erfolglos eine Stelle; 2003 konnte sie zwar als Fließbandarbeiterin in der Niederlassung eines Großunternehmens beginnen, hatte aber einen größeren Anfahrtsweg zu ihrem Arbeitsort zurückzulegen. Aufgrund der schlechten Regionalbahnanbindung musste sie zusätzlich zu der anstrengenden Tätigkeit im Schichtbetrieb oftmals lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Zugleich brachten die Größe und die Praxis des Unternehmens, vor allem wechselnde Zeitarbeitskräfte einzustellen, einen für Frau Sauerbach gravierenden Nachteil mit sich: Es war kaum möglich, verbindlichere Kontakte zu knüpfen, wie sie es aus früheren Arbeitsverhältnissen gewöhnt war, weil

„[...] man mit manchen Leuten gar nicht wieder zusammengekommen ist, weil da arbeiten 650 Leute in dem Betrieb, ja, und dann sieht man und trifft man nicht alle.“ (9_AL-SGBIII_13, Z. 851-854)

Dass Frau Sauerbach die eingangs zitierten Verabredungen mit der Ex-Kollegin im Interview wiederholt erwähnt, macht die Relevanz deutlich, die dieses Thema für sie besitzt. Zudem zeigt sich im Interview das weitgehende Fehlen von Alternativen: Weil frühere Kollegen mittlerweile in Regionen mit besseren beruflichen Perspektiven gezogen sind und die genannten Bedingungen am letzten Arbeitsplatz einem engeren kollegialen Verhältnis entgegenstanden, wird „das Schwätzchen“ bei McDonalds mit der einen Kollegin in ihrer aktuellen Arbeitslosigkeit zu einem Highlight.

Der Wegfall der sozialen Integration über Erwerbsarbeit und die schlechten Aussichten, eine neue Stelle in der Region zu finden, tragen wesentlich zur Krise Frau Sauerbachs bei. Trotzdem gibt es für sie auch entlastende Momente, die eng mit ihrer Sesshaftigkeit an ihrem Heimatort verbunden sind.

Wichtig ist für sie zum einen ihre Familie, die vor Ort lebt: Die gemeinsame Erfahrung von beruflichen Einschnitten und Arbeitslosigkeit, die sie nicht nur mit ihrem Mann, sondern auch mit ihrer Schwester teilt, führt in ihrem Fall zu einem verstärkten Zusammenhalt. Eine verbindliche Form der Vergemeinschaftung findet Frau Sauerbach auch in der örtlichen Kirchengemeinde, in der sie sich bereits seit etwa 15 Jahren engagiert. Diese wird in der Arbeitslosigkeit nun verstärkt zu einem Ort, an dem sie sich durch ihre praktische Hilfe bei Veranstaltungen von ihrem Gefühl der Nutzlosigkeit entlasten kann. Außerdem trifft Frau Sauerbach dort auf Menschen in einer ähnlichen Lebenssituation, die ihr das Gefühl vermitteln, nicht allein mit beruflicher Perspektivlosigkeit und Geldsorgen zu kämpfen zu haben.

Frau Sauerbach kann also wichtige Formen des Halts in Anspruch nehmen, die sie im Falle eines Umzugs in ein Zentrum verlöre. Auch mit Blick auf ihre beruflichen Perspektiven scheinen für sie die Vorteile der vertrauten Peripherie zu überwiegen, obgleich sie dort trotz ihrer Anstrengungen, eine neue Stelle zu finden, nur eine Nebentätigkeit als Reinigungskraft gefunden hat. Vor dem Hintergrund ihrer Einschätzung ihres kulturellen Kapitals wird dies jedoch verständlich. Da sie es sich nicht mehr zutraut, als Klavierbauerin bei einem der größeren Unternehmen zu arbeiten, verbindet sie mit einem Wegzug aus ihrer vertrauten Umgebung keinen Aufstiegsgedanken: Aus ihrer Sicht wäre sie

vor allem in der Situation, an einem fremden Ort den Status einer Ungelernten beizubehalten, ohne auf die dargestellten Möglichkeiten der sozialen Integration zurückgreifen zu können, die sie von ihrer Krise der Arbeitslosigkeit entlasten.

Auch für Herrn Pohlmann, einen gelernten Einzelhandelskaufmann, Mitte 30, sind Möglichkeiten der Vergemeinschaftung wesentlich. Die Umstände, die ihn an die Peripherie führten, machten dafür jedoch in stärkerem Maße seine Eigeninitiative erforderlich. Denn er zog erst vor zwei Jahren aus dem Rhein-Main-Gebiet an seinen jetzigen Wohnort, nachdem ihm sein letzter Arbeitgeber gekündigt hatte und er nicht mehr in der Lage war, die hohe Miete für seine Wohnung zu bezahlen. In dieser prekären Situation reichte ein eher unsicheres Jobangebot für die Entscheidung aus, in eine Region zu ziehen, die nach dem Wegfall zweier ehemals wichtiger Industriezweige nur wenig berufliche Perspektiven bietet und auch in anderen Interviews über den alltäglichen Eindruck des wirtschaftlichen Niedergangs – beispielsweise vermittelt über die sichtbare Häufung von Geschäftsaufgaben – beschrieben wird. Als Herr Pohlmann die avisierte Stelle nicht bekam, war sein Blick auf den neuen Wohnort an der Peripherie anfangs auch vor allem mit der Deutung einer unfreiwilligen Sesshaftigkeit verbunden, über die er sich zudem kaum im Alltag austauschen konnte. Im Folgeinterview ist seine Darstellung jedoch weitaus positiver, obgleich er nach wie vor arbeitslos ist und sich die beruflichen Perspektiven innerhalb der Region nicht gebessert haben.

Hauptgrund dafür ist, dass Herr Pohlmann die geringe Größe und die wenigen Treffpunkte des Ortes für den Aufbau eines sozialen Netzwerks hat nutzen können, das nicht nur die Möglichkeit bietet, sich mit Anderen über die mit der Arbeitslosigkeit verbundene Krise auszutauschen, sondern ihm auch ganz „handfeste Vorteile“ verschafft, die er im folgenden Zitat bereits andeutet:

„Man tauscht sich aus, man motiviert sich gegenseitig [...] ähm, versucht sich egal in welcher Weise auch über Nebenjobs sich gegenseitig zu unterstützen und das finde ich, ähm, auch gut so weil, + so soll es ja auch sein, weil, wenn wir es geschafft haben, jedenfalls einen aus dem Bekanntenkreis wieder in Lohn und Brot zu bringen + dann haben alle was davon, ja [...] wir haben auch einen Ingenieur dabei im Bekanntenkreis, der in Mainz arbeiten tut, ne [...] ++ querbeet [...] durch alle sozialen Schichten + da wird keiner ausgegrenzt + querbeet.“ (2006 8_AL-SGBII_2, Z.2316-2330)

Dass sein soziales Netz an der Peripherie sich nicht auf Arbeitslose beschränkt, sondern „querbeet“ verläuft, bietet den Vorteil informeller Kontakte zu Arbeitgebern, die er für sich nutzen kann – zwar nicht im Sinne einer festen Stelle, aber in Form verschiedener Nebenbeschäftigungen in der Kneipe oder auf Baustellen der Region, die er „unter der Hand“ erledigt.

Die Tatsache, sich regelmäßig etwas dazuverdienen zu können und von Leuten in einer vergleichbaren Lage mental unterstützt zu werden, löst bei Herrn Pohlmann die Ambivalenz des Bleibens keineswegs auf: Trotz der materiellen Vorteile, die ihm seine informellen Kontakte verschaffen, hat er eine eher distanzierte Haltung gegenüber dem „Klüngel“ vor Ort, auf den er gleichzeitig angewiesen ist. Sein primäres Ziel ist nach wie vor eine feste reguläre Stelle, um die er sich bundesweit bemüht und für die er jederzeit wegziehen würde, so dass er sich im Vergleich zu Frau Sauerbach stärker auf ein Leben außerhalb der Peripherie ausrichtet. Dass er diese Ambivalenz nun aber in einem Rahmen der sozialen Einbettung erlebt, ist für ihn mit einer Entlastung von der Krise der Arbeitslosigkeit verbunden.

3. Zwischenfazit

Die bisherigen Falldarstellungen haben gezeigt, dass die Verfügbarkeit über kulturelles und soziales Kapital wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung und Deutung eines Lebens an der Peripherie nehmen kann und die an diesen Orten vorhandenen Tendenzen der Entkopplung nicht zwangsläufig zu einer Einschränkung der Handlungsmöglichkeiten führen müssen. Herr Schulz ist mit seinem kulturellen Kapital und der weitgehenden Unabhängigkeit seiner beruflichen Chancen vom Wohnort insgesamt eher ein Ausnahmefall. Aber auch das Beispiel von Herrn Pohlmann verdeutlicht die Relevanz seiner bisherigen beruflichen Biographie: Da er bereits zwischen mehreren Arbeitsplätzen wechselte, zwischenzeitlich auch im Ausland eine Beschäftigung fand und an seinem letzten Arbeitsplatz als Betriebsrat tätig war, ist er daran gewöhnt, auf neue und unterschiedliche Menschen zu treffen, und habituell dazu in der Lage, soziales Networking zu betreiben. Dass es an seinem Wohnort an der Peripherie bereits informelle Formen der Vergemeinschaftung für Arbeitslose gab, bildete dabei einen wichtigen Vorteil, den er durch seine eher offensive Art, die sich auch im Interview widerspiegelt, für sich nutzen konnte. Kann man hier von einem glücklichen Zusammentreffen sprechen, das prinzipiell auch an einem anderen Ort – auch in einem Zentrum – möglich wäre, ist Frau Sauerbach mit ihrer Form der sozialen Einbettung eng an ihren Wohnort und somit an die Peripherie gebunden.

4. Die Peripherie als Rückzugsort und letzte Sicherheit

An seinen Wohnort gebunden ist auch Herr Neumann, um die 40, aus einer Region in Brandenburg. Schon bald nach der Wende konnte er nicht mehr in seinem eigentlichen Beruf arbeiten, da mit der Auflösung der LPGen auch seine DDR-spezifische Ausbildung zum Agrarchemiker wertlos geworden ist. Nach einem beruflichen Neuanfang als Lackierer bei einem neu gegründeten Handwerksbetrieb setzte Ende der 1990er Jahre sein beruflicher Abstieg ein: Nach seiner Entlassung wechselte er bis 2004 zwischen Umschulung, Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit, bis auch sein letzter Arbeitgeber – ein Subunternehmer einer großen Baufirma – alle Mitarbeiter entließ.

Ähnlich wie Frau Sauerbach und Herr Pohlmann schätzt er seine beruflichen Perspektiven in der Region als schlecht ein. Mit seiner ironischen Äußerung „Wir sitzen ja so schön mittendrin hier“ (7_AL-SGBII_1, Z.793) fasst er seine Sicht auf die Arbeitsmarktsituation in der Region im Grunde zusammen. Er bezieht sich hiermit auf die fehlende Autobahnanbindung, die für ihn Symbol für die Entkopplung von der wirtschaftlichen Entwicklung ist. Und auch die wenigen Arbeitgeber, die den Ort noch mit wirtschaftlichen Zentren verbinden, bieten in seinen Augen keine Perspektive: Die Firmenchefs seien jederzeit in der Lage, sich der Verantwortung für ihre Mitarbeiter vor Ort zu entziehen – eine Erfahrung, die er selbst an seinem letzten Arbeitsplatz machen musste.

Gerade im Vergleich zu den letzten beiden Fällen lässt sich seine Lebenssituation vor allem über einen Prozess der sozialen Isolation charakterisieren: Seit seiner Scheidung lebt Herr Pohlmann als Single und hat zudem keinen engeren Kontakt zu seiner Familie, obwohl diese in der Region lebt. Die verbliebenen Altersgenossen haben sich verstärkt in die eigenen Familien zurückgezogen, und so beschreibt er seine Situation als die eines Einzelgängers. Da sich mit dem Bezug von Arbeitslosengeld II seine frühere Mobilitätsfähigkeit eingeschränkt hat, ist er noch mehr an einen Ort gebunden, von dem er in erster Linie ein Bild des Niedergangs zeichnet.

Was hält Herrn Neumann dennoch an der Peripherie? Wesentlich ist hier, dass er von seinem Vater ein kleines Haus geerbt hat, auf das er wiederholt zu sprechen kommt. Dieses wird für ihn zu einem

Schutz, zu einer Art letzter Sicherheit vor einem weiteren sozialen Abstieg, mit dem Herr Neumann seine Zukunft in erster Linie verbindet:

„Kleines Haus mit 'n paarundsiebzig Quadratmeter /I:mhm/ dass man eben später sagen kann, man hat vielleicht wenigstens keine Miete mehr, wenn man schon keene Rente kriecht.“ (7_AL-SGBII_1, Z.45-48)

Dieses Wohneigentum stellt er nicht nur einer ausbleibenden staatlichen Absicherung im Alter gegenüber, sondern auch einem Leben als „Zigeuner“ – eine Bezeichnung, mit der er auf die zunehmende räumliche Mobilität abzielt, die Arbeitnehmern heute abverlangt werde. Aus seiner Sicht wäre für ihn auch ein solches „Zigeunerleben“ in erster Linie mit dem Risiko eines sozialen Abstiegs verbunden, mit der Gefahr, in der Fremde arbeitslos zu werden und dort ohne die Sicherheit eines Eigenheims „festzusitzen“. Indem er diese Situation skizziert, nimmt er gleichzeitig eine Interpretation des Verhältnisses von Zentrum und Peripherie vor, in der sein Heimatort zu einem Schutz vor dem völligen Absturz wird. Die Haltung, weder vor Ort noch in der Fremde etwas vom Leben erwarten zu können, wirkt sich auch auf die Wahrnehmung seines Alters aus: Befürchtet Herr Neumann wie viele der interviewten Arbeitslosen einerseits, für den Arbeitsmarkt zu alt zu sein, äußert er auch ein Bedauern darüber, noch nicht alt genug zu sein, um sich der Norm, trotz allem weitersuchen zu müssen, dauerhaft entziehen zu können.

Bei Herrn Neumann ist die Sesshaftigkeit an der Peripherie mit einer resignativ-trotzigen Ambivalenz verbunden. Diese zeigt sich gerade auch in der Darstellung seiner Heimatverbundenheit, mit der er sein Vorortbleiben teilweise begründet. In erster Linie bezieht er damit Position gegen eine von ihm empfundene Asymmetrie zwischen Ost- und Westdeutschen und weniger für die Region selbst, da er diese aktuell kaum noch in positiver Weise beschreiben kann:

„Der sojenannte West + Bundesbürger /I:mhm/ schwört auf seine Heimat /I:mhm/ + da brauch' mich doch keener fragen warum ++ /I:mhm/ ick bin hier jeboren /I:mhm/ + mir jefällt det hier /I:mhm/ + und ick will nich' weg.“ (7_AL-SGBII_1, Z.1327-1331)

5. Fazit

Abschließend möchte ich die Frage aufgreifen, inwieweit Peripherisierungsprozesse die Gefahr einer Exklusion von Teilhabemöglichkeiten erhöht, von der Arbeitslose ohnehin in stärkerem Maße betroffen sind.

Mit Blick auf die Wahrnehmungen und Deutungen von Arbeitslosen, die an der Peripherie leben, lassen sich durchaus Aspekte finden, die eine solche Verstärkung nahe legen: ein Gefühl der Perspektivlosigkeit, das aus dem alltäglichen Anblick des Niedergangs der Heimatregion und der hohen Arbeitslosigkeit resultiert, und eine eingeschränkte Mobilität, die es den Betroffenen schwer macht, Abwechslung in den Alltag zu bringen oder kulturelle Angebote wahrzunehmen.

Darüber hinaus wird in einigen der Interviews der Wunsch geäußert, nicht auf der Straße auf die Arbeitslosigkeit angesprochen oder in der Nähe der Arbeitsagentur oder ARGE gesehen zu werden – Wünsche, die eng mit der Angst vor Fremdstigmatisierung verbunden sind, die aufgrund der fehlenden Anonymität zu einem verstärkten Rückzug aus dem öffentlichen Raum führt. Die Tatsache, dass es sich um Orte mit hoher Arbeitslosigkeit handelt, in denen die eigene Situation eigentlich keine Ausnahme ist, führt auf der Ebene des alltäglichen Umgangs kaum zu einer Normalisierung, ist die

Angst vor dem Blick der Anderen doch eng mit dem Problem der Selbststigmatisierung und der zentralen Bedeutung von Erwerbsarbeit für die gesellschaftliche Teilhabe verknüpft. Das Beispiel von Herrn Pohlmann zeigt allerdings, dass der Zusammenhang zwischen Peripherie und verstärktem Rückzug nicht zwangsläufig gegeben ist, sondern dass es auch Orte gibt, an denen für Arbeitslose soziale Netzwerke und Möglichkeiten der Vergemeinschaftung außerhalb des familiären Rahmens bestehen.

Mit Blick auf die geringen finanziellen Mittel von Arbeitslosen lässt sich die Frage nach einer Verstärkung der Exklusion durch die periphere Lage ebenfalls nicht eindeutig beantworten. Sprechen verminderte Teilhabechancen durch die häufige Einschränkung der Mobilitätsfähigkeit für eine Zuspitzung, kann die Peripherie über geringere Mieten oder ein Eigenheim auch von materieller Not und Existenzängsten entlasten, die häufig mit dem Bezug von Arbeitslosengeld II verbunden sind. Neben diesen Rahmenbedingungen können zudem vergangene Erfahrungen mit Anonymität und sozialer Isolation in Zentren dazu beitragen, die Situation an der Peripherie als Erweiterung von Teilhabemöglichkeiten wahrzunehmen. Wesentlich scheint somit nicht nur ein differenzierter Blick auf die aktuelle Situation der Arbeitslosen, sondern auch auf ihren biographischen Hintergrund.

Unabhängig von diesen wichtigen Unterschieden sei abschließend noch auf eine Gemeinsamkeit der Fälle verwiesen: Gemeint ist die forcierte Mobilitätsforderung seitens der Arbeitsmarktpolitik, durch die Arbeitslose an der Peripherie in die Defensive geraten, da gerade ihre Sesshaftigkeit mit der Weigerung gleichgesetzt werden kann, die eigenen Jobchancen zu verbessern – eine Defensive, die sich in nicht wenigen unserer Interviews zeigt (vgl. Sondermann et al. 2007). Obgleich die Arbeitslosen meist noch nicht mit expliziten Forderungen seitens ihrer Vermittler konfrontiert wurden, verstärkt die Auseinandersetzung mit der Gefahr solcher Forderungen nicht selten die Krise der Arbeitslosigkeit und mitunter auch die Bindung an die Peripherie, wenn der Wohnort nicht allein für ein vertrautes Umfeld steht, sondern darüber hinaus zu einem ideellen Schauplatz für die Zurückweisung des staatlichen Zugriffs auf die Sphäre persönlicher Entscheidungen wird.

Literatur

- Glock, Birgit (2002): Schrumpfende Städte. In: Berliner Debatte Initial, Heft 13, S. 3-10.
- Hauss, Friedrich/Land, Rainer/Willisch, Andreas (2006): Umbruch der Agrarverfassung und Zerfall der ländlichen Gesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37/2006, S. 31-38.
- Keim, Karl-Dieter (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37/2006, S. 3-7.
- Kronauer, Martin (2002): Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt a.M./New York.
- Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit – eine Erkundung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 37/2006, S. 8-15.
- Sondermann, Ariadne/Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Behrend, Olaf (2007): „Willst du deine Freunde, oder willst du Geld verdienen?“ Räumliche Mobilität in den Deutungen von Arbeitsvermittlern und Arbeitslosen. In: Sozialer Fortschritt, Jg. 56, S. 173-180.
- Windzio, Michael (2004): Kann der regionale Kontext zur „Arbeitslosenfalle“ werden? Der Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Mobilität zwischen regionalen Arbeitsmärkten in Westdeutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 56, S. 256-278.

Engagement an der Peripherie - am Beispiel der Gemeinde Galenbeck¹⁷

Sandro Geister und Daniel Holgermann

Der demographische Wandel entwickelt sich immer mehr zu einem die Wissenschaft, die Öffentlichkeit und die Politik dominierenden Diskurs. Berechnungen zur Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und den einzelnen Bundesländern zeichnen mit ihren alarmierenden Zahlen und Szenarien dunkle Zukunftsbilder und regen zum Nachdenken und Handeln an. „Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Veränderungen der Alterstrukturen und die Schrumpfung der Wohnbevölkerung gravierende soziale, politische und ökonomische Auswirkungen haben werden.“ (Scarinelli/Stopper 2006: 3) Die Neuen Bundesländer stehen hier besonders im Fokus des Interesses, denn der extreme Geburteneinbruch nach der Wende und die hohe Abwanderungsquote gen Westen in den vergangenen Jahren haben den demographischen Wandel besonders beschleunigt. Primär sind aber die ländlich peripheren Kommunen in Ostdeutschland von der Abwanderung jüngerer und gut qualifizierter Menschen betroffen: „Die Bevölkerung der peripheren Räume überaltert und zurück bleiben vor allem die schlechter qualifizierten und sozial schwächeren Bevölkerungsgruppen.“ (Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2005: 4) Die ständig sinkende Bevölkerungszahl führt in den dünn besiedelten Gebieten Ostdeutschlands zu einer Unterauslastung öffentlicher Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Sportstätten, dem öffentlichen Personennahverkehr, Ver- und Entsorgungssystemen sowie Kultureinrichtungen. Die Ergebnisse sind ein unwirtschaftlicher Betrieb und zu teure Einrichtungen. Hinzu kommen die veränderten Bedürfnisse der stetig steigenden Zahl älterer Menschen. Hier zeichnen sich Probleme im Bereich der Mobilität, medizinischen Versorgung und der persönlichen Pflege ab. Im Kontext der Schrumpfung und Alterung der Wohnbevölkerung stehen den Kommunen tiefgreifende Veränderungen bevor. Es drohen Zersiedelungsprozesse, Entleerungen von Ortskernen und der Verlust gewachsener sozialer Strukturen. Dieses hat wiederum Rückwirkungen auf die Leistungsfähigkeit in der kommunalen Infrastruktur und die Versorgungsqualität. Daher scheint es geboten, über die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge nachzudenken, denn es ist zukünftig eine Orientierung an immer weniger Menschen in sich vergrößernden Gebietskörperschaften nötig. Scarinelli und Stopper vermuten: „Die Aufrechterhaltung des heutigen Niveaus an kommunaler Infrastruktur könne unter Alterungs- und Schrumpfungsbedingungen kaum mehr gelingen. Andererseits werde der daraus resultierende Anstieg der Pro-Kopf-Infrastrukturkosten und der damit einhergehende Gebührenanstieg zu weiteren Abwanderungen und weiterer Reduktion öffentlicher und privatwirtschaftlicher Infrastruktur führen.“ (Scarinelli/Stopper 2006: 7) Erfolgt eine weiter voranschreitende Ausdünnung an Versorgungseinrichtungen in den ländlich peripheren Räumen, ist mit einer steigenden Benachteiligung der dort lebenden Menschen zu rechnen (vgl. Neu 2006: 8-15). Daher sind neue Konzepte gesucht, die die Lebensqualität in den Kommunen in dünnbesiedelten Räumen steigern und die Wohnbevölkerung mit einer angemessenen Ausstattung an Versorgungsein-

¹⁷ Dieser Beitrag entstand aus dem vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern unterstützten und von Prof. Dr. Peter Berger und Dr. Claudia Neu geleiteten studentischen Forschungspraktikum an der Universität Rostock. Wir danken Dr. Claudia Neu herzlich für die Anregungen und Kommentare.

richtungen absichern (vgl. Beetz/Neu 2006: 137-142). Gerade mit Blick auf die kommunale Ebene, die sich einem wachsenden Veränderungsdruck ausgesetzt sieht, werden Modelle zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements diskutiert. Insgesamt zeigt sich in Deutschland der Trend, dass ein immer größeres Maß an Eigenverantwortlichkeit und Selbstorganisation in Form von Bürgerengagement eingefordert wird. Vielfach ist bereits heute im kommunalen Bereich zu beobachten, dass die Kommunen ihren freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben – aufgrund einer hohen Fülle an Pflichtaufgaben – nicht mehr nachkommen können.

Problematisch erscheint in einem solchen Zusammenhang die Diskussion um ein Mehr an Bürgerengagement, wo es bloß „um kostengünstige Antworten auf das vielfach zu beobachtende Staats- und Marktversagen geht“ (Roth 2003: 20). Es droht die Gefahr, dass die zu Engagement bereiten Bürgerinnen und Bürger lediglich als Ausfallbürgen bei staatlichen Leistungskürzungen tätig werden sollen.

Wie ist es nun aber um das bürgerschaftliche Engagement im peripheren ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommern bestellt? Können und wollen die Bürger dort zukünftig überhaupt einen Beitrag für ihre Gemeinde leisten? Zur Beantwortung dieser Frage haben 19 Studentinnen und Studenten der Universität Rostock unter der Leitung von Prof. Dr. Peter A. Berger und Dr. Claudia Neu vom Institut für Soziologie und Demographie im September 2006 in der Gemeinde Galenbeck (Mecklenburg-Strelitz) eine Haushaltsbefragung durchgeführt. Im Zentrum des Interesses standen die Fragen, welche (infrastrukturellen) Anpassungsstrategien zur Erhaltung einer umfassenden Grundversorgung und Erhaltung von Lebensqualität in einer ländlichen Gemeinde notwendig werden und welchen (ehrenamtlichen) Beitrag die Bewohner zukünftig für ihre Gemeinde leisten wollen und können. Im vorliegenden Beitrag werden wir vor allem das bürgerschaftliche Engagement sowie das Engagementpotenzial in der Gemeinde in den Vordergrund stellen.

1. Die Gemeinde Galenbeck – ein Kurzporträt¹⁸

Die Gemeinde Galenbeck liegt im Nordosten des Landkreises Mecklenburg-Strelitz, einem strukturschwachen Gebiet, das bis heute stark agrarisch geprägt ist und ohne nennenswerte Industrieansiedlung auskommen muss sowie fernab großer Fernstraßen oder Bahnlinien liegt. Im Jahr 2003 entstand die Großgemeinde Galenbeck durch die Zusammenlegung der Gemeinden Kotelow, Schwichtenberg und Wittenborn.¹⁹ Zum Zeitpunkt unserer Befragung im August 2006 lebten in der 93,56 km² umfassenden Gemeinde 1.532 Einwohner. Galenbeck weist somit auch im Vergleich zu anderen ländlichen Räumen in Mecklenburg-Vorpommern mit 16 Einwohnern/km² eine sehr geringe Besiedlungsdichte auf und zeigt zudem alle Anzeichen einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung.

Die Kommune verliert seit der Wende kontinuierlich an Einwohnern, ohne dass dies durch Zuwanderung ausgeglichen werden könnte. Ein ähnliches Bild zeichnet sich hinsichtlich der Faktoren Fertilität und Mortalität ab. Seit dem Jahr 1990 liegt die Zahl der Sterbefälle konstant über der Geburtenziffer. So hat die Gemeinde seit 1991 einen Bevölkerungsverlust von 14 Prozent zu verbuchen. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dieses, dass der Gemeinde seit 1991 annähernd 250 Menschen verloren gegangen sind.²⁰

¹⁸ Im Folgenden greifen wir zurück auf die Ergebnisse aus dem Forschungsbericht „Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck“ (vgl. Baade et al. 2007).

¹⁹ Heute gehören neun Dörfer zur Gemeinde – Friedrichshof, Galenbeck, Klockow, Kotelow, Lübbersdorf, Rohrkrug, Sandhagen, Schwichtenberg und Wittenborn.

²⁰ Angaben laut Einwohnermeldeamt der Gemeinde Galenbeck.

Im Rahmen der durchgeführten kombinierten Haushalts-Personen-Befragung konnten 222 der rund 550 Haushalte in der Gemeinde befragt werden. Liegt das Durchschnittsalter der Bevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns bei 44,3 Jahren und der gesamten Gemeinde Galenbeck bei 46,5 Jahren²¹, so beträgt das durchschnittliche Alter der Befragten 55 Jahre. Dieses vergleichsweise hohe Durchschnittsalter ist unter anderem der Tatsache geschuldet, dass die Senioren (über 65 Jahre) mit 32 Prozent die größte Altersgruppe der Befragung bildeten und insbesondere die Altersgruppe der 18-29 Jährigen mit einem Anteil von nur 8 Prozent in die Befragung eingegangen sind. Die überwiegende Mehrheit der befragten Galenbecker verteilt sich über die mittleren Jahrgänge bis 65 Jahre.

Bei der Betrachtung des Erwerbsstatus der Befragten wird deutlich, dass 42 Prozent, und somit der dominierende Anteil der Befragten, bereits Rentner sind. Gleichwohl gehen rund 36 Prozent der befragten Galenbecker einer Beschäftigung (Voll-, Teilzeit, selbständig) nach. Von den Erwerbstätigen haben 40 Prozent ihren Arbeitsplatz in der Gemeinde und 27 Prozent im Landkreis Mecklenburg-Strelitz. Allerdings pendeln auch 23 Prozent täglich berufsbedingt in einen anderen Kreis in Mecklenburg-Vorpommern. Indessen sind 11 Prozent der Befragten ohne Arbeit. Damit sind die Arbeitslosen innerhalb der Befragung gemessen an der Arbeitslosenquote des Landkreises Mecklenburg-Strelitz deutlich unterrepräsentiert. Diese wurde im Januar 2007 auf 25 Prozent beziffert (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2007).

2. Bürgerschaftliches Engagements in der Gemeinde Galenbeck

Bürgerschaftliches Engagement ist in aller Munde. Seit jeher „sporteln“ Millionen Menschen in Vereinen und singen in Chören, doch nun wird der gesellschaftsgestaltenden Kraft dieser Organisationen ganz neue Aufmerksamkeit zuteil. Aus den Ergebnissen des Freiwilligensurveys erfahren wir, dass sich in Deutschland gut zwei Drittel aller Bundesbürger über 14 Jahren aktiv am öffentlichen Leben beteiligen. Gut die Hälfte dieser Aktiven (34 Prozent aller Bundesbürger über 14 Jahren) sind „lediglich“ Mitglied und treiben im Verein Sport oder engagieren sich in Selbsthilfegruppen, ohne dort weitergehende Verantwortung zu übernehmen (gemeinschaftlich Aktive). Haben die Mitglieder zugleich Funktionen oder Aufgaben übernommen, so spricht der Freiwilligensurvey von freiwillig Engagierten. Als Kassenwart, Jugendtrainer oder in vergleichbaren Funktionen waren 2004 36 Prozent der Deutschen über 14 Jahren tätig (vgl. Gensicke et al. 2006: 41). In den Neuen Ländern liegen die Engagementquoten – trotz angleichender Tendenz – noch etwas unter denen der Westdeutschen. Im Jahr 1999 waren in Ostdeutschland 28 Prozent und 2004 immerhin 31 Prozent freiwillig engagiert. Mecklenburg-Vorpommern liegt mit 31 Prozent Engagementquote im Mittelfeld der Neuen Länder (vgl. Gensicke 2006: 11).

Selbst im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern ist das bürgerschaftliche Engagement in Galenbeck sehr gering ausgeprägt. Lediglich ein knappes Drittel der Befragten (72 Personen) gab in Galenbeck an, in irgendeiner Form öffentlich aktiv zu sein.²² Von diesen Aktiven haben 34 Personen (47 Prozent) eine Aufgabe oder ein Amt in einem Verein oder Verband übernommen, und 37 Personen (51 Prozent) sind „lediglich“ aktive Teilnehmer (eine Person machte zu dieser Frage keine Angaben). Auf alle Befragten bezogen bedeutet dies, dass 16 Prozent freiwillig engagiert und 17 Prozent

²¹ Stand August 2006, telefonische Auskunft Statistisches Landesamt vom Oktober 2006.

²² Öffentliche Aktivitäten finden vor allem in den örtlichen zehn Vereinen, der Kirchengemeinde und den vier Freiwilligen Feuerwehren statt.

gemeinschaftlich aktiv sind. Demgegenüber stehen gut zwei Drittel der Befragten, die nicht gesellschaftlich aktiv sind.

Was unterscheidet die aktiven Befragten – gemeinschaftlich Aktive und freiwillig Engagierte werden gemeinsam betrachtet – von ihren bisher nichtaktiven Mitbürgern?

Für die öffentlich Aktiven finden wir auch in Galenbeck das typische Bild bürgerschaftlich Engagierter: Sie sind in den „besten“ Jahren, sind seltener zugezogen und verfügen über mittlere bis gute (Aus-)Bildung, sind häufiger erwerbstätig, verdienen nicht schlecht und leben oft mit anderen Aktiven im Haushalt. Allerdings sind die sozialstrukturellen Hinweise für die Nichtaktiven schon wesentlich diffuser. Nichtaktive finden sich in allen Altersgruppen, bei ähnlich vielen Männern und Frauen sowie bei Erwerbstätigen wie Erwerbslosen. Jedoch können die Nichtaktiven bürgerschaftliches Engagement seltener in ihrem familiären Umfeld erleben, denn in nur 14 Prozent der Haushalte ist zumindest eine Person aktiv. Lediglich in der Tendenz lässt sich sagen, dass die Nichtaktiven im Mittel ein wenig älter, seltener erwerbstätig sind und weniger häufig mit Aktiven in einem Haushalt zusammenleben. Allerdings verfügen sie zumeist über ein geringeres Haushaltsnettoeinkommen als die aktiven Haushalte.

Sehr deutlich unterscheiden sich die Aktiven und Nichtaktiven in ihren Einstellungen zu bürgerschaftlichem Engagement. Dass Engagement auch eine Bürgerpflicht ist und sich dadurch die Gesellschaft zumindest im persönlichen Umfeld mitgestalten lässt, ist für die Mehrheit der befragten Aktiven (66 Prozent) der Hauptgrund, in der Gemeinde aktiv zu werden. Begleitet wird dieses Pflichtgefühl durchaus von dem Wunsch nach Spaß, Entspannung und der Verfolgung persönlicher Interessen (52 Prozent). Für fast ein Fünftel (18 Prozent) ist der soziale Kontakt zu anderen Menschen ein entscheidender Grund, sich in das Gemeindeleben einzubringen.

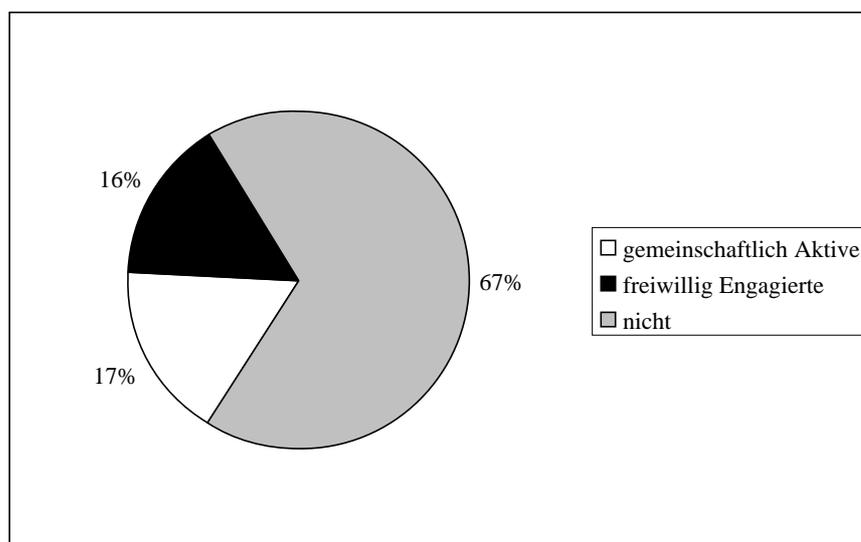


Abbildung 5: Engagementquoten in der Gemeinde Galenbeck

Quelle: eigene Erhebung, n=220.

Sind die aktiven und engagierten Galenbecker stark an den Belangen des Gemeinwohls und der Freude des sozialen Miteinanders orientiert, so stehen bei den nicht aktiven Bürgerinnen und Bürgern sehr stark persönliche Gründe wie Zeitmangel, Alter, schlechter Gesundheitszustand oder fehlende Moti-

vation („das interessiert mich alles nicht“) im Vordergrund. Nicht unerheblich ist, dass viele mangelnde Voraussetzungen (keine Angebote und Treffpunkte, keine Freizeitinfrastruktur) als Begründung für fehlende öffentliche Beteiligung angeben.

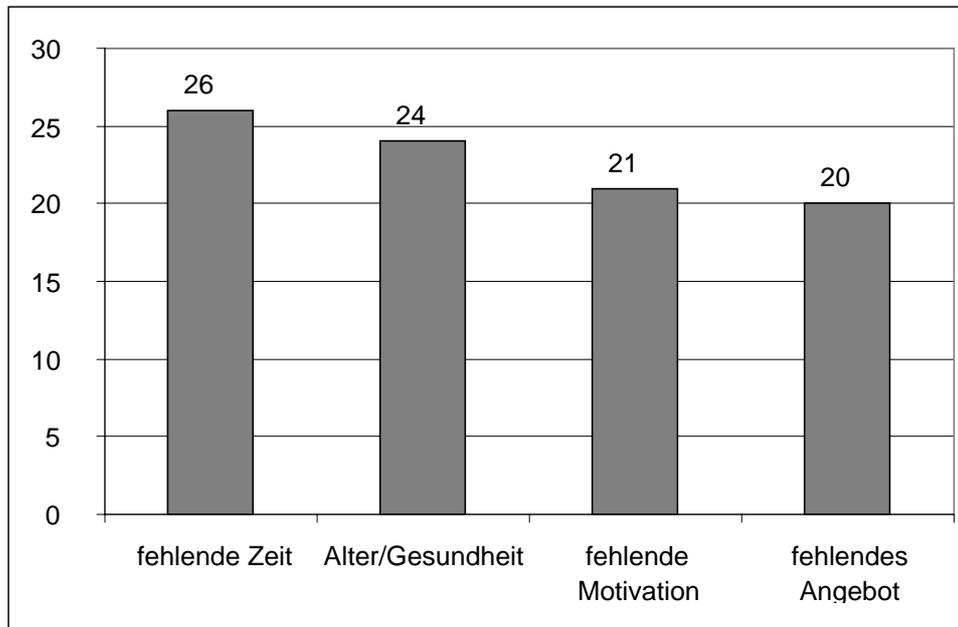


Abbildung 6: Gründe für ausbleibendes Engagement

Quelle: eigene Erhebung, Mehrfachnennungen möglich.

Tabelle 11: Determinanten des Engagements

Variable	Einfluss auf Engagement
Weiteres Mitglied im HH aktiv	++
Erwerbstätig	+
Bildungsabschluss	+
Wohndauer	+
Geburtsjahrgang	n.s.
Geschlecht	n.s.
Anzahl der Kinder im HH	n.s.
Pflegebedürftige im HH	n.s.
Religion	n.s.

Quelle: eigene Erhebung; n.s. = statistisch nicht signifikant.

In den vorangehenden Ausführungen hat sich bereits abgezeichnet, dass sozialstrukturelle und demographische Merkmale wie Alter, Gesundheit, Bildungsstand und Erwerbstätigkeit unterschiedlich starken Einfluss auf das öffentliche Engagement der befragten Galenbecker Bürgerinnen und Bürger haben. Mit Hilfe einer multivariaten Regressionsanalyse wurde überprüft, welche Einflussfaktoren die Wahrscheinlichkeit erhöhen, dass sich Personen im öffentlichen Raum aktiv beteiligen.

Den höchsten Erklärungswert für ein gemeinschaftliches oder freiwilliges Engagement weist der Umstand auf, dass (mindestens) eine weitere Person im Haushalt aktiv ist. Dass öffentliche Aktivität und Engagement in engem Zusammenhang mit sozialen Kontakten (zu Menschen, die bereits aktiv sind) und gesellschaftlicher Integration stehen, belegt auch die Tatsache, dass Erwerbstätige mit höherer Wahrscheinlichkeit aktiv oder engagiert sind. Mit steigendem Bildungsabschluss beteiligen sich mehr Menschen am öffentlichen Leben. Darüber hinaus hat auch die Wohndauer am Ort einen positiven Einfluss. Erst kürzlich Zugezogene sind in der Gemeinde Galenbeck demnach weniger oft aktiv oder engagiert.

In der Konsequenz bedeutet dies, dass sich vor allem besser ausgebildete, beruflich und sozial gut eingebundene Menschen in Galenbeck aktiv am öffentlichen Leben beteiligen. Will man tatsächlich mehr bürgerschaftliches Engagement generieren, so müssen die Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden. Ein ausreichendes Angebot an Arbeitsplätzen, die nicht dringend vor Ort sein müssen, ist ebenso unerlässlich wie eine qualitativ hohe Schul- und Berufsausbildung. Denn nach wie vor sind Schule und Erwerbsarbeit Motoren der sozialen Integration, an denen eben auch ein Zusammenreffen mit anderen Engagierten stattfinden kann. Ergibt sich keine Gelegenheit mehr – sei es im Ort, im Haushalt oder im Beruf –, auf bürgerschaftlich Engagierte zu treffen, so sinkt auch die Wahrscheinlichkeit, selbst aktiv zu werden.

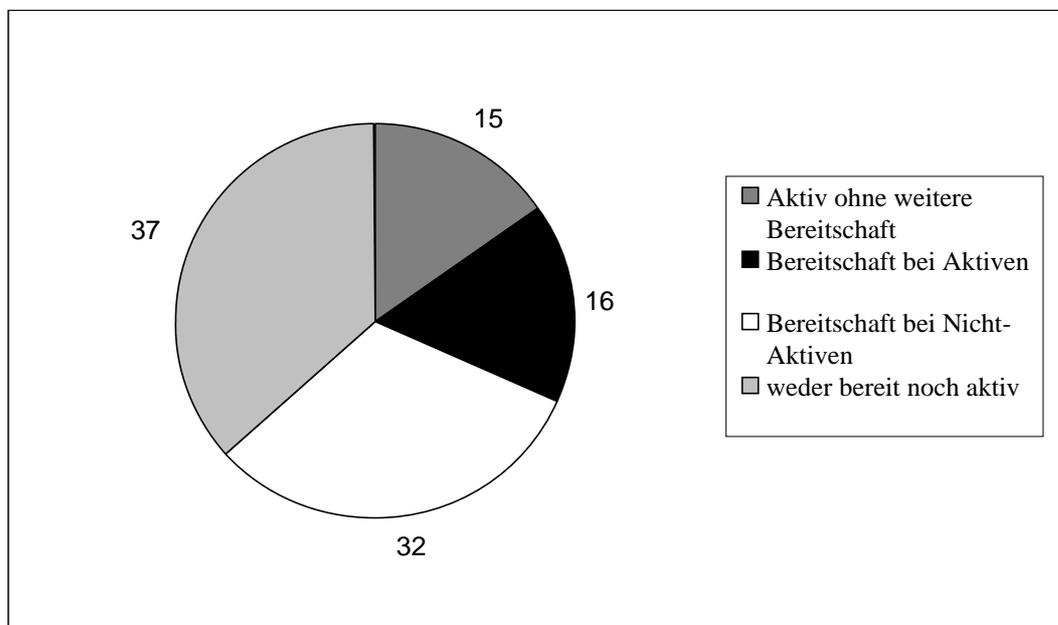


Abbildung 7: Aktivitätspotenzial in Galenbeck

Quelle: eigene Erhebung, n=215.

3. Zukünftiges Potenzial an bürgerschaftlichen Engagement in der Gemeinde

In Anbetracht der geringen Engagementquote drängt sich die Frage auf, ob sich die befragten Galenbecker überhaupt vorstellen können, ein Engagement zu übernehmen bzw. ein bestehendes auszubauen. Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass eine hohe Bereitschaft besteht sich öffentlich zu beteiligen. Fast die Hälfte aller Befragten gab an, sich zukünftig (mehr) einbringen zu wollen. Dieses Aktivitätspotenzial setzt sich wie folgt zusammen: 16 Prozent entstammen der Gruppe der bereits Aktiven und 32 Prozent den bisher Inaktiven (von allen Befragten). Dem stehen 15 Prozent der bisher Aktiven und 37 Prozent der bisher Inaktiven gegenüber, die unter keinen Umständen ihr Engagement erweitern oder überhaupt eines aufnehmen wollen.

Von den bereits 72 aktiven Personen geben 35 an, sich eine Erweiterung ihres Engagements vorstellen zu können. Bei der altersspezifischen Betrachtung wird deutlich, dass vor allem die mittleren Jahrgänge (30-55 Jahre: 53 Prozent) Bereitschaft zu mehr Engagement zeigen.

Die Erweiterung des Engagements wird jedoch, mit Ausnahme von zwei Personen, an bestimmte Bedingungen geknüpft, die die Befragten gerne erfüllt sähen. Ein Drittel beklagt die fehlende Zeit für ein zusätzliches Engagement – dies sind nicht zuletzt die Erwerbstätigen. Interessant erscheint die Tatsache, dass jeder Vierte angibt, „wenn Bedarf besteht“, würde er sich engagieren. Somit sehen viele der bereits Aktiven keinen Handlungsbedarf für mehr Aktivitäten in der Gemeinde. Als weiterhin hinderlich wird die fehlende Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements in der Gemeinde beklagt. Dabei richtet sich der Wunsch nach Anerkennung zum einen an die kommunale Verwaltung, die die freiwillige Arbeit besser unterstützen soll, und zum anderen an die Gemeindemitbewohner. Ein Teil der bereits Aktiven gab an, sich stärker zu engagieren, wenn eine Aufwandsentschädigung für das Engagement gezahlt werden würde. Zusammenfassend liegt die Engagementbereitschaft bei den bereits Aktiven vermutlich sehr hoch. Jedoch in Anbetracht der daran geknüpften Bedingungen scheint unsicher, in welchem Umfang es tatsächlich abgerufen werden kann.

In der Erhebung wurde nicht nur nach einem zukünftigen Potenzial an bürgerschaftlichem Engagement bei den bereits Engagierten gefragt, sondern auch bei den Nichtaktiven. Von den insgesamt erfassten 148 Nichtaktiven gaben immerhin 68 Personen an, sich zumindest vorstellen zu können, in einem Verein oder einer Gruppe mitzumachen.²³ Auch bei den Nichtaktiven dominieren die mittleren Altersjahrgänge. Gleichwohl äußerte jeder Fünfte über 56 Jahren Bereitschaft, sich zukünftig ins öffentliche Leben einzubringen. Ebenso wie bei den bereits Aktiven zeigten bei den Nichtaktiven vor allem die Berufstätigen mit fast 40 Prozent das größte Interesse an einer öffentlichen Aktivität, gefolgt von den Rentnern (32 Prozent). Immerhin können sich auch 10 Prozent der Arbeitslosen vorstellen, in der Gemeinde mitzuwirken. Daraus kann der Schluss gezogen werden, dass gerade bei den Rentnern und den Arbeitslosen Potenzial für eine Ausweitung von Engagement in der Gemeinde liegt. Von ganz besonderem Interesse ist die Tatsache, dass nur bei 19 Prozent der bisher Nichtaktiven, die sich eine Form des Engagements vorstellen können, eine weitere Person im Haushalt aktiv ist. Das bedeutet, dass der überwiegende Anteil der Nichtengagierten bisher kaum einen direkten Kontakt mit Engagierten im Haushalt gehabt hat. Gerade dieser Umstand unterstreicht die These, dass Engagement, soll es weitergegeben werden, vor allem erlebt werden muss.

²³ Dabei ist darauf aufmerksam zu machen, dass in diesem Punkt der Befragung der Effekt der sozialen Erwünschtheit im Rahmen der Befragung eine besondere Rolle spielen und somit eine Antwortverzerrung in diese Richtung entstanden sein könnte.

Doch auch die bisher Inaktiven knüpfen ihre Bereitschaft zur öffentlichen Aktivität an Bedingungen. Vor allem drei Faktoren spielen eine Rolle: Hauptsächlich machten die Personen ihre Aktivität von dem bestehenden Angebot und dem persönlichen Interesse abhängig. Jeder Dritte sah keine zeitlichen Spielräume für eine öffentliche Aktivität. Rund 14 Prozent gaben als Grund für ihre Engagementabstinenz an, dass das Gemeindeleben in Galenbeck nicht intakt sei.

Unterziehen wir ebenfalls die Angaben zum Engagementpotenzial der Befragten einer multivariaten Regressionsanalyse, um herauszufinden, welche der ausgewählten Variablen die höchste Vorhersagekraft dafür aufweisen, dass sich Personen in Zukunft (stärker) aktiv beteiligen, zeigt sich, dass mit steigendem Alter die Bereitschaft signifikant sinkt, sich ins öffentliche Leben einzubringen. Umgekehrt erhöht sich die Bereitschaft mit der Tatsache, im Erwerbsleben zu stehen. Für alle anderen Faktoren wie beispielsweise Geschlecht, Anzahl der Kinder oder Religionszugehörigkeit konnte kein statistisch signifikanter Einfluss auf das Engagementpotenzial nachgewiesen werden.

Wird die Regression auf der Basis der Unterstichprobe der Nichtaktiven wiederholt, so zeigt sich, dass nun auch Erwerbstätigkeit und Alter keinen Einfluss mehr auf die Bereitschaft haben, sich ehrenamtlich zu engagieren. Allerdings offenbart diese Regression einen weiteren Hinderungsgrund für Engagement in der Gemeinde: die Betreuung Pflegebedürftiger im Haushalt. Keiner der Haushalte, die Pflegebedürftige zu betreuen hatten, sahen eine Möglichkeit, sich öffentlich zu engagieren.

Die Ergebnisse der Regressionsanalysen machen noch einmal – auch in Kombination mit den geäußerten Hinderungsgründen für ein mögliches Engagement der Befragten – sehr eindringlich deutlich, dass das zukünftige Potenzial für bürgerschaftliches Engagement (in Galenbeck) nicht überschätzt werden darf. Fortschreitende Alterung der Bevölkerung, steigender (häuslicher) Pflegebedarf der Hochbetagten und die schlechte Arbeitsmarktlage lassen – auf der Basis eines bereits gering ausgeprägten aktuellen Aktivitäts- und Engagementniveaus – für die Zukunft eher ein Weniger als ein Mehr an bürgerschaftlichem Engagement in solch peripheren ländlichen Räumen erwarten.

4. Unterstützung für bürgerschaftliches Engagement in entlegenen ländlichen Räumen

Das Fallbeispiel Galenbeck verdeutlicht die paradoxe Situation, in der sich bürgerschaftliches Engagement in vielen entlegenen ländlichen Räumen aktuell befindet: Bürgerschaftliches Engagement ruht auf immer weniger Schultern, da die Basis der Mitwirkenden zunehmend wegbricht. Wenige Kinder und Jugendliche sind noch vor Ort, die Zahl der Älteren sowie Pflegebedürftigen steigt, und die prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt lässt wenig Hoffnung für die Zukunft aufkommen. Gleichzeitig steigen die Erwartungen an das Eigenengagement der Bürgerinnen und Bürger, sich zusätzlich für ihre Gemeinde einzubringen.

Die Galenbecker Bürgerinnen und Bürger sind nicht einmal unwillig, sich auch für kommunale Aufgaben in ihrer Gemeinde einzusetzen. So zeigte die überwiegende Mehrheit zumindest Bereitschaft, bei einzelnen kommunalen Aufgaben „einzuspringen“. Bevorzugt werden vor allem praktische Tätigkeiten (Pflege von öffentlichen Plätzen, Fest veranstalten, Fahrgelegenheiten für Senioren anbieten). Hierbei handelt es sich jedoch um eher fallbezogene Angebote von Seiten der Bürger, die insgesamt wenig institutionalisiert sind, so dass sich daraus keine nachhaltigen Infrastrukturlösungen ableiten lassen. Maximal können die Angebote der Bürger als ergänzend verstanden werden. Große Vorbehalte bestanden hingegen, in der Kommunalpolitik aktiv zu werden oder die Gemeinde z.B. bei der Beantragung von Fördermitteln zu unterstützen.

Wollen und können die Bürger die kommunalen Lücken nicht als „Ausfallbürger“ stopfen, so kann vorhandenes und zukünftiges Engagement durchaus unterstützt werden. Doch dann muss auf die Bedürfnisse der bereits Aktiven und momentan Nichtaktiven eingegangen werden. Gleichzeitig dürfen aktive Bürger in ihrem Engagement nicht überfordert werden. Vielmehr sind die Kommunen aufgefordert, beratend zur Seite zu stehen.

Zur Förderung der selbstorganisierten Betätigung der Bürger für ihre Gemeinde bedarf es einer Anerkennungskultur. Denn gerade sie sind es, die wie Leuchttürme das bürgerschaftliche Engagement im ländlichen Raum aufrechterhalten. Ihrer unermüdlichen Arbeit ist es zu verdanken, dass immer wieder neue Projekte entstehen, neue Mitglieder angeworben werden und sich das gemeinschaftliche Leben in den Kommunen bunt und attraktiv gestaltet. Diese Engagierten brauchen eine grundlegende Unterstützung durch die hauptamtliche kommunale Verwaltung, etwa in Form von Weiterbildungsangeboten, Anerkennungen und Förderung. Oftmals kann beobachtet werden, dass, wenn diese „Leitwölfe“ aus Alters-, Zeit- oder motivationalen Gründen ausfallen, ein ganzer Bereich kommunalen Engagements wegbricht.

In Gemeinden mit besonders vielen Ortsteilen müssen die verschiedenen Aktivitäten untereinander publik gemacht und koordiniert werden. Die Kommunen können beispielsweise als flankierende Maßnahmen – per Internet – die Kommunikation innerhalb und zwischen den Ortsteilen fördern. Hierbei könnte die Gründung eines auf Gemeindeebene organisierten Dachverbandes für kulturelles und bürgerschaftliches Engagement förderlich sein. Um die Kommunikation in der Gemeinde zu erhöhen, bedarf es vor allem sozialer Orte (öffentliche Räume wie Spielplätze oder Dorfläden), in denen man zusammenkommen und sich austauschen kann (vgl. Laschewski et al. 2006).

Sollte es nicht gelingen die Engagementquote, das Ansehen des Engagements sowie dessen Vernetzung in den ländlichen Gemeinden deutlich zu erhöhen, zeichnet sich für die Zukunft ein düsteres Bild ab. Sicher ist, dass bürgerschaftliches Engagement nicht die Lösung aller Probleme sein kann. Doch wenn sich die kommunale Verwaltung und ihre Bürger zusammen den bestehenden Problemen annehmen, können lebenswerte Dorfgemeinschaften erhalten bleiben.

Literatur

- Baade, Kristina/Berger, Peter A./Buchsteiner, Martin/Ewald, Anne/Fischer, Rene/Fülkell, Diana/Geister, Sandro/Gruber, Iris/Holtermann, Daniel/Ickert, Hannes/Kiwall, Christian/Klafehn, Stefan/Neu, Claudia/Pilch, Stephan Christoph/Sanne, Nora/Schröder, Marlen/Soltow, Cathleen/Tiedje, Olaf/Völker, Christian/Zuppa, Mathias (2007): Daseinsvorsorge im peripheren ländlichen Raum – am Beispiel der Gemeinde Galenbeck (hg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern). Schwerin.
- Beetz, Stephan/Neu, Claudia (2006): From Business Development to Quality of Life – Innovation in Rural Northeast Germany. In: *Outlook on Agriculture*, Jg. 35, Nr. 2, S. 137-142.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.) (2005): Anpassungsstrategien für ländliche/periphere Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang in den neuen Ländern. Bonn.
- Gensicke, Thomas/Picot, Sibylle/Geiss, Sabine (2006): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnis der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freieilligenarbeit und bürgerschaftlichen Engagement. München.
- Gensicke, Thomas (2006): Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft 12/2006, 20. März 2006, S. 9-16.

Laschewski, Lutz/Neu, Claudia/Fock, Theo (2006): Das aktive und soziale Dorf (hg. vom Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucher Mecklenburg-Vorpommern). Schwerin.

Neu, Claudia (2006): Territoriale Ungleichheit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 37/2006. 11. September 2006, S. 8-15.

Roth, Roland (2003): Chancen und Hindernisse bürgerschaftlichen Engagements in den neuen Bundesländern. In: Holger Backhaus-Maul/Olaf Ebert/Gisela Jakob/Thomas Olk (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland: Potenziale und Perspektiven. Opladen.

Sarcinelli, Ulrich/Stopper, Jochen (2006): Demographischer Wandel und Kommunalpolitik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 21/2006, 22. Mai 2006, S. 3-10.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2007): Zahlenspiegel Mecklenburg-Vorpommern Juli 2007, unter: www.statistik-mv.de/doku/veroeff/zahlenspiegel_aktuell.pdf.

Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen²⁴

Daphne Reim und Jenny Schmithals

1. Bürgerschaftliches Engagement – die letzte Rettung für die Peripherie?

Die Vielfalt von kulturellen und sozialen Angeboten, Nahverkehrsmöglichkeiten, öffentliche Gemeinschaftsnutzungseinrichtungen und andere Infrastrukturmerkmale sind wesentliche Bestandteile der Attraktivität eines Ortes, seiner Lebendigkeit und Lebensqualität. Bislang sind diese Angebote größtenteils im Rahmen der staatlichen Daseinsvorsorge bereitgestellt worden. Der finanzielle Druck lässt Bund, Länder, Städte und Gemeinden zunehmend nach neuen Modellen und Kooperationsformen suchen, um gemeinwohlorientierte Angebote weiterhin bereitstellen zu können. Die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten zwischen Staat, Bürgern und Wirtschaft werden neu verhandelt. Der Staat kann und will nicht länger allein für die Erbringung von Wohlfahrtsleistungen zuständig sein. Auch über die Mechanismen des Marktes lassen sich die in einer postmodernen Gesellschaft anfallenden Aufgaben nicht bewältigen. Der gemeinwohlorientierten Beteiligung von Bürger/innen sowie Unternehmen wird ein neuer Stellenwert im Bereich gesellschaftlicher Verantwortungsübernahme zugeschrieben. Dabei ist die Hoffnung, dass die frei werdenden Gestaltungsspielräume nicht einfach nur als ein Wegfall von Ressourcen betrachtet werden, sondern auch als Chancen zur stärkeren Entfaltung Bürgerschaftlichen Engagements und zivilgesellschaftlicher Prozesse. Bürgerschaftliches Engagement eröffnet den Bürger/innen und Unternehmen die Möglichkeit, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern, indem sie einerseits ihren spezifischen Sachverstand einbringen und andererseits dafür sorgen, dass politische Entscheidungen möglichst nah an ihren Interessen gefällt werden.

Die Funktionen, die Bürgerschaftliches Engagement erfüllen kann, werden allerdings durchaus kontrovers diskutiert: Auf der einen Seite besteht die Ansicht, dass ehrenamtlich engagierte Bürger/innen nicht zum Ersatzdienstleister für Aufgaben werden dürfen, die der Staat nicht mehr ausüben kann oder will. Auch wenn es Aufgaben gebe, die Bürger/innen in Vereinen und Selbsthilfeinitiativen besser erfüllen als staatliche Akteure, dürfe es nicht dazu kommen, dass die Bevölkerung angesichts der Finanzkrise der Kommunen quasi zum Ausfallbürgen des Staates wird. „Bürgerengagement ist keine abrufbare Ressource und Bürger/innen sind keine ‚Lückenbüßer‘ für einen Staat, der sich zurückzieht“ (Sozialministerium Baden-Württemberg 2004; vgl. Klein 2004; Hamm-Brücher 2003). Dieser Grundsatz beginnt jedoch vor dem Hintergrund knapper Kassen und mangelnder personeller Ressourcen auf kommunaler Ebene zu wanken. Außerdem besteht die Auffassung, dass Bürgerschaftliches Engagement weitaus mehr ist als ein sinnvoller Zeitvertreib für Hausfrauen oder Ruheständler und dass es durchaus verantwortungsvolle und notwendige Aufgaben erfüllen kann (vgl. z.B. Beetz 2006; Jakob 2005; Lübking 2003). Lübking (2003) bezeichnet Bürgerschaftliches Engagement als

²⁴ Die Forschungsarbeiten wurden von Hendrike Krause unterstützt, der wir hiermit herzlich danken möchten.

unverzichtbar für Kommunen und erklärt, dass schon jetzt viele Dienste – z.B. in den Bereichen Kultur, Sport und Soziales – nicht mehr ohne den freiwilligen Beitrag von Bürger/innen geleistet werden könnten. Dem Bürgerschaftlichen Engagement werden zudem Potenziale für die Bewältigung gesellschaftlicher Probleme, die sich aus dem demografischen Wandel, aus Migrationsprozessen, Arbeitslosigkeit und grundlegenden Veränderungen in Familien- und Lebensformen ergeben, zugesprochen. So könnte Bürgerengagement eine größere Bedeutung bei der Betreuung Älterer gewinnen oder bei der Integration von Ausländer/innen, der Unterstützung von Familien und Jugendlichen sowie im Bereich der Stadt- und Gemeinwesenentwicklung – und zwar nicht nur im Rahmen von „zusätzlich“, sondern auch von „notwendigen“ Aufgaben (vgl. Jakob 2005).

Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich das Projekt „Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen“ mit den Rahmenbedingungen, Wirkungen und Potenzialen von Bürgerschaftlichem Engagement.²⁵ Wir gehen dabei von der Annahme aus, dass der Grad und Charakter der eingeübten Zusammenarbeit von Verwaltung/Politik, Wirtschaft und Bürgerschaftlichem Engagement in vielen Fällen gut erklären kann, warum einzelne Gemeinden bei der Lösung anstehender Entwicklungsaufgaben erfolgreicher sind als andere. Im Rahmen unserer Studie gilt es, die Vernetzung zwischen den drei Bereichen auf ihre Wirkungen, ihre Gestaltung und ihr Funktionieren genauer zu untersuchen. Strukturen und Prozesse Bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland und die Frage, welche Akteure mit welchen Interessen aktiv sind, werden bisher selten analysiert. Zur Untersuchung eines vergleichsweise jungen Forschungsfelds bieten sich qualitative Methoden und Fallstudien an. Für das Projekt sind wir daher Kooperationen mit zwei Kommunen eingegangen, in denen wir Expertengespräche mit Vertreter/innen aus der Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Vereinen sowie mit engagierten Bürger/innen geführt haben. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser Gespräche sollen Handlungsempfehlungen bezüglich förderlicher Faktoren und Rahmenbedingungen sowie hinsichtlich der Gestaltungsmöglichkeiten des Verhältnisses von Bürger/innen, Wirtschaft und Staat formuliert werden. Ziel ist es, die in ostdeutschen Kommunen vorhandenen Kompetenzen und spezifischen zivilgesellschaftlichen Potenziale zu entfalten und sie durch partizipative Ansätze und Engagement für die Gemeinschaft nutzbar zu machen.

Die Frage, ob Bürgerschaftliches Engagement die „letzte Rettung“ für die Peripherie darstellen kann, lässt sich nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten: Bürgerschaftliches Engagement birgt große Potenziale, kann sich aber nur voll entfalten, wenn sich der Staat nicht zurückzieht und wenn die Rahmenbedingungen für ein Aktivwerden der Bürger/innen stimmen. Zivilgesellschaftliches Engagement ist kein Ersatz für ein Mindestmaß an öffentlicher Infrastruktur. Geringere wirtschaftliche Dynamik und ein allgemeines „Abbröckeln“ öffentlicher Infrastruktur können sich auf dem Lande hemmend auf die Zivilgesellschaft auswirken. Das gilt besonders für entlegene Regionen, die kaum von der wirtschaftlichen und touristischen Entwicklung profitieren. Zivilgesellschaftliches Engagement wird sich nur dann entwickeln, wenn die Politik diese Regionen nicht aufgibt, sondern weiter mit intelligentem Ressourceneinsatz fördert.

2. Bürgerschaftliches Engagement in Deutschland – empirische Befunde

²⁵ Das Projekt wird im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung in Kooperation mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engage-

Der Freiwilligensurvey, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bisher zweimal in Auftrag gegeben hat, bietet bislang die größte repräsentativ angelegte Datenbasis. Die Mehrzahl der Bundesländer hat sich auf dieser Grundlage Länderauswertungen erstellen lassen. Auch ost-west-vergleichende Auswertungen im Rahmen des Freiwilligensurveys liegen zu einzelnen Fragestellungen vor. Studien, die sich qualitativ vertiefend mit Bürgerschaftlichem Engagement insbesondere in Ostdeutschland beschäftigen, gibt es hingegen nur wenige.

Den Zahlen des zweiten Freiwilligensurveys zufolge ist der Anteil jener Menschen in Deutschland, die sich freiwillig oder ehrenamtlich engagieren, von 34 Prozent im Jahre 1999 auf 36 Prozent im Jahre 2004 gestiegen (vgl. BMFSFJ 2005). Darüber hinaus hat sich in diesem Zeitraum das Engagementpotenzial deutlich erhöht. Allerdings zeigen sich innerhalb Deutschlands erhebliche regionale Differenzen: In Westdeutschland ist ein Süd-Nord-Gefälle zu verzeichnen, und in Ostdeutschland sind die Engagementquoten niedriger als in Westdeutschland, wobei sie sich in allen ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) auf ähnlichem Niveau – zwischen 30 und 33 Prozent – bewegen. In den letzten Jahren sind dort allerdings sowohl Engagementbereitschaft als auch realisiertes Engagement gestiegen, und es zeigen sich weitere Wachstumstendenzen.

Soziodemographische Faktoren wie Geschlecht, Alter oder Haushaltseinkommen prägen die Engagementbereitschaft der Bürger/innen. Häufiger als in Westdeutschland kommen Engagierte in den neuen Bundesländern durch eigene Initiative zu ihrer freiwilligen Tätigkeit. Insbesondere für Jüngere und Arbeitslose sind berufliche Nähe und Kompetenzerwerb wichtige Engagementmotive (vgl. ebd.).

Die Thematik des Bürgerschaftlichen Engagements wird außerdem im unternehmerischen Kontext diskutiert. Unternehmen bringen sich in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft ein, am häufigsten in den Bereichen Soziales, Kultur, Bildung und Sport. Traditionell besteht das Engagement in Geld- und Sachspenden, aber auch in Form von Personaleinsatz, Know-how-Transfer und Partnerschaften. Laut einer Hochrechnung vom Institut für Mittelstandsforschung engagieren sich knapp 83 Prozent der Unternehmen in Deutschland auf vielfältige Weise (vgl. IfM 2002, S. 1). Unternehmen unterstützen durch ihr Engagement die Sozial- und die Arbeitsmarktpolitik und fördern Bürgerengagement (vgl. Habisch/Schmidtpeter 2003). Nach Einschätzung der von der Bertelsmann Stiftung befragten Entscheidungsträger ist der Umfang der eingesetzten Ressourcen sowohl in Bezug auf finanzielle als auch auf personelle Mittel in den letzten 30 Jahren gestiegen, und die Aktivitäten werden zunehmend strategischer gehandhabt (vgl. Bertelsmann Stiftung 2005, S. 14). Konzepte wie Corporate Social Responsibility und Corporate Citizenship betonen die strategischere Vorgehensweise bei der Integration des Engagements in die unternehmerischen Aktivitäten und Zielsetzungen. Wirtschaftsunternehmen können sich aus verschiedenen Motiven gesellschaftlich engagieren bzw. das Bürgerengagement ihrer Mitarbeiter/innen unterstützen. Die damit verbundenen Vorteile sind vielfältig und können sich auf die unterstützten Einrichtungen des Dritten Sektor, das Gemeinwesen, die Mitarbeiter/innen und das Unternehmen selbst beziehen. Unternehmen profitieren beispielsweise von ihren Aktivitäten durch einen Imagegewinn oder durch motivierte Mitarbeiter/innen, die sich über das Engagement weiter qualifizieren (vgl. Roß/Klie 2004; Priller 2002). Eine funktionierende soziale Infrastruktur ist außerdem ein wichtiger Standortfaktor.

3. Kooperationsnetzwerke und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen

Von dem Problem fehlender Kooperationsnetzwerke sind ostdeutsche Kommunen in besonderem Maße betroffen, da sie spezifischen Problemen – einer dauerhaft hohen Arbeitslosigkeit, einer im Zuge von Abwanderung vor allem junger und qualifizierter Menschen immer älter werdenden Bevölkerung, dem Abbau von Verwaltungsstrukturen und öffentlichen Einrichtungen – gegenüberstehen. Zudem sind nach der Wiedervereinigung DDR-typische Kooperations- und Engagementsstrukturen teilweise ersatzlos verschwunden. Zu DDR-Zeiten waren ehrenamtliche Tätigkeiten sehr eng mit dem politischen System und den Betrieben verbunden. Es gab keinen eigenständigen und unabhängigen „Dritten Sektor“, der mit dem in Westdeutschland vergleichbar gewesen wäre. SED-Machtmonopol und die „Durchorganisation“ der Gesellschaft erlaubten eine Teilhabe und Mitwirkung der Bürger/innen an der Gestaltung politischer Angelegenheiten nicht. Es gibt somit weniger (positive) Erfahrung mit Demokratie und Selbstverwaltung. Den großen Verbandsorganisationen mangelt es an Mitgliedern, auch aufgrund fehlender Milieubezüge. So gibt es infolge geringerer konfessioneller Bindungen insbesondere in Kirchen und religiös geprägten Einrichtungen weniger Engagierte als in Westdeutschland. Die Nischenfunktion der Kirche als Sammelbecken für politisches und ökologisches Engagement ist mit der Wiedervereinigung weggefallen. Die Betriebe, die in der DDR zentrale Funktionen der staatlichen Sozialpolitik innehatten, fungieren heute – sofern sie nicht im Zuge der Deindustrialisierung geschlossen wurden – deutlich seltener als Orte kultureller, sozialer und sportlicher Aktivitäten.

Der Handlungsdruck für Kommunen zum Um- und Aufbau von zivilgesellschaftlichen Infrastrukturen ist im Osten besonders groß. Mit der Wiedervereinigung wurden durch den Institutionentransfer von West nach Ost viele Grundstrukturen rechtlicher, marktwirtschaftlicher, administrativer und demokratischer Institutionen „top down“ in den neuen Bundesländern implementiert. Allerdings halten sich Kommunen mit der Übertragung sozialer Aufgaben an nichtstaatliche Organisationen und Bürgergruppen teilweise zurück.

Aufgrund struktureller Ungleichheiten bieten Ost und West unterschiedliche Ausgangsbedingungen für Bürgerschaftliches Engagement. Arbeitslosigkeit und der demographische Wandel sind in Ostdeutschland verstärkt zu spüren. Erfahrungen wie Massenentlassungen und damit einhergehende soziale Verunsicherung können sich demotivierend und in Resignation und Distanz gegenüber der Politik sowie in einer geringen Beteiligung auswirken. Dennoch sind schon viele gute Ansätze Bürgerschaftlichen Engagements und intersektorale Projekte entstanden. Die Problematik hoher Arbeitslosenquoten und ihrer Bedeutung für die Engagementbereitschaft sowie spezifische Möglichkeiten und Zugänge zum Engagement sind besonders zu berücksichtigen. Der Anteil von Arbeitslosen unter den Engagierten, der nach wie vor vergleichsweise niedrig ist, steigt (vgl. BMFSFJ 2005). Außerdem haben sich weit verzweigte Strukturen informellen Engagements („man hilft sich gegenseitig“) ausgeprägt. Diese Netzwerke – so lautet unsere These – werden durch die Brille westdeutscher Sozialforscher oft übersehen. Einige Studien erkennen eine gute Basis für Gemeinschaftlichkeit in Ostdeutschland. Der Wunsch nach kollektiven Aktionen und eine starke Familienorientierung wirken weiter nach (vgl. z.B. Backhaus-Maul et al. 2003).

Auf Basis der von uns erstellten Literatur- und Materialstudie, eines durchgeführten Expertenworkshops sowie erster empirisch gewonnener Informationen aus den beiden Modellkommunen ziehen wir im Hinblick auf die Unterstützung von Bürgerschaftlichem Engagement und Kooperationsnetzwerken folgend dargestellte Schlussfolgerungen:

1. Bürgerschaftliches Engagement kann durch die Einrichtung von Vermittlungsagenturen unterstützt werden: Zum Teil haben sich Selbsthilfeeinrichtungen, Seniorenbüros und Freiwilligenagenturen unabhängig voneinander entwickelt. Nun geht es einerseits darum, die Potenziale von Vernetzungen zu erforschen und die verschiedenen Einrichtungen institutionell gemeinsam zu verankern, um zu einem integrierten gemeinwesenorientierten Infrastrukturkonzept zu gelangen. Dort, wo derartige Einrichtungen noch fehlen, sollte eine professionelle und dauerhafte Infrastruktur der Engagementförderung, die vorhandene bürgerschaftliche Ansätze unterstützt und neues Engagement anregt, aufgebaut werden.
2. Bürgerengagement ist als „weicher“ Standortfaktor auch für die Wirtschaft interessant. Unternehmen sollten aus dieser Perspektive in ihrem eigenen Interesse Bürgerschaftliches Engagement unterstützen und tun dies bereits vielfach. Um Unternehmen für Bürgerschaftliches Engagement zu aktivieren, ist es wichtig, das Thema in den Kommunen öffentlich zu kommunizieren. Gute Beispiele können die Bedeutung und die positive Wirkung für das Gemeinwesen und das eigene Unternehmen verdeutlichen und Ideen für eigene Aktivitäten vermitteln. Unternehmerisches Engagement in Ostdeutschland sollte primär in Handlungsfeldern ansetzen, welche zur Attraktivität des Standorts sowie des Betriebs beitragen. Dadurch könnten potenzielle Arbeitnehmer in der Region gehalten sowie Zu- und Rückwanderung insbesondere von Fachkräften und Unternehmensgründungsaktivitäten gefördert werden. Primäre Zielgruppen bzw. Handlungsfelder für Bürgerschaftliches Engagement von Unternehmen sind vor diesem Hintergrund die Jugend, Familien und ältere Arbeitnehmer mit Berufserfahrung. Aktivitäten richten sich auf die Förderung von berufsrelevanten Kompetenzen und Qualifikationen sowie auf die Verbesserung der Familienfreundlichkeit sowohl des lokalen Umfelds als auch der Unternehmen. Hierfür sind Partnerschaften mit entsprechenden Einrichtungen (z.B. Schulen, Fachhochschulen, pädagogische Einrichtungen) denkbar. Die intersektorale Einbindung könnte ebenfalls in Stadtmarketing- und Stadtentwicklungsprozessen sowie Kooperationsprojekten wie beispielsweise lokalen Bündnissen für Familie realisiert werden.
3. Die generelle Unterstützung zentraler Personen der Kommune ist von großer Bedeutung für das Image von Bürgerschaftlichem Engagement. Personen wie etwa der Bürgermeister, die als Meinungsträger in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden, tragen zum Erfolg von Projekten bei, indem sie mit ihrer Reputation Vorbildcharakter haben und Sponsoren gewinnen. Bei der Auswahl der Modellkommunen für das Projekt „Partizipative Kommune“ war die Unterstützung der Kooperation durch Bürgermeister und Stadtverwaltung dementsprechend wesentliches Auswahlkriterium. Möglichkeiten, Bürgerschaftliches Engagement stärker im Verwaltungshandeln zu verankern, bestehen etwa in dem Angebot von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für öffentlich Bedienstete der kommunalen Verwaltungen und Ministerien der Länder sowie für freiwillig Engagierte. Diese Qualifizierungsangebote sollten die Praxis lokaler Bürgergesellschaft und die Integration von Bürgerbeteiligung in die Verwaltungsabläufe zum Thema haben, und sie könnten beispielsweise in bestehende Fortbildungsangebote integriert werden. Zur Förderung der kommunalen Identität bietet sich die Methode der Bürgerausstellung an: eine Ausstellung über Bürgerengagement in der Gemeinde, die engagierte Personen porträtiert und ihre Wünsche und Erfahrungen vorstellt.
4. Die materielle und ideelle Anerkennung und Wertschätzung von Bürgerschaftlichem Engagement unterstützt die Entstehung sozialer Identität. Mögliche Formen der Wertschätzung sind z.B. Landesverdienstorden und andere Auszeichnungen, Ehrenmitgliedschaften oder Ehrenamtsausweise. Es kommt nicht so sehr auf die Instrumente im Einzelnen an als vielmehr darauf, eine allgemeine „Kultur der Anerkennung“ zu fördern, die die intrinsische Motivation nicht verdrängt, sondern vielmehr stärkt. Materielle Anreize für Bürgerschaftliches Engagement sind in finanziellen Entlastungen zu sehen, wie sie etwa durch eine Steuerbefreiung von Aufwandsentschädigungen geschaffen werden können und teilweise schon existieren.

5. Kooperation ist – wie so oft – auch in Bezug auf die Potenziale von Bürgerengagement ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Es braucht „intelligente kommunalpolitische Systeme“, die bürgerschaftliche Projekte als Grundlage jeden Gemeinwesens in Teilhabe- und Dienstleistungsstrukturen einbeziehen. Die Herausforderung an die Kommunalpolitik besteht darin, nicht nur intersektorale Vernetzung anzustoßen, sondern auch innerhalb der Verwaltung ressortübergreifend zu kooperieren. Gemeindeordnungen könnten modellhaft geöffnet werden, beispielsweise durch projektbezogene Mitarbeit der Bürger/innen an Entscheidungsprozessen in der Gemeinde. Erste Schritte sind dabei die Direktwahl von Bürgermeister/innen und eine Erleichterung von Bürgerbegehren und Referenden. Außerdem ist der Einsatz von neuen Beteiligungsmethoden (z.B. Mediation, Planungszellen und Zukunftswerkstätten) zu empfehlen. Interkommunale Vernetzung, etwa durch Erfahrungsstammtische oder „Dorfpartnerschaften“, trägt dazu bei, gegenseitige Lernprozesse zu befördern.

Die engagementpolitische Situation in Ostdeutschland erweist sich komplexer und gestaltungsoffener als die in den alten Bundesländern. Dies kann eine Chance für neue Engagementformen und -partnerschaften sein (etwa in den Bereichen Schule, Pflege und Mobilität). Allerdings ist es alles andere als einfach, neue Formen eines selbstbestimmten und -organisierten Engagements zu etablieren. Es mangelt an organisierten Vergemeinschaftungsformen vor Ort. Daher sollten sich relevante gesellschaftliche Institutionen und Organisationen in den Bereichen Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Soziales für Initiativen engagierter Bürger/innen öffnen. Das beinhaltet eine Übertragung von Macht und Kompetenzen auf Bürger/innen, die sich engagieren. Jugendliche brauchen ausgebildete Jugendbetreuer als Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement. Schulen könnten zur Mitarbeit bei lokalen Projekten eingeladen werden. Alle Prozesse bedürfen einer Begleitung durch eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit, die Medien sollten ihre Verantwortung, einen Beitrag zur Bewusstseinsbildung für bürgerschaftliches Engagement zu leisten, noch stärker wahrnehmen.

4. Ausblick

In einem Prozess der Pluralisierung treten moderne Formen von bürgerschaftlichem Engagement (z.B. Bürgerinitiativen, Selbsthilfegruppen, Engagement zur Aufrechterhaltung von Infrastruktur) neben und teilweise an die Stelle von klassischem Ehrenamt in Vereinen. Statt eines klaren Modells von bürgerschaftlichem Engagements ergibt sich dadurch ein „Nebeneinander von ‚neuem‘ und ‚altem Ehrenamt‘, zivilgesellschaftlicher Aktivität und bürgerschaftlichem Bestreben“ (vgl. Zimmermann 2007). Dieser Befund gilt aufgrund der besonderen Ausgangssituation für Ostdeutschland in spezieller Weise. Hier überlagern neue Engagementformen alte Strukturen und werden von diesen „traditionellen“ Formen spezifisch geprägt. Der Befund, dass bürgerschaftliches Engagement insbesondere bei Jugendlichen und Arbeitslosen in Ostdeutschland stärker arbeitsmarktbezogen motiviert ist, gibt Unternehmen eine potenziell stärkere Rolle bei Ansätzen und Maßnahmen zur Ausschöpfung des Engagementpotenzials. Wie können entsprechende Maßnahmen, bei denen der Erwerb von Qualifikationen und eine Berufsorientierung stärker möglich ist, gemeinsam mit Unternehmen entwickelt, angeboten und kommuniziert werden?

Dies ist eine der Forschungsfragen, denen das laufende Vorhaben „Partizipative Kommune“ nachgehen wird. Ein weiteres Augenmerk gilt der Bedeutung von bürgerschaftlichem Engagement für die Ausprägung einer lokalen oder regionalen Identität. Auch wollen wir in Erfahrung bringen, welche spezifisch ostdeutschen Formen von bürgerschaftlichem Engagement möglicherweise bislang noch nicht identifiziert worden sind.

Keiner der drei Sektoren, die betrachtet werden, ist in sich homogen: Es gibt sowohl innerhalb der Verwaltung, in einem Unternehmen als auch im Dritten Sektor Akteure mit teilweise unterschiedlichen Interessen und unterschiedlich ausgeprägten Vernetzungen. Die Durchführung umfassender Fallstudien, um hier differenzierte Analysen vorzunehmen, ist Aufgabe zukünftiger Forschungsarbeiten.

Literatur

- Backhaus-Maul, Holger/Ebert, Olaf/Jakob, Gisela/Olk, Thomas (Hg.) (2003): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Potenziale und Perspektiven. Opladen.
- Beetz, Stephan (2006): Ländliche Politik im demographischen Wandel. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 21-22/2006: Kommunen im Wandel, S. 25-31.
- Bertelsmann Stiftung (Hg.) (2005): Die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen. Dokumentation der Ergebnisse einer Unternehmensbefragung der Bertelsmann Stiftung. Gütersloh.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2001): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999. Stuttgart.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.) (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Berlin.
- Gensicke, Thomas (2002): Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Bundesländern. Ergebnisse des Freiwilligensurveys 1999.
URL: http://www.bpb.de/publikationen/1L9BAQ,0,Freiwilliges_Engagement_in_den_neuen_und_alten_Bundeslaendern.html (Zugriff am 25.09.2007).
- Habisch, André/Schmidpeter, René (2003): Das Unternehmen als „Bürger“ in der Kommune. Corporate Citizenship und Initiativen regionaler Arbeits- und Sozialpolitik. In: Holger Backhaus-Maul/Hasso Brühl (Hg.): Bürgergesellschaft und Wirtschaft – zur neuen Rolle von Unternehmen. Berlin: Deutsches Institut für Urbanistik, S. 71-84.
- Hamm-Brücher, Hildegard (2003): Reformstau in Sachen Demokratie: Bürgerengagement tut Not. In: Thomas Olk (Hg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 5-10.
- IfM (Institut für Mittelstandsforschung) (2002): Corporate Citizenship: Das Unternehmen als „guter Bürger“, Kurzfassung. Bonn. URL: www.ifm-bonn.org/ergebnis/cc-kurzfassung.pdf (Zugriff am 21.03.2007).
- Jakob, Gisela (2005): Infrastruktureinrichtungen zur lokalen Engagementförderung. Bestandsaufnahme und Perspektiven. In: ARCHIV für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit: Bürgerschaftliches Engagement – Unbegrenzte Möglichkeiten? Berlin: Deutscher Verein für öffentliche und private Vorsorge, Jg. 36, Heft 4/2005, S. 76-85.
- Klein, Ansgar (2004): Engagementpolitik und Engagementförderung in Deutschland. In: Beate Rosenzweig/Ulrich Eith (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 31-45.
- Lübking, Uwe (2003): Bürgerschaftliches Engagement – für Kommunen unverzichtbar. In: Thomas Olk (Hg.): Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Fakten, Prioritäten, Empfehlungen. Berlin, S. 108-114.
- Priller, Eckhard (2002): Zum Stand empirischer Befunde und wissenschaftlicher Theorie zur Zivilgesellschaft und zur Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung. In: Enquete-Kommission „Zukunft des

Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestags: Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen, S. 39-45.

Priller, Eckhard/Winkler, Gunnar (2002): Struktur und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. In: Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ Deutscher Bundestag (Hg.): Partizipation und Engagement in Ostdeutschland. Opladen, S. 17-144.

Reißig, Rolf (2002): Ostdeutsche Transformation und Integration neu denken und gestalten. In: Ministerium für Arbeit und Bau der Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.): Im Nordosten was Neues. Chancen und Impulse für die neuen Länder aus der Denkwerkstatt Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin, S. 137-146.

Roß, Paul-Stefan/Klie, Thomas (2004): Bürgerschaftliches Engagement und seine Förderung im Land und in der Kommune. In: Beate Rosenzweig/Ulrich Eith (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Ein Gesellschaftsmodell der Zukunft? Schwalbach am Taunus, S. 73-105.

Sozialministerium Baden-Württemberg – Stabstelle Bürgerengagement (Hg.) (2004): Wege in der Bürgergesellschaft. Ein Leitfaden für die Praxis. Stuttgart.